Irak: Viel Blut für wenig Öl S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 2 – 15. Januar 2011
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Niemand soll behaupten, die SED habe in den 20 Jahren seit der Wiedervereinigung ihre Prinzipien aufgegeben: Während die CDU heute programmatisch kaum mehr wiederzuerkennen ist, diskutiert die Linkspartei mit unbefangener Freude über den besten Weg zum Kommunismus.

Bild: imago

Das blutrote Gespenst

Die »Linke« debattiert wieder über den Kommunismus – Nähe zum Terrorismus

Die frühere SED debattiert über den Kommunismus als „gute Idee“, als hätte es die roten Verbrechen des 20. Jahrhunderts nicht gegeben. Der unsägliche Streit sagt viel über den Zustand des Landes.

Dass die SED – mehrfach umbenannt und umgemodelt – heute überhaupt noch existiert, hat sie der SPD zu verdanken. Zwei schwere strategische Fehler haben ihr das Überleben ermöglicht.

Der erste Fehler war eine überzogen scharfe Abgrenzung unmittelbar nach der Revolution. Auf Drängen der als DDR-Oppositionspartei entstandenen Ost-SPD verschloss sich die Partei zunächst rigoros ehemaligen SED-Mitgliedern, statt diese nach sorgfältiger Prüfung eine Chance auf Bewährung zu geben. Es folgten mehrere Wahlerfolge der PDS in den neuen Ländern und der scheibchenweise Wechsel der SPD-Strategie: Zuerst keinerlei Zusammenarbeit mit der PDS in den Landtagen, dann ausnahmsweise Tolerierung, dann doch auch Koalitionen, aber nur im Osten und schließlich Koalitionen nach dem Gutdünken der Landesverbände – nur angeblich nicht im Bund. Die entsprechenden Debatten der SPD füllen Bücher und waren ein gefundenes Fressen sowohl für CDU und CSU als auch für die Ex-SED: Beide spotteten über die Prinzipienlosigkeit der SPD – nur mit entgegengesetzter Bewertung hinsichtlich der „Fallrichtung“ der Partei. Höhepunkt der rot-roten Schmierenkomödie war der Wechsel des früheren SPD-Chefs Oskar Lafontaine an die Spitze der früheren SED, was ihr die bundesweite Expansion ermöglichte.

> Millionen Tote unter dem roten Stern als bloße Statistik

Spätestens damit, so linke Theoretiker, sei auch die demokratische Erneuerung der Partei erfolgreich abgeschlossen. Tatsächlich war und ist die West-Linke oft radikaler als die disziplinierten und pragmatischen Ost-Genossen. Doch auch bei denen sitzt die kommunistische Prägung tief. Seit einigen Tagen diskutiert die „Linke“ über den Kommunismus als „gute Idee“ und „Vision“ in einer Weise, als hätte es die zig Millionen Toten im Zeichen des roten Sterns nicht gegeben. „Linke“-Chefin Gesine Lötzsch ließ sich auf einem Kongress mit 2000 meist hartgesottenen Linksextremisten feiern (siehe Seite 5). Es hätte nicht viel gefehlt, und sie hätte dort „Wege zum Kommunismus“ ausgerechnet zusammen mit der RAF-Terroristin Inge Viett gesucht. Die Verbindung ist alt: Viett fand vor fast 30 Jahren Unterschlupf in der DDR, was sie vor einer Mordanklage bewahrte.

Wer meinte, nach diesem Vorgang würden „Linke“-Politiker auf absehbare Zeit aus den Talkshows verschwinden, irrt. Eine gelangweilte und moralisch abgestumpfte politische Klasse, die die Millionen Opfer des Kommunismus offenbar mit Josef Stalin als „Statistik“ abtut, diskutiert, ob das Verhalten der „Linken“ taktisch geschickt war, nicht, ob die Partei nun verboten werden sollte. Als „Gespenst“ ging der Kommunismus 1848 in Europa um. Blutrot eingefärbt ist er nun zurückgekehrt – vorerst nur bis in die Kommentarspalten und Feuilletons. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Späte Kürzung

Die Zahl liest sich größer als sie ist: Um 78 Milliarden Dollar wollen die USA ihre Militärausgaben bis 2015 kürzen, also um etwa acht Milliarden pro Jahr. Was die Bundeswehr zur Schließung zwänge, ist für die Streitkräfte der USA vorerst ein kleiner Kratzer. Denn im Haushaltsjahr 2010 gab das Land schwindelerregende 685 Milliarden Dollar – mehr als das anderthalbfache des deutschen Bundeshaushalts – für sein Militär und dessen Einsätze aus.

Eine Kürzung wäre da wohl auch dann sinnvoll, wenn nicht leere Kassen dazu zwängen. Irritierend ist eher, warum nicht viel früher der immense Druck finanzieller und wirtschaftlicher Probleme zu Kürzungen beim Militär geführt hat. In Europa jedenfalls wäre unvorstellbar, dass ein von millionenfacher Armut geplagtes Land mit zerrütteter Handelsbilanz auf der Basis freier Wahlen solche Summen für das Militär mobilisiert.

Die USA ticken hier anders, allerdings sind ihre Rüstungsausgaben auch ein Wirtschaftsfaktor. Das Land exportiert gleichsam Sicherheit, etwa an Südkorea, Japan und etliche Staaten des Mittleren Ostens. Es ist ein gewisser Ausgleich für die verlorene Wettbewerbsfähigkeit bei Industriegütern wie Autos, Maschinen oder Chemie.

Die USA bleiben auf absehbare Zeit wissenschaftlich die Nummer eins und ihre Bevölkerung ist jung. Aber technisch, ökonomisch, finanziell und wohl auch bildungsmäßig ist das Land zurückgefallen. Wenn nun auch noch die militärische Säule der US-Macht schmäler wird – und weitere Einschnitte beim Militär scheinen unvermeidlich –, dann wird das Land im 21. Jahrhundert kleinere Brötchen backen müssen.

Erzwungene Abrüstung

Die USA müssen am Militär sparen – Besorgter Blick nach Asien

US-Verteidigungsminister Robert Gates hat erneut vor Risiken durch die Rüstung Nordkoreas gewarnt. In fünf Jahren könne das Land über Interkontinentalraketen verfügen und damit angesichts seiner nuklearen Fähigkeiten eine direkte Gefahr für die USA darstellen, erklärte er nach Gesprächen mit Chinas Staats- und Parteichef Hu Jintao in Peking.

Diplomatisch lobte Gates die „konstruktive Rolle“ Chinas bei der Verringerung der Spannungen zwischen Nord- und Südkorea. Allerdings scheint klar, dass Washington sich mehr Engagement Pekings gegen die nuklearen Ambitionen Pjöngjangs wünscht. In der ersten Woche des Jahres gab es darüber Gespräche von Obamas Sonderbotschafter Stephen Bosworth in Peking sowie Beratungen von Obamas Nationalem Sicherheitsberater Tom Donilon in Washington mit hochrangigen chinesischen Vertretern.

> Das Machtgefüge kommt ins Rutschen

Während auch Peking gewiss keinen atomar bewaffneten Nachbarn wünscht, dürfte doch die Bereitschaft Chinas, ohne (weitere) Gegenleistungen Sicherheitsprobleme der USA zu lösen, schwinden. Allerdings wird Washington auf solche Kooperationsbereitschaft in Zukunft mehr als bisher angewiesen sein. Vorige Woche gab Gates ein Kürzungsprogramm von 78 Milliarden Dollar in fünf Jahren am Verteidigungsetat bekannt. Vorerst ein moderater Schnitt angesichts des rund 600 Milliarden Dollar schweren US-Militärbudgets 2010. Erhebliche weitere Rüstungskürzungen der USA erscheinen freilich absehbar, nachdem Finanzminister Timothy Geithner Ende voriger Woche drastisch vor dem Staatsbankrott seines Landes gewarnt hat. Allein in der zweiten Jahreshälfte 2010 stieg die Gesamtverschuldung der USA um 1000 Milliarden Dollar an (siehe Leitartikel und Seite 7). *K.B.*

Blühender Islam

Großbritannien: Schon 100 000 Konvertiten – Es gibt kein Zurück

Seit langem ist aus vielen Religionen bekannt, dass Neubekehrte besonders eifrig sind. Im Falle des Islam kann daraus ein Sicherheitsproblem entstehen, wie etwa im Falle der Sauerlandgruppe, deren Drahtzieher Fritz Gelowicz ein zum Islam konvertierter geborener Deutscher ist. Im englischsprachigen Raum spricht man hier von „home grown“ terrorism, also frei übersetzt „hausgemachtem“ Terrorismus.

Umso mehr Aufmerksamkeit fand eine breit angelegte Studie der britischen Stiftung „Faith Matters“, nach der in Großbritannien im vergangenen Jahrzehnt nicht etwa 20 000, sondern rund 50 000 Briten zum Islam übergetreten seien, davon 5200 im Jahr 2010. Die Gesamtzahl der Neu-Muslime in Großbritannien erreiche nun etwa 100 000. Zwei Drittel seien Frauen, das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der Konversion betrage 27,5 Jahre. Für die naheliegende Überlegung, dass der Religionswechsel im Zusammenhang mit einer Eheschließung stehe, fehle der Nachweis. Die große Mehrheit der Frauen ändere mit der Konversion ihr Äußeres und trage das Kopftuch.

> »Jeder Mensch als Muslim geboren«

Großbritannien hat infolge seiner kolonialen Vergangenheit seit Jahrzehnten eine große muslimische Gemeinde britischer Staatsbürger mit meist indischem und pakistanischem Hintergrund. In Deutschland und Frankreich konvertieren pro Jahr etwa je 4000 Menschen zum Islam.

Nach islamischer Vorstellung gibt es strenggenommen keine Konversion zum Islam, da jeder Mensch als Muslim geboren sei; durch die sogenannte Da'wa („Aufruf, Einladung“) werde der Mensch nur zur „Rückkehr“ zum wahren Glauben, eben dem Islam, bewegt. Der umgekehrte Weg, der Abfall vom Islam („Ridda“) wird laut Scharia mit dem Tod bestraft. *PAZ*

MELDUNGEN

Zwei Lager in der SPD

Berlin – Seit mehreren Monaten war erkennbar, dass sich in der SPD zwei Lager um die beiden Spitzenleute Sigmar Gabriel (Vorsitzender) und Frank-Walter Steinmeier (Fraktionschef) formieren. Der „Spiegel“ hat nun mit etlichen Details ausgebreitet, welche Formen dieser „Grabenkampf“ inzwischen angenommen hat. Hinter kritischen Artikeln vermute der SPD-Chef regelmäßig Aktivitäten der Steinmeier-Seilschaft und reagiere entsprechend. Vor ein paar Monaten habe Gabriel sogar auf der Toilette des Willy-Brandt-Hauses einen Steinmeier-Mann zur Rede gestellt. Um inhaltliche Fragen gehe es bei dem Wettbewerb um die nächste Kanzlerkandidatur kaum mehr (siehe Seite 8). *K.B.*

Vorbildliche Aufarbeitung

Hall – Kürzlich wurde auf dem Gelände der Psychiatrie des Landeskrankenhauses Hall in Tirol ein Gräberfeld mit 220 Toten aus der NS-Zeit entdeckt. Etliche von ihnen waren offenbar Opfer von Euthanasie oder von schwerer Vernachlässigung nach Ende des eigentlichen Tötungsprogramms im August 1941. Der Vorgang soll nun in vorbildlicher Weise aufgearbeitet werden: Ab März soll die Exhumierung beginnen, um die Toten zu identifizieren. Danach sollen Angehörige gesucht und mit diesen weitere Schritte besprochen werden, erklärte der kaufmännische Direktor des Krankenhauses Wolfgang Markl. Dann werde auch über mögliche rechtliche Ansprüche der Hinterbliebenen gesprochen, so Markl. Der Landeshauptmann von Tirol, Günther Plattner, hat angeordnet, den Vorgang vollständig aufzuarbeiten. Eine Expertenkommission wurde bereits eingesetzt. (Siehe Kommentar Seite 8.) *K. B.*

Die Schulden-Uhr:

Ineffizient[x]

Eigentlich hätte die neue Hartz-IV-Reform bis Sylvester beschlossen sein müssen, doch noch immer streiten sich Regierung und Opposition über die Neuregelungen. Dabei sind die eher banal gemessen an dem, was Experten empfehlen, um die bekannten Effizienzmängel im Hartz-IV-System zu beheben: Mitnahmeeffekte, Klageflut wegen unklarer Bestimmungen, überlastete Arbeitsagenturen und das ausufernde Geschäft von sozialen Trägern mit Hartz-IV-Empfängern gehören dazu. Bund und Kommunen haben 2010 insgesamt rund 49 Milliarden Euro für Hartz IV aufgewendet, doch nur 24 Milliarden kamen bei den Betroffenen an. Der Rest floss in die Verwaltung (4,4 Milliarden Euro) sowie an Vermieter, Vermittler, Weiterbildungsträger, Gerichte und viele, viele mehr. *Bel*

1.717.481.351.061 €

Vorwoche: 1.715.920.428.202 €
Verschuldung pro Kopf: 21009 €
Vorwoche: 20990 €

(Dienstag, 11. Januar 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Auch Menschenrechte sind relativ

Deutsche Entwicklungshilfe akzeptiert, dass der Weg zu deren Einhaltung lang und steinig ist

Während Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy angesichts des Attentats auf die Kopten in Ägypten und der Entwicklung im Irak von einem „religiösem Säuberungsplan“ spricht, den Paris nicht tolerieren würde, versucht man in Berlin nach Beileidsbekundungen schnell wieder zum Tagesgeschäft überzugehen.

„Wir sollten unsere Entwicklungshilfe an der Frage ausrichten, ob in einem Land Christen vom Staat oder einer anderen Seite verfolgt werden“, empfahl schon wenige Stunden nach dem Anschlag auf Christen in Ägypten der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller. Und auch der menschenrechtspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Volker Beck, meinte, Deutschland müsse seine außen- und entwicklungspolitischen Vereinbarungen mehr an Bedingungen hinsichtlich der Menschenrechtslage knüpfen. Da auch der Bischof der in Deutschland lebenden Kopten, Anba Damian, kritisierte, dass seine Glaubensbrüder in Ägypten von der Entwicklungshilfe so gut wie ausgeschlossen seien, und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy gar von religiösen Säuberungen im Mittleren Osten sprach, die sein Land nicht hinnehmen wolle, stellte sich die Frage, inwieweit Deutschland bei seiner Entwicklungshilfe tatsächlich indirekt die antichristlichen Entwicklungen in der Region unterstützt.

Angesichts derart unverblümter Angriffe reagierte das von Dirk Niebel geführte Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sofort. Das Einhalten der Menschenrechte sei „schon immer das oberste Leitprinzip der deutschen Entwicklungshilfe“ gewesen. Die Bundesregierung habe bereits wegen Missachtung der Menschenrechte die Zusammenarbeit mit Staaten wie Sri Lanka oder Birma eingestellt. Seit August 2005 sei die bilaterale Zusammenarbeit mit dem radikal-islamischen Iran eingefroren. Es sei danach nur noch das Projekt „Erdbebenhilfe Bam“ aus humanitären Gründen durchgeführt worden. Dieses Vorhaben wurde 2008 abgeschlossen. Derzeit seien keine neuen entwicklungspolitischen Aktivitäten geplant. Allerdings sind im Falle des Iran vor allem dessen Atombombenpläne der Grund für die Einstellung der Zusammenarbeit gewesen und nicht dessen zahlreiche Missachtungen von Menschenrechten.

Zudem sieht man im Entwicklungshilfeministerium die Einhaltung der Menschenrechte eher pragmatisch. Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte seien zwar das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung jedes Landes, hieß es auf *PAZ*-Anfrage, aber „aus der praktischen Entwicklungszusammenarbeit wissen wir, dass die Verwirklichung der Menschenrechte eine schwierige und langfristige Aufgabe ist. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt den Aufbau von Strukturen und Kapazitäten zur Verbesserung von Regierungsführung. Ziel ist, die Regierungen der Partnerländer bei der Anwendung menschenrechtlicher Prinzipien wie Selbstbestimmung, Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, Empowerment und Partizipation, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu unterstützen. Menschenrechte und Diskriminierungen, soweit sie der Bundesregierung bekannt sind, werden im politischen Dialog mit den Partnerregierungen offen angesprochen.“



Palmsonntagsumzug syrischer Christen in Saidnaya: Die Nonnen, die derzeit das dortige Kloster der Wallfahrtskirche St. Maria (Grundsteinlegung 547 n. Chr.) bewirtschaften, nehmen für sich in Anspruch, das älteste ohne Unterbrechung bewohnte christliche Kloster zu führen. Bild: Ed Kashi / VII

Förderung läuft projektbezogen

Dass der Dialog wirklich so offen ist, wie behauptet, darf bezweifelt werden. Wieso dürfen beispielsweise in der Türkei immer noch keine Kirchen gebaut werden und wieso werden die christlichen Aramäer im Land immer noch offen unterdrückt, obwohl die Türkei sogar EU-Beitrittskandidat ist? Und wieso wird in Kairo nicht einmal direkt nachgefragt, wie viel an der Behauptung der Kopten dran ist, dass aufgrund von religiöser Diskriminierung kein einziger Gouverneur, Staatssekretär, Universitätsrektor, Schulleiter oder Richter in Ägypten Christ ist?

Allerdings erscheint es wiederum unwahrscheinlich, dass Christen von der deutschen Entwicklungshilfe gezielt ausgeschlossen würden. Da direkte Zahlungen an ausländische Regierungen offenbar kaum noch vorkommen, so zumindest Niebels Ministerium, dürfte eine direkte Diskriminierung von Christen durch muslimische Staatschefs bei der Verteilung von deutschen Geldern schwierig umzusetzen sein. Deutschland zahlt für die Jahre 2010 und 2011 190 Millionen Euro für zweckgebundene Projekte in Ägypten. Es unterstützt das Land bei der Reform des Wassersektors und hilft bei einem ressourcenschonenden Umgang mit Wasser, der Schaffung einer umfassenden Trinkwasserversorgung aller Bevölkerungsschichten, Effizienzsteigerung bei der landwirtschaftlichen Nutzung von Wasser und bei der Modernisierung einer Abwasserinfrastruktur. Außerdem berät Deutschland bei notwendigen Reformen auf dem Energiesektor, dem Umweltschutz sowie der Aus- und Weiterbildung. Da die neue Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit beziehungsweise ihre Vorgängeragenturen sich ihre Partner vor Ort selbst aussuchen, müsste die Bundesrepublik Deutschland schon selbst vor Ort gezielt mögliche christliche Partner diskriminieren, um diese von der deutschen Entwicklungshilfe auszuschließen.

Wobei nicht nur an der Antwort des BMZ auf die *PAZ*-Anfrage auffällt, dass Religionsfreiheit zumindest explizit keine Erwähnung findet. So stellt das Ministerium auf seiner Internetseite jedes der Länder, mit denen es in der Entwicklungshilfe zusammenarbeitet, sehr übersichtlich und durchaus kritisch dar, doch das Thema Religionsfreiheit wird weder bei Ägypten noch Jemen oder Pakistan explizit erwähnt. Stattdessen ist viel von Armut, Pressefreiheit, Benachteiligung der Frau, Korruption, islamistischem Terror und mangelnder Bildung die Rede. Bei Syrien wird betont, dass die Menschenrechtslage unbefriedigend sei: „Zwar herrscht in Syrien traditionell eine große religiöse Toleranz, doch Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind stark eingeschränkt.“ Dass die religiöse Toleranz auch in Syrien nicht dem entspricht, was wir in Deutschland darunter verstehen, darüber geht das BMZ hinweg. *Rebecca Bellano*

Bahn gut versorgt?

Schon jetzt zahlt der Bund Milliarden Euro

Als die Länderverkehrsminister forderten, der Bund möge die ab 2011 verlangte Bahn-Dividende angesichts des Investitionsbedarfs bei der Bahn entweder aussetzen oder zweckgebunden für diese einsetzen, reagierte Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) verdruckst. Bei den Kapazitäten sei die Bahn während des starken Wintereinbruchs an die letzten Reserven herangegangen und es müsse wieder „richtig investiert werden“, stimmte Ramsauer zu, aber an der Dividende würde nicht gerüttelt.

Schon als das Sparpaket der Bundesregierung 2010 verkündet wurde, wunderte sich mancher, warum der Bund der Deutschen Bahn AG ab 2011 die Zahlung einer Dividende in Höhe von 500 Millionen Euro verordnete. Dividenden werden in der freien Wirtschaft abhängig von der Ertragslage und den Zukunftsaussichten des Unternehmens gezahlt und nicht vorher vom Aktionär festgelegt. Zwar ist die Bahn eine Aktiengesellschaft, doch der deutsche Staat ist der alleinige Eigentümer. Eigentlich hätte sich das längst ändern sollen, doch die Weltwirtschaftskrise machte den von Ex-Bahnchef Hartmut Mehdorn geplanten Börsengang zunichte.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dürfte auch für weitere Zahlungen an die DB wenig Verständnis zeigen. Schon jetzt fließen aus dem Bundeshaushalt rund 2,5 Milliarden Euro für die Erhaltung der Infrastruktur an den Konzern, der selbst nur 500 Millionen Euro hierein investiert. Hinzu kommen rund zwei Milliarden Euro an sogenannten Regionalisierungsmitteln für den Erhalt wenig rentabler Regionalstrecken. Für den Aus- und Neubau von Trassen bekommt das Unternehmen 2011 vom Bund weitere 1,4 Milliarden Euro, Instandhaltungskosten und die Investition in neue Züge finanziert die Bahn theoretisch aus ihrem Budget. Doch diese Investitionen hat sie in letzter Zeit nicht im notwenigen Umfang durchgeführt. Dafür konnte sie im Krisenjahr 2009 1,9 Milliarden Euro Gewinn vor Steuern bei einem Umsatz von 29,3 Milliarden Euro und einem Schuldenberg von 15 Milliarden Euro ausweisen. *Bel*

Trassenausbau zahlt vor allem Berlin

»Passive« Polen?

Kritik am polnischen Isaf-Kontingent

Mehrere Zeitungen haben zum Teil zugespitzte Kritik am rund 2600 Mann starken polnischen Kontingent in Afghanistan geübt. Den Auftakt machte Anfang Dezember das amerikanische „Time-Magazine“, vor wenigen Tagen folgte – mit einigen Verbehalten – die linksliberale polnische „Gazeta Wyborcza“ und zuletzt die deutsche „FAZ“. Im Kern lautet die Kritik, dass die Vermeidung von Verlusten seit einiger Zeit so hohe Priorität habe, dass die polnischen Soldaten so gut wie nicht mehr ihre gepanzerten Fahrzeuge verließen, um etwa zu Fuß zu patrouillieren. Würden sie angegriffen, schössen amerikanische Soldaten sofort zurück, während die polnischen Soldaten sich zunächst zurückzögen, um Verstärkung abzuwarten. Auch wären die Befehlswege lang und umständlich. Im Ergebnis hätte das polnische Kontingent sein Gebiet im Süden des Landes so weit im Griff, dass beispielsweise im Bezirk Andar bei der Parlamentswahl nur drei (!) Wähler ihre Stimme abgegeben und sich damit über islamistische Boykottaufrufe hinweggesetzt hätten. Die „Gazeta Wyborcza“ brachte die Kritik mit der Politik der Regierung Tusk in Verbindung, für die die Vermeidung von Verlusten höchste Priorität habe.

Erwartungsgemäß hat die polnische Regierung diese Darstellung scharf zurückgewiesen. Sie verweist auf lobende Worte hoher US-Politiker und -Militärs aus jüngster Zeit. Erst vor wenigen Tagen pries der US-Kommandeur in Afghanistan, General Petraeus, mit den Worten, „die polnischen Kräfte dienen ihrer Nation, der Koalition und Afghanistan in wahrhaft bewundernswerter Weise“. Unstrittig ist, dass Polen in Afghanistan seit Herbst 2007 22 Tote zu beklagen hatte, allerdings 19 davon bis zum Juni 2010. Das neue Lob von US-amerikanischer Seite kann auch politische Gründe haben, weil im Hintergrund um Abzugstermine gepokert wird.

PAZ-Autor Wolf Oschlies, ein hervorragender Kenner Osteuropas und Polens, nimmt das polnische Kontingent ausdrücklich in Schutz. Die Darstellung des „Time-Magazine“ nennt er „Geschreibsel“ und „Verleumdungen“. *PAZ*

Die Vorwürfe sind schwer überprüfbar

Verknotete NPD-Abwehr

Das unrühmliche Ende des mit viel Tamtam angestrengten Verbotsverfahrens gegen die NPD im Jahre 2003 hat diese Gruppierung erheblich gestärkt: Eine Reihe von V-Leuten des Verfassungsschutzes flog auf und die laut Verfassungsgericht keineswegs „staatsfreie“ NPD-Führung wurde mit Medienpräsenz beschenkt. Nach 35 Jahren mit Ergebnissen um 0,4 Prozent holte die notorisch klamme schwarz-braune Truppe bei den Wahlen 2005 und 2009 1,6 und 1,5 Prozent.

Die Phantasie bei der Bekämpfung des NPD-Spuks hat seitdem beachtliche Blüten getrieben: Gesellschaftlicher Widerstand regt sich gegen vermeintlich und tatsächlich NPD-nahe Schornsteinfeger, Übungsleiter in Sportvereinen oder gar – Gott bewahre! – Kita-Betreiber. Zuletzt ergatterte die Partei Medienpräsenz, indem sie ankündigte, ihre Anhänger sollten sich als Volkszähler melden. Listig hatte die Partei erklärt, dabei sollten die Volkszähler auch einen Eindruck von den Lebensverhältnissen ihrer Gegner erhaschen. CDU-Politiker aus Sachsen und Thüringen sprangen mit dem Ausdruck der Empörung wie zweifellos erhofft über das hingehaltene Stöckchen. *K. B.*

Kainsmal am Lokal

Von Theo Maass

Ein Restaurant, in dem man schlecht bedient wird, die Sauberkeit zu wünschen übrig lässt oder das Essen nicht mundet, wird man wohl kein zweites Mal besuchen. Zahlreiche Schilder mit „Neue Bewirtschaftung“ künden von der Mündigkeit des Konsumenten, miserablen Lokalitäten rasch den Garaus zu machen.

Doch die Linkspartei traut den Bürgern so viel „Geschmack“ (im Sinne des Wortes) nicht mehr zu. Künftig soll von Staats wegen ermittelt und verkündet werden, was ein gutes Lokal ist und was ein schlechtes.

Bei diesem Versuch jedenfalls begegnet uns die 1962 in Ost-Berlin geborene Katrin Lompscher. Sie wurde bereits 1980 SED-Genossin, ist seit dem 23. November 2006 Berliner Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz und verantwortete die Einführung der „Umweltzone“, deren Nutzen umstritten ist. Der Schaden hingegen ist messbar. Beispielsweise geriet die „Berliner Tafel“ in Schwierigkeiten, weil diese soziale Einrichtung neue Autos beschaffen musste.

Neueste Errungenschaft der Senatorin ist der „Hygiene-Smiley“, der an Gaststätten angeheftet werden soll. Von „okay“ (lachendes Mondgesicht) reicht die Skala bis „grobe Verstöße“ (trauriges Gesicht). Ab Mitte des Jahres sollen die kleinen Aufkleber an jeder Lokaltür prangen. Verwundert reibt sich der Berliner die Augen: Was heißt „grobe Verstöße“? Wenn das einen Dreckstall meint: Haben Gesundheits- und Gewerbeaufsichtsämter in den vergangene Jahren etwa die Hygiene nicht richtig kontrolliert? Wachen diese Behörden nicht sowieso über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften? Wozu also eine neue Bürokratie?

Das ist nicht nur schwer verständlich, es kostet auch zusätzliches Geld. Über Letzteres scheint sich Lompscher erst langsam Gedanken zu machen. Man überlege noch, ob der Senat oder die Bezirke für die Kosten aufkommen. Na, da wird sich der Finanzsenator aber freuen. Eigentlich hat Lompscher Glück, dass Thilo Sarrazin nicht mehr Berliner Sparkommissar ist.

Es überrascht nicht, dass die Senatorin vom früheren SED-Organ „Neues Deutschland“ Unterstützung erfährt. Dort lesen wir: „Leuchtturmprojekt ist der Smiley, der Verbrauchern Hygiene und Sauberkeit in Restaurants signalisiert – und ab Juli 2011 berlinweit eingeführt werden soll.“ Und weiter: „Eine Maßnahme, die von zwei Dritteln der Berliner unterstützt wird – wie auch die jetzt vorgestellte Umfrage zeigt.“ Kunststück: Die Umfrage wurde von Senatorin Lompscher selbst in Auftrag gegeben. Wie viele Existenzen vernichtet werden könnten, wenn ein Wirt statt einer internen Verwarnung mit Mahnung zur Besserung künftig gleich mit einem öffentlichen Kainsmal belegt wird, das dürfte erst später zum Thema werden. Dann wird es für viele kleine Lokale zu spät sein.

Streit um Heisigs Vermächtnis

Wollte die bekannte Jugendrichterin in die Politik? Buschkowsky attackiert Stadtkewitz



Ihr politisches Erbe bleibt so dunkel wie die Umstände ihres Todes: Wollte sich die verstorbene Jugendrichterin Kirsten Heisig (kl. Foto) in der neuen Partei von René Stadtkewitz (gr. Foto) engagieren?

Bilder (2): pa

Kirsten Heisigs Tod bleibt Gegenstand dunkler Spekulationen. Doch damit nicht genug: Nun ist zudem Streit darüber entstanden, ob die im vergangenen Juli ums Leben gekommene Berliner Jugendrichterin auch ein politisches Vermächtnis hinterließ.

Erst im November gewährte die Berliner Justiz nach langem juristischen Ringen Einblick in die Ermittlungen zum Tod der streitbaren Juristin – und warf damit neue Fragen auf. Wo blieb ihr Hund, den sie zum Schutz stets bei sich hatte? Wie ist die mysteriöse Erhängungssituation zu erklären, im Rahmen des allzu rasch zum Selbstmord erklärten Todes?

Nun tauchte mitten im anlaufenden Berliner Landtagswahlkampf noch eine ganz andere Frage auf: Es geht um die mutmaßlichen politischen Ambitionen von Kirsten Heisig. Die existierten bisher nur als Gerücht. Zum Jahresanfang jedoch zitierte der „Spiegel“ den CDU-Aussteiger René Stadtkewitz, Heisig habe sich als „Gesicht“ seiner neuen bürgerlichen Partei „Die Freiheit“ zur Verfügung stellen wollen. Ihr Erbe erscheint seither in neuem Licht: War Heisig gar Strippenzieherin einer neuen Bürgerbewegung in einer Zeit, in der „Wutbürger“ zum Wort des Jahres avancierte?

Stadtkewitz sieht sich seit seiner Enthüllung massiver Kritik ausgesetzt – Heinz Buschkowsky (SPD), Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln und Weggefährte Heisigs, tut die Behauptung, die Richterin hätte eine politische Karriere an der Seite von Stadtkewitz geplant, als „absurd“ ab. Die Veröffentlichung seiner Aussagen über Heisig Pläne sei so nicht geplant gewesen, verteidigt sich Stadtkewitz gegenüber der *PAZ*. Entnervt über eine Presse, die über seine Partei schreibt, ohne je mit ihm gesprochen zu haben, habe er schließlich dennoch eingewilligt, sich von einem Journalisten eine Weile begleiten zu lassen. Dass ein „Spiegel“-Interview daraus entstünde, in dem Heisig posthum an die Spitze seiner Partei gestellt werde, habe ihn anfangs eher erschrocken, sagt er. Doch: „Ja, es ist wahr, dass von meinem Treffen mit ihr ein Startsignal ausging wie von keinem anderen.“

> »Von dem Treffen ging ein Startsignal aus«

Es sei ein Gespräch zum Ausloten von Möglichkeiten gewesen, eines von vielen in der Gründungsphase der Partei, so Stadtkewitz. So vage die Pläne gewesen seien, so fest beschreibt er das Einverständnis mit der engagierten Richterin. Durch ihren plötzlichen Tod bleibt indes offen, wie weit sie ihrem Einsatz politisch Form geben wollte. So hinterlässt Heisig bisher vor allem ihr Neuköllner Modell beschleunigter Strafverfahren für junge Täter und ihr Buch „Das Ende der Geduld“. Ziel des Modells sind keine härteren Urteile, sondern kürzere Zeitspannen zwischen Tat und Ahndung.

Heisig wollte eine Antwort des Staates vor allem auf die vielen jungen Täter mit Immigrationshintergrund. Sie sollten abgeschreckt werden. Ihr Vorschlag, ein geschlossenes Heim für kriminelle Jugendliche einzurichten, wird wie manch anderer Baustein ihres im Buch formulierten Credos bislang vor allem heiß diskutiert. Zwar sollen geschlossene Heime in Berlin nun umgesetzt werden, wie viel von Heisigs Erfahrungen dabei erhalten bleibt, ist offen. Beschleunigte Verfahren à la Heisig werden in anderen Bundesländern praktiziert, aber nur bei einem Bruchteil der dortigen Jugendstrafsachen. Kurzum: Ihr Erbe bleibt unvollständig. Ja, es droht bereits vergessen zu werden – wegen des Widerstands der Parteien. Heisig ahnte das.

Mit Stadtkewitz teilte sie glaubhaft die Erkenntnis, dass bisherige Partei- und Integrationspolitik gescheitert und die Zeit zum Handeln gekommen sei. „Die Leute verstehen nicht, dass die dritte und vierte Generation der Zuwanderer schwerer zu erreichen sein wird als die Generationen zuvor, unsere Handlungsmöglichkeiten weiter schwinden“, so Stadtkewitz – Heisig habe das verstanden. „Sie war an den Schulen, hat unermüdlich Überzeugungsarbeit geleistet und darüber ihre Familie verloren“, so der Politiker.

Lange war die Jugendrichterin nach eigenen Angaben von Vorgesetzten und Politik angefeindet und ausgegrenzt worden. Ihre Antwort, das „Neuköllner Modell“, nennt Stadtkewitz seit ihrem Tod „Kirsten-Heisig-Modell“. Spätestens mit dem nahenden Erscheinen ihres Buches im Frühjahr habe Heisig am Scheideweg gestanden. Sie habe sich um ihr Leben Gedanken gemacht, „wollte keine 19 Jahre mehr Richterin sein“, sagt Stadtkewitz. Bei ihrem zweiten Treffen im März, bei dem es um eine mögliche Parteigründung gegangen sei, sagte sie demnach: „Diesmal sage ich nicht nein!“ Indes, schränkt der Ex-CDU-Politiker ein: „Kirsten Heisig wollte ganz sicher nicht eine Partei aufbauen.“

Heisig hatte da bereits einen langen Weg hinter sich, neigte laut Weggefährten einst zur Sozialdemokratie. Vor ihrem Tod fühlte sie sich in keiner Partei verstanden. So haben sich im Frühjahr möglicherweise zwei Akteure in der „Findungsphase“ gefunden. Zwei Szenarien, so Stadtkewitz, habe er mit ihr für die Zeit nach ihrem Buch besprochen: Sie hätte sich beurlauben lassen, sich eine Weile angeschaut, ob sie so etwas wie Parteiarbeit machen will. Heisig habe verstärkten Druck gefürchtet. Befangenheitsanträge gegen eine Richterin, die deutlich Kritik äußert, seien vorhersehbar gewesen. Für diesen zweiten Fall rechnete sie laut René Stadtkewitz mit einer Versetzung irgendwohin, wo sie nichts mehr hätte bewegen können. Dann wäre die kaltgestellte Richterin, folgt man Stadtkewit' Darstellung, womöglich in die Politik gegangen wie einst in Hamburg „Richter Gnadenlos“ Ronald Schill – angefeindet, aber im Unterschied zu ihm besser beraten. *Sverre Gutschmidt*

Steine gegen die Helfer

Gewalt richtet sich gegen Feuerwehr und Polizei – Beamte frustriert

Zum Jahreswechsel wurden Hilfskräfte, Polizeibeamte und staatliche Einrichtungen in Berlin Opfer etlicher Gewalttaten. Die mutmaßlichen Täter stammen aus der linken Szene oder aus dem Milieu krimineller Immigranten. In der Neujahrsnacht entdeckten Polizisten im Stadtteil Gesundbrunnen ein Feuer und wollten Menschen retten. Zehn Immigranten beschimpften die Ordnungshüter daraufhin und griffen sie an. Auch Feuerwehrleute wurden angepöbelt.

Polizeisprecher Burkhardt Opitz betont, es gebe seit Jahren Programme, mit denen Beamte für den Umgang mit speziellen Immigrantengruppen geschult würden. Bodo Pfalzgraf, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) in Berlin, ist jedoch skeptisch, inwieweit solche Schulungen fruchten: „Respektlosigkeit und Parallelgesellschaft führen zu Gewalt gegen Helfer.“

Weitere Übergriffe zum Jahresbeginn: Unbekannte warfen Pflastersteine, Farbflaschen und Brandsätze auf eine Polizeiwache. In derselben Nacht wurde die Fassade des Frauengefängnisses Pankow mit linken Parolen beschmiert. In Neukölln warfen Gewalttäter Steine auf Streifenwagen. An der Ausländerbehörde in Tiergarten entdeckten Wachschützer linksextreme Parolen.

> Linke und einige Immigrantengruppen besonders aggressiv

Die DPolG hat die Vorfälle zum Anlass genommen, in einem Acht-Punkte-Programm Abhilfe von der Politik zu fordern: „Weil die Anzahl der schweren Verletzungen (von Polizeibeamten) in den letzten Jahren um mehr als 60 Prozent zugenommen hat, herrscht bei den Berliner Polizisten ein enormer Leidensdruck.“

Derweil kam der Verdacht auf, dass sich bei der Polizei „Maulwürfe“ tummeln. Auf einer linksextremen Internetseite wurde ein 109 Seiten langes Papier veröffentlicht, das Interna über Organisationsstruktur und Ausrüstung der Berliner Polizei enthält.

Polizeipräsident Dieter Glietsch legt seine Prioritäten auf einen anderen „Geheimnisverrat“. Auf der Internetseite „blitzberlin.de“ wurden alle zu Tempokontrollen eingesetzten Zivilwagen, viele Blitzstandorte und technische Interna verraten. Die Fotos wurden erkennbar aus Streifenwagen geschossen. Nun will Glietsch den „Verräter“ ermitteln. Viele Beamte, die nicht genannt werden wollen, äußerten indes Verständnis für „blitzberlin.de“. Sie wollten sich nicht länger für die Abzocke an Bürgern missbrauchen lassen, während ganze Viertel zu „No Go Areas“ verkämen. *Hans Lody*

Vielerorts geht nichts mehr

Tote Gleise: Das Berliner S-Bahn-Chaos wird noch Jahre dauern

Ihren Kunden hat die Deutsche Bahn (DB) in den vergangenen Wochen einiges zugemutet: ungeheizte Züge, Verspätungen, Ausfälle. An solche Zustände sind die Fahrgäste der Berliner S-Bahn schon länger gewöhnt. Seit 20 Monaten herrscht bei der DB-Tochter ein akuter Mangel an einsatzfähigem Zugmaterial. Zum Jahresanfang 2011 konnte aber selbst der bisherige Notfahrplan nicht mehr gewährleistet werden – auf einigen Strecken wurde der Zugverkehr in der ersten Januarwoche für einige Tage komplett eingestellt. Berliner Randgemeinden waren per S-Bahn nicht mehr erreichbar.

Statt der 562 für einen Normalbetrieb erforderlichen Doppelwagen waren zum Jahresbeginn nur 200 verfügbar. Gründe für den Ausfall der Züge sind neben eingefrorenen Weichen massive Probleme mit Rädern und Achsen. Hersteller Bombardier wirft der Berliner S-Bahn Versäumnisse in der Wartung vor. Dieses wiederum hält Konstruktionsmängel für die Ursache.

Vom Wintereinbruch und dem Sparprogramm der Bahn, die in den letzten Jahren für den Börsengang fit gemacht werden sollte, sind allerdings auch Großstädte wie München oder Hamburg betroffen, ohne dass der Nahverkehr zusammenbricht. Das Berliner Debakel hat eine Besonderheit: Das S-Bahnsystem ist nicht kompatibel mit anderen in Deutschland – es ist quasi Maßfertigung. Kurzfristig kann kein Ersatz für das Zugmaterial gekauft oder geliehen werden.

> Der Winter offenbarte die Folgen falscher Politik

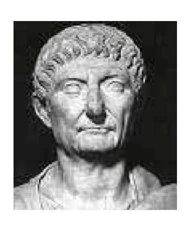
„Von der Bestellung von Wagen bis zur Lieferung braucht man fünfeinhalb Jahre“, erklärt Berlins Verkehrssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD). Auch wenn der Berliner Senat den bis Ende 2016 laufenden Vertrag kündigen sollte, zurzeit hätte auch ein anderer Anbieter kein einsatzfähiges Zugmaterial.

Inzwischen hat sich das Bundesverkehrsministerium eingeschaltet. Nach einem Spitzengespräch zwischen Bahn-Chef Rüdiger Grube und dem Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Klaus-Dieter Scheuerle sind sich die Verantwortlichen einig, dass die derzeitigen Maßnahmen bei Wartung und Erneuerung nicht ausreichen. Mittelfristig müsse der Wagenpark komplett erneuert werden. Kostenpunkt: zwei Milliarden Euro. Selbst wenn die Bestellung für die neuen Züge sofort erfolgen sollte, werden die Berliner noch länger unter den Versäumnissen des Senats und der Deutschen Bahn leiden müssen. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Papst Schenuda III. – Das heute 87-jährige Oberhaupt der Kopten ist ein Mann von unbestrittenem Charisma, er verbindet Warmherzigkeit, Witz und hohe Bildung. Nach dem Studium von Philosophie, Theologie und Archäologie trat er mit 29 Jahren in ein Kloster ein. Dort wurde er 1955 zum Priester und 1962 zum Bischof geweiht. 1971 wurde er von den koptischen Bischöfen zum Nachfolger des verstorbenen Patriarchen von Alexandria gewählt. Während die Kirchen in Europa in eine tiefe Krise sanken, begann ein strahlender Aufstieg der koptischen Kirche: Die Kirchen und Klöster füllten sich, das theologische Niveau stieg rasant, hohe Geburtenzahlen ließen die koptische Kirche, die im eigenen Land nicht missionieren darf, dennoch wachsen. Schenuda baute das Bildungssystem aus und vermied Provokationen der muslimischen Mehrheit – ohne Kompromisse in Glaubensfragen.



Kaiser Diokletian – Die schlimmste Verfolgung erlitten die Kopten nicht unter islamischer Herrschaft, sondern vom römischen Kaiser Diokletian. So traumatisch war die Erfahrung, dass der koptische Kalender bis heute mit dem Jahr des Machtantritts von Diakletians 284 als dem Jahr 1 der „Ära der Märtyrer“ beginnt.

Die Thebäische Legion – Bis nach Deutschland reicht die Spur der koptischen Märtyrer. Vermutlich um das Jahr 305 erlitten zahlreiche christliche Soldaten einer nach Norden marschierenden römischen Militäreinheit aus Ägypten bei Augaunum (St. Maurice im Wallis) das Martyrium. Weitere Tötungen folgten in Bonn, Köln und Xanten. Der Name „Xanten“ leitet sich vom lateinischen „Ad Sanctos“ (= bei den Heiligen) ab und geht direkt auf die damaligen Ereignisse zurück. Allerdings ist die Überlieferung in vielen Punkten unsicher, eine Thebäische „Legion“ als Großverband mit bis zu 6000 Soldaten hat es sicher nicht gegeben.



Anba Damian – Der oberste Repräsentant der Kopten in Deutschland vertritt rund 10000 Gläubige, die in zehn Gemeinden und zwei Klöstern leben. Er beklagt, dass deutsche Entwicklungshilfe ausschließlich an muslimische Ägypter fließe. In Ägypten werde „viel Wut und Hass“ besonders in den Freitagsgebeten der Moslems geschürt. Papst Schenuda III. und koptische Christen würden öffentlich beschimpft.

»Wir sind eine Märtyrerkirche«

Obwohl sie stets Angriffen ausgesetzt sind, weichen die Kopten nicht aus Ägypten

Nur wenige Tage nach dem blutigen Attentat von Alexandria in der Silvesternacht vor der dortigen Allerheiligenkirche haben koptische Christen unter strikten Sicherheitsvorkehrungen ihr Weihnachtsfest gefeiert.

Die koptischen Christen in Ägypten haben in den letzten Wochen Furchtlosigkeit gezeigt angesichts des von islamischen Fanatikern angerichteten Blutbades. „Leben wir, so leben wir dem Herrn. Sterben wir, so sterben wir dem Herrn“, zitierte ein Priester die Worte des Apostels Paulus aus dem Römerbrief 14, Vers 8. „Wovor sollten wir Angst haben?“ Die Christenheit in Ägypten widersteht seit über 1350 Jahren der islamischen Benachteiligung und Unterdrückung, davor überlebte sie brutale Verfolgungswellen im römischen Reich. Anders als die Christenheit im Irak, Palästina oder in der Türkei, die früher oder später weitgehend verdrängt oder assimiliert wurde, gaben die koptischen Christen weder Heimat noch Glauben auf. Sie sind der Rest der einst blühenden christlichen Kirche in Nordafrika, die im weiten Gebiet vom heutigen Marokko über Algerien, Tunesien bis einschließlich Libyen im siebten Jahrhundert unter islamische Herrschaft geriet und nach langsamem Niedergang vermutlich im Hochmittelalter außer in Ägypten unterging.

Die Opfer der Standhaftigkeit der Kopten waren allerdings hoch. „Sie nehmen uns immer unsere Kinder“, klagte die 44-jährige koptische Christin Munira angesichts von 23 Toten am Neujahrstag. Schon seit jeher bezeichnen sich die Kopten als „Märtyrerkirche“. Im Land am Nil, wo einst das Volk der Israeliten und die Heilige Familie Zuflucht fanden, ist das Christsein bis heute lebensgefährlich. Im späten dritten Jahrhundert verfolgte der römische Kaiser Diokletian die Christenheit, zerstörte alle Kirchen und ließ fast alle Priester und Bischöfe ermorden. Nach der islamisch-arabischen Eroberung 639/40 wurden die Christen zu Bürgern zweiter Klasse. Von ihnen wurden, wie vom Koran vorgeschrieben, Extra-Steuern erhoben; von vielen Posten und Geschäftsfeldern sind sie seitdem ausgeschlossen. Als Folge dieser Politik ist das koptische Viertel in Kairo heute einer der ärmsten Stadtteile der ägyptischen Hauptstadt. Es stinkt hier im wörtlichen Sinne zum Himmel. Das liegt daran, dass die ägyptische Müllabfuhr – zum Zweck der Mülltrennung, wie es offiziell heißt – den Unrat direkt auf die Straßen der Christen kippt.

Schon seit Jahrhunderten Bürger zweiter Klasse

Die Kopten werden auch heute immer wieder zum Ziel blutiger Übergriffe. Allein 61 religiös motivierte Gewalttaten gegen Kopten, deren Name sich vom griechischen Wort für „Ägypter“ herleitet, zählt die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ seit 2008. Viele davon wurden von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten letztlich nicht verfolgt. Auch das Attentat auf die koptische Gemeinde von Nag Hammadi im Januar 2010, bei dem sechs Menschen getötet wurden, wurde nie richtig aufgeklärt.

Dies scheint nach dem jüngsten Anschlag anders zu sein. Die weltweiten Proteste – allen voran Papst Benedikt in seiner Neujahrsansprache – zeigten ebenso Wirkung wie die Demonstrationen der Kopten in den folgenden Tagen, denen sich auch Muslime anschlossen. Präsident Mubarak rief Christen wie Muslime dazu auf, geschlossen gegen den Terror zu kämpfen und dem „Terrorismus den Arm abzuhacken“. Hauptmotiv dieser martialischen Worte, denen in der Vergangenheit meist keine Taten gefolgt sind, ist aber wohl die Sorge um den ägyptischen Tourismus. Jeder Anschlag gefährdet die wichtigste Devisenquelle des Landes.

Selbst führende Mitglieder der radikalen Muslimbruderschaft lehnen den Terror strikt ab und warfen den Behörden sogar vor, die Drohungen von noch radikaleren Islamisten nicht ernst genommen zu haben. Tatsächlich hatte der Al-Kaida-Ableger „Islamischer Staat Irak“, der auch für das Blutbad unter Christen in Bagdad am 31. Oktober 2010 verantwortlich zeichnete, eine „Todesliste“ veröffentlicht. Davon berichtet am 30. Dezember, einen Tag vor dem Attentat, auch die katholische Zeitung „Die Tagespost“. Stutzig machen überdies Berichte, dass ägyptische Behörden eine Stunde vor dem Attentat ihre Sicherheitskräfte abgezogen haben sollen.

Die Regierungen von Saudi-Arabien, Kuwait und Katar äußerten in offiziellen Stellungnahmen Abscheu über das Attentat. Offenbar fürchten diese Länder, dass der islamistische Terror aus Irak und Afghanistan bald auch ihre Länder erreicht. Auch in Deutschland distanzierten sich Islam-Verbände von den Anschlägen und bezeichneten sie als Beleidigung Gottes.

Hinrich E. Bues



Weihnachten unter Polizeischutz: Ein Chor singt während der Weihnachtsmesse der Kopten in der Abassiya Kathedrale in Kairo. Bild: action press

Größte christliche Minderheit

Die koptische Christenheit geht auf das erste Jahrhundert nach Christus zurück. Ihre Eigenständigkeit ist die Folge des Konzils von Chalcedon im Jahre 451. Damals kam es im Streit um die göttliche oder menschliche Natur Jesu Christi zur ersten großen und dauerhaften Kirchenspaltung. Dogmatisch gilt diese Abspaltung vom Katholizismus (und auch vom Rest der Orthodoxie) seit einigen Jahren als überwunden, organisatorisch besteht sie fort. Heute wird die koptische Kirche vom Patriarchen von Alexandria geleitet, der den Titel „Papst“ führt.

Weltweit gehören rund zehn bis 15 Millionen Christen zur koptischen Kirche. Die meisten leben bis heute in Ägypten – schätzungsweise acht bis 13 Millionen. Sie bilden damit weltweit die größte christliche Minderheit in einem moslemischen Land. Die Zahlenangaben schwanken stark, weil es keine anerkannten Statistiken gibt. Der ägyptische Staat beziffert ihre Zahl bewusst zu niedrig, wohl nicht zuletzt, um die Unterrepräsentation der Kopten im Staatsdienst und im öffentlichen Leben zu verharmlosen. Der Anteil der Kopten wird offiziell mit nur sechs Prozent der Bevölkerung angegeben – das wären fünf Millionen Menschen, doch vermutlich sind es eher zwölf bis 15 Prozent. In Deutschland leben rund 10000 Kopten, sie werden von Bischof Anba Damian geleitet.

Blühende Klöster und Gemeinden

In Ägypten entstand im 3. und 4. Jahrhundert unter den Mönchsvätern Antonius und Pachomius das christliche Mönchtum und breitete sich aus. Die Klöster gelten als Bollwerke der koptischen Kirche. In den letzten 40 Jahren ist die Zahl der koptischen Christen wieder gewachsen – vor allem durch hohe Geburtenzahlen, denn Mission unter Muslimen ist den Kopten verboten. Die fast leeren Klöster füllten sich wieder. *HEB/K. B.*

Wahlkampf mit Kopten

Weihnachtsfeier in Berlin mit politischer Prominenz

Am 6. Januar feiern die koptischen Christen wie alle Orthodoxen die Geburt Jesu Christi. In Berlin hat die aus Ägypten stammende kleine koptische Gemeinde eine eigene Kirche im Ostteil der Stadt erworben. Die „St. Antonius & St. Schenuda-Kirche“ liegt in Lichtenberg unweit der einst berüchtigten Stasi-Zentrale Normannenstraße.

Nach dem Anschlag islamischer Terroristen in Alexandria mit 23 Toten bestand in Berlin großes Interesse an dem Weihnachtsgottesdienst. Pater Guigis El Moharaki hat wohl noch nie so viele Journalisten und Politiker begrüßen können. Allerdings waren die vielen Fotojournalisten durch ihr ständiges Umherlaufen bei der zweistündigen Andacht störend. Der Ablauf des Gottesdienstes mit seiner uralten Liturgie ist so ganz anders als das, was der Besucher von evangelischen oder katholischen Gottesdiensten gewohnt ist. Pater Guigis El Moharaki hielt seinen Gottesdienst zweisprachig auf Arabisch und Deutsch ab. Mehrere Gemeindemitglieder wurden mit dem Verlesen von Texten einbezogen, darunter ein achtjähriger Junge mit beeindruckenden Sprachkenntnisse, der einen Teil der Weihnachtsgeschichte vortrug. Über 60 Kirchgänger waren erschienen.

Bereits die Morgennachrichten im Radio hatten das Erscheinen des Grünen-Bundesvorsitzenden Cem Özdemir und des Generalsekretärs der CDU, Herrmann Gröhe, angekündigt. Als um 19 Uhr die Feier begann, waren jedoch „nur“ der Berliner Innensenator Erhard Körting (SPD) und einige hochrangige Vertreter der Linkspartei unter Führung von Gesine Lötsch zu sehen. Körting nahm bescheiden in der vorletzten Reihe Platz. Die SED-Erben drängelten sich ganz nach vorn. Körting berichtete, er habe sein Kommen nicht öffentlich angekündigt, da er an diesem Ort keinen Wahlkampf betreiben wolle. Er besuche regelmäßig Gottesdienste verschiedener Konfessionen.

Kameras der Fotografen waren heiß begehrt

Schließlich hatten die Fotografen aber schnell ein neues „Opfer“ entdeckt. Unbeeindruckt von Gesängen und Gebeten belagerten sie ein Baby in einer Tragetasche und fotografierten es vielfach.

Nach 35 Minuten fegte ein kalter Windzug durch die Kapelle. Die Tür hatte sich geöffnet. Die massige Figur von CDU-Generalsekretär Herrmann Gröhe schob sich in die Kirche. Ihn zog es nach vorn zu den Funktionären der Linkspartei, obwohl neben Erhard Körting noch Platz gewesen wäre.

Der Gottesdienst neigte sich schon dem Ende zu und noch einmal gab es Unruhe: Cem Özdemir kam mit eineinhalbstündiger Verspätung. So konnte er das „Vaterunser“ auf Ägyptisch hören. Pater Guigis El Moharaki sprach den Segen. Die meisten Gäste eilten dem Ausgang zu. Dort kam es zu einem Wortgefecht. Ein Gemeindeglied hatte sich mit einem Moslem über die Intoleranz einiger Moslems in Rage geredet. Der Moslem war Einigen schon während des Gottesdienstes aufgefallen. Er blieb während der Lesungen als einziger sitzen. Nur einmal, als der Pater laut und vernehmlich darum bat, aufzustehen, erhob auch er sich. *Hans Lody*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3941**

Hoffen, Bangen, Selbstbetrug

Neujahrsklausuren von CSU, FDP, Grünen und SPD dienten vor allem der Klientelpflege

Die CSU spürt langsam Aufwind, die FDP müht sich, den freien Fall abzubremsen, die Grünen halten sich klugerweise bedeckt und die SPD macht sich mit ihrem „Fortschrittsprogramm“ zum Gespött der Kommentatoren – grob zusammengefasst sind das die Ergebnisse der Neujahrs-Klausuren.

In Bayern wieder bei 45 Prozent, das war die frohe Kunde, die die CSU-Abgeordneten in den Bergen von Wildbad Kreuth gleich zum Auftakt ihrer Klausur erwartete. Den Personalspekulationen, denen sich die versammelte Journaille ohne Bezug zum tatsächlichen Thema der Klausur ausgiebig hingab, wurde so früh der Wind aus den Segeln genommen. Programmatisch versuchten die Christsozialen, in die Offensive zu kommen. Vor allem das neue Steuerkonzept aus der Feder des bayerischen Finanzministers Georg Fahrenschon, das Gering- und Mittelverdiener um 5,8 Milliarden Euro entlasten soll, hat für viel Aufsehen in Berlin gesorgt. Dabei ist der CSU wichtig, dass der Verlauf der Steuer-Progressionslinie flacher wird, so dass Gehaltserhöhungen der Mittelverdiener im Aufschwung nicht zum Großteil von der Steuer aufgefressen werden („Kalte Progression“).

Die gallige Reaktion von Regierungssprecher Steffen Seibert („Zahlenspiele, an denen sich die Bundesregierung nicht beteiligt“) zeigt, dass die CSU damit ins Schwarze getroffen und einen Hebel gefunden hat, der CDU Beine zu machen. Bei der gebeutelten Mittelschicht, die sich vor lauter staatlichen Belastungen selbst bei größtem Fleiß beispielsweise oft kein Eigenheim leisten kann, dürfte das gut ankommen. Vermutlich werden die Entlastungen aber bis zum Wahljahr 2013 auf sich warten lassen.

An der Steuerfront könnte sich ein ungewöhnliches Bündnis aus CSU und FDP gegen die CDU ergeben, da beide kleineren Koalitionspartner schnellere und stärkere Entlastungen der Leistungsträger wünschen als die Beharrungskräfte in der CDU. Namentlich die Kanzlerin und der Finanzminister wollen vordringlich den Bundeshaushalt durch die konjunkturbedingter Mehreinnahmen sanieren, statt den unbequemen Weg zu gehen und die konsumtiven Sozialausgaben einzuschränken.

Auf dem Dreikönigstreffen der FDP zeigte sich, dass die von 15 auf vier Prozent „implodierten“ Liberalen zwar nach wie vor einen wortgewaltigen Vorsitzenden haben. Doch der kann die programmatische Leere der Partei nicht überdecken. Denn jenseits des im Prinzip gescheiterten FDP-Steuerkonzepts mit dem Stufentarif gibt es wenig Handfestes, was der Bevölkerung gefallen könnte: Im Justizministerium widersetzte sich Sabine Leutheusser-Schnarrenberger bei der Neuregelung der Sicherungsverwahrung einem effektiven Schutz der Bevölkerung gegen Schwerstverbrecher. Im Gesundheitsministerium machte sich Philipp Rösler wie absehbar war bei allen unbeliebt. Entwicklungsminister Dirk Niebel wollte sein Haus noch vor eineinhalb Jahren selber abschaffen. Und Ex-Weinbauminister Rainer Brüderle hat das Seine dazu beigetragen, dass in der Bevölkerung die Ansicht vorherrscht, der Aufschwung sei nicht wegen, sondern trotz der Regierung zustande gekommen.

Die Opposition indes besteht aus einer SPD, die nicht in Tritt kommt, Grünen, denen die Herzen der Besserverdienenden trotz ihrer Programmatik zufliegen, und einer Linkspartei, die sich mit einer unscharfen Drift in Richtung Kommunismus selbst das Wasser abgräbt.

Buchstäblich zum Gespött selbst wohlwollender Kommentatoren machte sich die SPD mit ihrem „Fortschrittsprogramm 2011“, das vor allem aus einer Sammlung alter linker Hüte besteht – neben massiven Ausgabensteigerungen die Rücknahme der wenigen sinnvollen Maßnahmen der eigenen Bundesregierungen, wie der Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent, oder bereits unter Rot-Grün gescheiterter Vorhaben wie dem Abschaffen des Ehegattensplittings – einer der letzten Bastionen des klassischen Ehe- und Familienbegriffs in der praktischen Politik. Die „Rheinische Post“ diagnostizierte deshalb und wegen der massiven Ausgabenerhöhungen, das SPD-Programm sei schlicht „verfassungswidrig“. Während Einkommen bis 3000 Euro (die ohnehin kaum Steuern zahlen) steuerlich „entlastet“ werden sollen, werden alle, die mehr verdienen, nach den Plänen der SPD massiv zur Kasse gebeten. Übersetzt heißt das: Umverteilung und soziale Wohltaten durch Staatshand. Gleichzeitig mit dem Anheben des Spitzensteuersatzes von 42 auf 49 Prozent, der bereits bei 100 000 Euro Jahresbrutto erreicht sein soll, soll nach dem Willen der SPD daher auch die Progressionskurve wesentlich steiler werden als bisher. Also das glatte Gegenteil von dem, was die CSU plant – immerhin haben die Wähler nun klare Alternativen.

Eine Sorge der SPD erledigt sich derzeit anscheinend von selbst: die Linkspartei. Nach der demaskierenden Forderung der Parteichefin Lötzsch, den Kommunismus müsse man einfach mal ausprobieren, befindet sich die Ex-SED beim „Startschuss zur Selbstzerlegung“, wie die linksliberale „Süddeutsche“ diagnostizierte. Inhaltlich ist von ihrer Klausur außer Streit nichts zu hören.

Die Grünen tun das Klügste, was sie im Vorfeld der Landtagswahlen tun können – angesichts ihrer linksideologischen leistungsfeindlichen Programmatik: Sie halten sich ruhig. Schließlich wollen sie auf „Sieg spielen“, wie Parteichefin Claudia Roth ankündigte. Da ist es gut, wenn die besserverdienenden Sympathisanten nicht allzu deutlich serviert bekommen, dass die Grünen inhaltlich aus einem Sammelsurium modischer Links-Ideologien bestehen – von Ökologismus über Fortschrittsfeindlichkeit und Multikulti bis Gender Mainstreaming. Die Grünen schwimmen vor allem als eine Art Lifestyle- und Wellness-Sekte auf einer Welle der Sympathie, rational kaum nachvollziehbar. *A. Heinrich*


Foto: L. Barth / dapd; Foto: D. Maurer / dapd; Foto: E. Schulz / dapd; Foto: M. Gottschalk / dapd

Einstimmung auf die Landtagswahlen 2011: Ob CSU, FDP, Grüne oder SPD, alle versprühen sie Optimismus.

MELDUNGEN

Pseudo-Termin für Truppenabzug

Berlin – Während Außenminister Guido Westerwelle (FDP) stolz darüber ist, im Entwurf zur Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan den Termin „Ende 2011“ gegenüber Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) durchgesetzt zu haben, hält der den Termin für irrelevant. „Vor dem Hintergrund ist es mir völlig wurscht, ob man das Jahr 2004 oder 2013, 2010 oder 2011 oder 2012 nennt. Die Konditionierung ist entscheidend“, bekannte dieser in einem Interview offen. Und die Bedingungen hat zu Guttenberg in einem Nebensatz des Entwurfs festgelegt: So beginne die Truppenreduzierung erst, wenn „die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppe oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden“. *Bel*

Bio-Eier ausverkauft

Berlin – „Wo sollen wir die Eier hernehmen – die Hühner legen ja nicht plötzlich zwei am Tag“, klagte ein Händler über den restlos leergefegten Markt für Bio-Eier infolge der Dioxinfunde der vergangenen Tage. Zu Wochenbeginn war noch unklar, woher letztlich das Dioxin stammte, das durch die unerlaubte Beimengung von Fettsäure aus der Biodieselproduktion in Fette für Tierfutter letztlich in Eier und auch Schweinefleisch gelangte. Zeitweilig waren rund 5000 landwirtschaftliche Betriebe gesperrt, der Schaden dürfte eine dreistellige Millionensumme erreichen. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) kündigte als Konsequenzen verschärfte Zulassungsvoraussetzungen für die Hersteller von Rohstoffen für Tierfutter und eventuell härtere Strafen an. Vor allem aber soll künftig die technische Fettverarbeitung von der Tierfutterproduktion strikt getrennt werden. *K. B.*

Heilige Johanna der Alt-Tschekisten

Rosa-Luxemburg-Konferenz feiert »Linke«-Chefin Gesine Lötzsch – Mit dabei: Milosevic-Plakate und die Altterroristin Inge Viett »live«

Gesine Lötzsch kneift. Unter dem Druck der öffentlichen Aufmerksamkeit will sie plötzlich nicht mehr an der Podiumsdiskussion auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) teilnehmen. Genossin Ulla Jelpke äußert im überfüllten Humboldt-Saal der Berliner Urania Verständnis. „Gesine“ sei unter starken Druck geraten. Hoch anzurechnen sei ihr, dass sie trotzdem kommen und eine Rede halten werde. Zugleich markiert die Bundestagsabgeordnete Jelpke ihren eigenen Standpunkt. Gerade habe der Landessprecher der Linkspartei in NRW die Erklärung „Kommunismus ist die Vision von Frieden und Gerechtigkeit“ verkündet. „Dahinter stehen wir in NRW“, bekräftigt sie. Begeistert klatscht die Menge.

Jelpke hätte auch den Bundesgeschäftsführer des Studentenverbandes der Linkspartei, Florian Wilde, zitieren können. In dessen schriftlicher Solidaritätsadresse heißt es: „Wir stellen uns hinter die Parteivorsitzende und begrüßen ihren positiven Bezug auf den Kommunismus als Fernziel der Partei. Denn es entspricht auch unserem langfristigen Ziel: eine demokratische Weltgesellschaft ohne Klassen und Staaten, ohne jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung – eine kommunistische Gesellschaft eben.“ Dass die Kommunistische Plattform, offizieller Bestandteil der Linkspartei, das öffentliche Nachdenken der Parteivorsitzenden über „Wege zum Kommunismus“ begrüßt, versteht sich von selbst.

Jelpke wird später die Diskussion mit der (weiter gewaltbereiten) Ex-Terroristin Inge Viett, der DKP-Chefin Bettina Jürgensen, der Gewalt befürwortenden Antifa-Linken Claudia Spatz und einer linken Gewerkschafterin leiten. Auf dem Podium der RLK wird Viett, gefeiert vom Publikum, unter anderem das Abfackeln von Bundeswehrausrüstung für legitim erklären.

Über die ursprünglich geplante Teilnahme Lötzschs auf diesem Podium hatten sich auch einige Linksparteiler besorgt geäußert, nachdem durch einen „Spiegel“-Artikel eine breite Öffentlichkeit aufmerksam geworden war. Diese Genossen fürchteten wohl vor allem, die geistig eher unbedarfte Lötzsch werde sich in freier Rede noch mehr verplappern, als sie es bereits in ihrem schriftlichen Beitrag über „Wege zum Kommunismus“ in der marxistischen Zeitung „Junge Welt“ geschafft hatte.

In dieser delikaten Lage tat Lötzsch das für sie Klügste: Sie kam, sprach ziemlich kurz und verschwand, ohne dass Fragen zugelassen waren. Das reicht bereits, um sie zur „Königin der Herzen“ auch der Möchtegern-Revolutionäre werden zu lassen. Die alten und jungen Marxisten wissen, was sie an einer Lötzsch und ihrer Linkspartei haben, die zahllose Pfründe hat, die einen „parlamentarischen Arm“ bietet und in die Öffentlichkeit wirken kann.

„Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung“, hatte Lötzsch geschrieben. Und: „Auf jeden Fall wird es nicht den einen Weg geben, sondern sehr viele unterschiedliche Wege, die zum Ziel führen.“

> »Die Leute denken an Stalin und die Mauer? Da hat Gysi recht!«

Lötzsch hatte in solchen Formulierungen wohl deshalb kein Problem gesehen, weil sie als frühere SED-Mitglied gewohnt war, die Begriffe Sozialismus und Kommunismus austauschbar zu benutzen. Letzteren gibt sie – wie beispielsweise auch Gregor Gysi – einfach als „Idee von einer gerechteren und besseren Welt“ aus. Keine Phrase ist zu hohl oder zu billig, um nicht für die sozialistisch-kommunistische Mimikry verwendet zu werden. Unter dem Druck der Öffentlichkeit rudert Lötzsch zwar zurück und betont, sie sei „demokratische Sozialistin“. Wie schwer es ihr fällt, vom Begriff des Kommunismus zu lassen, zeigt aber auch ihre Kritik an Gysi, der sich um Schadensbegrenzung bemüht hatte. „Gregor Gysi“, erklärt Lötzsch auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz, „wies in einem Zeitungsartikel kritisch darauf hin, dass unter dem Begriff des Kommunismus die Menschen an Stalin und die Mauer denken. Da hat er Recht, deshalb müssen wir Aufklärungsarbeit leisten! Gregor Gysi hat aber nicht Recht, wenn er meint, dass man den Begriff des Kommunismus nicht mehr verwenden darf.“ Erneut erntet sie starken Beifall. In einem Interview wird sie auch erklären, sie könne sich Kommunismus „jetzt“ nicht vorstellen.

Wer die Verbandelung Lötzschs mit ehemaligen SED- und Stasi-Kadern in ihrem Wahlkreis Lichtenberg kennt, ist von ihren jüngsten Auslassungen kaum überrascht. Der grüne Abgeordnete Wolfgang Wieland hatte es schon vor einem Jahr als Skandal bezeichnet, dass Lötzsch auch zur „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“ gegangen sei. „Das tut sie nicht etwa“, so Wieland, „um denen die Meinung zu sagen, um gegen deren Geschichtsrevisionismus vorzugehen, sondern um sich dort als Heilige Johanna der Alt-Tschekisten abfeiern zu lassen.“ Ebenfalls bereits vor einem Jahr hatte der Direktor der Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, erklärt: „Dass die Linke ausgerechnet sie zur Vorsitzenden machen will, ist ein Signal an die alten DDR-Kader: Wir bleiben Eure Partei.“

Mit dem Satz „gewählt ist gewählt“ hat das ehemalige SED-Mitglied Lötzsch schon früher Kritik an Stasi-belasteten Personen niederzubügeln versucht. Auch jetzt auf der RLK gibt sie die schlichte Tatsache, dass sie gewählt wurde, als Beleg dafür aus, eine lupenreine Demokratin zu sein. „Keine Partei in diesem Land nimmt die Demokratie so ernst, wie die Partei ‚Die Linke‘“, behauptet sie auch noch. Die Linkspartei verurteile Terrorismus; Terrorismus sei der Einsatz der Nato in Afghanistan.

Auf der RLK haben sich dieses Jahr bis zu 2000 Teilnehmer versammelt, 16 Euro kostete die Tageskarte. Veranstalter ist die Zeitung „Junge Welt“, die sich laut Verfassungsschutzbericht einer „traditionskommunistischen Ausrichtung verpflichtet fühlt“ und deren Chefredakteur Andreas Schölzel ein besonders fleißiger Stasi-Spitzel war. Seit dem Vormittag folgten ohne Mittagspause Vorträge und Podiumsgespräche.

Auf den Podien gaben sich auch mehrere ausländische Kommunisten Stell-Dich-eins. Groß prangte das Konterfei des serbischen Kriegsverbrechers Slobodan Milosevic auf Plakaten, bei „Cuba Si“ konnte man die Werke Castros bestaunen, der Fachbereich Medien der Gewerkschaft Verdi ist ebenso vertreten wie die Ernst Thälmanns, die DKP, die Antifaschistische Linke Berlin und viele mehr – mittendrin steht natürlich auch der Stand der Linkspartei, die laut Lafontaine mit Kommunismus natürlich „nichts am Hut hat“. Originell sind da schon die Kondome, die man am Stand der Linkspartei verschenkt. Auf ihrer Verpackung steht „Vorwärts – und nichts vergessen!“ *Michael Leh*

MELDUNGEN

Sudan: Rückkehr der Vertriebenen

Khartum – Allein in den letzten Monaten sind etwa 55 000 Südsudanesen in ihre Heimat zurückgekehrt. Die Aussicht, mit ihrer Stimme beim Referendum die Ablösung des Südsudans vom Norden durchzusetzen, hat viele Bürgerkriegsflüchtlinge zur Rückkehr bewegt. „In den ausufernden Vertriebenenlagern um Khartum packen Tausende Südsudanesen ihr Hab und Gut zusammen und warten auf ihre Abfahrt“, so ein Sprecher des UN-Flüchtlingshilfswerks. Die Rückkehr sei im Gange, obwohl die neu Ankommenden die instabile humanitäre Infrastruktur im Süden sehr beanspruchen. Der von 1983 bis 2005 andauernde Sezessionskrieg im Südsudan hat etwa zwei Millionen Tote und vier Millionen Vertriebene gekostet. *Bel*

Schweiz: Inzest bald straflos?

Zürich – Eine Debatte um die „Entkriminalisierung“ des Inzests ist ausgerechnet in der wohlgeordneten Schweiz im Gange. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, wolle die Schweizerische Regierung (Bundesrat) „den Straftatbestand des Inzests aufheben und den Geschlechtsverkehr zwischen erwachsenen Verwandten in gerader Linie und zwischen Geschwistern entkriminalisieren“. Grund sei, dass es in der Praxis so gut wie keine Verurteilungen wegen des früher „Blutschande“ genannten Delikts gebe. Wie das Blatt berichtete, reagierten Liberale und Sozialdemokraten (FDP und SP) „verhalten“, während die Christdemokraten und Volkspartei (CVP und SVP) von der Entkriminalisierung nichts wissen wollten. In mehreren Ländern Europas ist der (freiwillige) Inzest legal, darunter Frankreich, die Niederlande, Belgien, Portugal, Spanien und auch die Türkei. *PAZ*

Viel Blut für wenig Öl

Absurde Folge des Irakkriegs: Peking bekommt Zugriff auf irakisches Öl – Lange Gesichter in Washington

Außer Spesen nichts gewesen – das ist angesichts von mehr als 4400 eigenen Gefallenen noch eine milde Umschreibung der Bilanz des Irakkrieges aus US-amerikanischer Sicht. Nicht nur die islamistische Propaganda auf der ganzen Welt und das Regime in Teheran wurden gestärkt. Peking, der neue Hauptrivale Washingtons, bekam Zugriff auf Ölressourcen am Golf.

Es ist eine späte Ohrfeige für Amerikas Ex-Präsident George W. Bush: Mit dem Politiker und Hassprediger des Irak, Muktada al-Sadr, zieht dieser Tage ein erklärter und einflussreicher Erzfeind der Vereinigten Staaten in die irakische Regierung ein. Im Klartext bedeutet das, al-Sadr mit seinen engen Beziehungen zum Nachbarn Iran, wo er bis zu seiner im Irak gefeierten Rückkehr vor wenigen Tagen vier Jahre im Exil gelebt hat, wird alles daran setzen, dass die USA im Zweistromland keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen.

Das Ziel des von Bush 2003 mit falschen Anschuldigungen angezettelten Golfkrieges, die großen Öl-Ressourcen des Landes militärisch zumindest vor einem Zugriff Dritter zu sichern, kann also nicht erreicht werden. Zudem wollte Bush verhindern, dass Saddams Gedanke, das Ölgeschäft vom Dollar abzukoppeln und auch auf den Euro zu stützen, Wirklichkeit werden konnte. Es gab Experten, die einen Wertverlust des Dollars von mehr als einem Drittel erwartet hatten, falls der Irak und weitere Ölnationen diesen Schritt gewagt hätten.

Auch die Zusammenarbeit der US-Ölmultis und der britischen BP mit den Militärs schon bei den Kriegsvorbereitungen hatte in diesem „Monopoly“ nichts genutzt. Von den angeblichen Massenvernichtungswaffen Saddams wurde nicht ein einziges Stück gefunden. Außer Milliarden-Spesen und noch höheren Schulden bei den Chinesen ist also nichts gewesen.

Die westlichen Multis rechneten nach dem Sturz Saddams schon für 2008 mit dem ganzen Kuchen. Die amerikanischen Truppen gehen, die amerikanischen Firmen kommen, so wurde damals erwaret. Doch diese Hoffnung platzte wie eine Seifenblase: Die feierliche Unterzeichnung der entsprechenden Vorverträge war bereits für Anfang Juni 2008 vorgesehen. Doch es kam anders. Ölminister Hussein al Scharistan verstand sich nicht als Glied einer Marionettenregierung an den Fäden des Weißen Hauses und ließ den Deal platzen, weil die Konzerne auf Öllieferungen als Bezahlung pochten. Scharistan kurz und bündig: „Wir teilen unser Öl nicht.“

Ironischerweise ist es nun die Volksrepublik China, deren Öl-Manager sich im Irak einnisten. Für den Iran war der Sturz Husseins in dem zu rund 60 Prozent von Schiiten bewohnten Irak in politischer Hinsicht wie ein Lottogewinn. Doch in wirtschaftlicher Hinsicht, darüber sind sich die Strategen des Ölbusiness einig, ist China der eigentliche Gewinner der amerikanischen Invasion. Die staatliche China National Petroleum Corporation (CNPC) der Volksrepublik war der erste Nutznießer der Post-Saddam-Epoche. Auch die malaysische Petronas sowie Koreaner und British Petroleum erhielten Zuschläge. Die russischen Konzerne Lukoil und Gazprom sowie die norwegische Statoil ergatterten sich nach dem Abzug der US-Truppen den fettesten Happen, West Quarna, das größte Ölfeld des Irak. 15 weitere ausländische Bieter, darunter schon 2009 die italienische ENI, 2010 Shell und Angolas Sonangol, kamen zum Zug.



Ölfeld bei Kirkuk: 2010 wurde im Irak weniger Öl gefördert als zu Saddam Husseins Zeiten. Bild: laif

> China als lachender Dritter

US-Firmen rangieren unter ferner liefen. Eine Bohrung wird Exxon Mobil niederbringen, Occidental ist an einem Konsortium beteiligt. Die bereits erschlossenen Felder werden von zwei Staatsunternehmen bewirtschaftet.

Der Welt zweitgrößte und weltweit operierende Servicegesellschaft im Ölgeschäft, die US-amerikanische Halliburton Company im texanischen Huston, hatte schon fünf Monate vor dem Irakkrieg mit Vizepräsident Dick Cheney einen streng geheim gehaltenen Handel abgeschlossen. Die Vereinbarung wurde in den USA als „Sweetheart-Deal“ bezeichnet. Cheney war wegen einer fünfjährigen Amtszeit als „Chef Executive“ der Firma eng mit Halliburton verbandelt. Demnach war vorgesehen, dass das Unternehmen über seine Tochterfirma Kellog, Brown & Root die komplette Kontrolle über die irakischen Ölfelder erhalten sollte. Durch einen geschickten Schachzug im Zusammenwirken mit der italienischen ENI konnte sich Halliburton in die neue Ölfeldverteilung einklemmen. Sie wird bei 20 Bohrungen im wichtigen Ölfeld Zubair im Südirak ihr Wissen einbringen. Es ist, wie Experten konstatieren, ein Multi-Millionen-Deal. Ein weiteres Abkommen wurde mit der holländischen Shell für die 15 Quellen des Majnoon-Feld geschlossen – Wert des Kontrakts: 150 Millionen Dollar. Die 1919 gegründete Gesellschaft operiert in 70 Ländern und hat etwa 55 000 Beschäftigte.

Die seinerzeitige Geheimabsprache mit Cheney liefert im übrigen ein zusätzliches Argument für die Absichten der Bush-Regierung, die Ölfelder mit Gewalt an sich zu bringen und dies notfalls mit einem Lügenkomplott von der Uno absegnen zu lassen.

Die USA, die sich nach dem Sieg im kurzen Golfkrieg ein mehr oder weniger uneingeschränktes Schalten und Walten erhofft hatten, um sich im Nahen Osten „das Herzblut der modernen Wirtschaft“ zu sichern, sind schon deswegen verschnupft, weil die jetzt vergebenen Lizenzen keine Gewinnbeteiligung, sondern nur einen Bonus je gepumpten Fasses vorsehen. Das ist ihnen zu wenig. Derzeit liegt die Fördermenge bei 2,3 Millionen Fass pro Tag – weniger als zu Zeiten des gestürzten Diktators Saddam Hussein. Sie soll baldmöglichst auf zwölf Millionen steigen. Nach Saudi Arabien und Kanada steht der Irak mit geschätzten 137 Milliarden Barrel an dritter Stelle bei den erkundeten Ölreserven.

Joachim Feyerabend

Sondereinheiten

Frankreich rüstet für den Bürgerkrieg

In einem Artikel der französischen Zeitung „Les Echos“ erfährt der aufmerksame Leser über die seit den Einwandererunruhen von 2005/06 laufende Vorbereitung der französischen Streitkräfte auf bürgerkriegsähnliche Zustände. Rund 10 000 Soldaten werden unter strenger Geheimhaltung darauf vorbereitet, Einwanderergebiete in den Großstädten „zurückzuerobern“. Die berüchtigten „banlieues“, die von Polizei- und Rettungskräften seit längerem gemieden werden, bilden das primäre Ziel für diese Sondereinheiten, die im Falle von inneren Unruhen, Aufständen oder eines Bürgerkriegs die arabisch geprägten Viertel notfalls mit militärischer Gewalt niederhalten sollen. Die Regierung Sarkozy hat die Existenz dieser Einheiten unterdessen zwar eingeräumt, beschwichtigt aber mit der eigenwilligen Version, wonach diese nur im Falle von Naturkatastrophen oder Terroranschlägen eingesetzt würden.

Schon seit 2008 gibt es eine eigens für die Problemstadtteile geschaffene Sonderpolizei namens UTeQ („unité territoriale de quartier“). Mit spezieller Ausbildung und Bewaffnung, darunter Elektroschockwaffen („Taser“) sollte sich diese wieder in die sozialen Brennpunkte hineinwagen. Als „neue Nachbarschaftspolizei“ hat der deutsch-französische Sender „Arte“ diese harte Truppe jovial dem Publikum präsentiert.

Die neuen Militäreinheiten sind offenbar gleichsam das zweite Standbein in der Strategie von Präsident Sarkozy, die rechtsfreien Räume zurückzugewinnen.

> Rückeroberung im eigenen Land

Interessanter Nebenaspekt: Schon seit über einem Jahr dürfen Neubaugebiete in Frankreich nur noch nach vorheriger Genehmigung durch Armeevertreter besiedelt werden, auch die Umgestaltung bestehender Wohngebiete erfordert ihre Genehmigung.

Schon lange wusste ein Großteil der politischen Klasse in Frankreich ebenso wie in Deutschland, welche Folgen eine unkontrollierte Zuwanderung ohne Integration haben kann. Nun sind ethnisch-religiös geprägte Ghettos entstanden, in denen eine fremdstämmige Gemeinschaft mit schier unlösbaren sozialen Problemen zunehmend rassistische Vorbehalte gegen die einheimische Bevölkerung kultiviert. Frankreich zieht daraus späte Konsequenzen. *S. Pella/PAZ*

Gesangsstunde im Mini-Käfig

In kalifornischen Gefängnissen hat eine neue Form der »Therapie« Einzug gehalten

Ein bizarres Bild veröffentlichte kürzlich die „L.A. Times“ auf ihrer ersten Seite: Zwei Käfige, so klein wie Telefonzellen, mit je einem teilnahmslos vor sich hinstarrenden Häftling. Davor, in sicherer Entfernung vor Pinkel- und Spuck-Attacken und mit kugelsicherer Weste unter dem Sport-Jackett, ein Gitarre spielender Psychiater mit Lockenkopf und Brille.

Das Foto aus einem Gefängnis in Vacaville demonstriert eine in kalifornischen Hochsicherheitsgefängnissen inzwischen übliche Methode, mit der geistig gestörte Gefangene in therapeutischen Sitzungen behandelt werden. Der Psychiater namens Daniel Tennenbaum intoniert, wie im Artikel zu besagtem Foto beschrieben, das Lied „Sitting on the Dock of the Bay“ und versucht, die Gefangenen zu fröhlichem Mit-Singen zu bewegen, um damit ihr Vertrauen zu erlangen. Tennenbaum liebt und verteidigt seinen Job: „Wir reden. Wir schreiben Songs. Es ist wirklich hilfreich.“ Als Vorteil dieser Art des Arrestes wird von offizieller Seite auch genannt, dass die Gefangenen im Käfig ohne Hand- und Fuß-Schellen sitzen könnten. Doch nicht jeder ist begeistert: „Hierher zu kommen und zu erleben, wie diese Art von Therapie vonstatten geht, das war ungeheuer hart“, gesteht die Therapeutin Angela Gross. Aufgrund geteilter Ansichten einiger Fachleute ist in letzter Zeit eine heftige Diskussion um die sogenannten „Therapeutic Moduls“, wie die Käfige offiziell genannt werden, entflammt.



Bild: Rick Loomis, Los Angeles Times

Wie Hannibal Lecter: 2009 wurden 3500 Häftlinge so behandelt.

„Es ist bizarr. Es hat eine Hannibal-Lecter-Qualität“, vergleicht Psychiatrie-Professor H. Steven Moffic von der Universität von Wisconsin, der diverse Aufsätze zur Behandlung von Gefangenen geschrieben hat, die Methode mit dem Anthony-Hopkins-Film „Das Schweigen der Lämmer“. „Ich habe keine Ahnung, was die Therapeuten davon erhoffen.“ Dem stimmt der Berkeley-Psychiater Terry Kupers zu: „Diese Käfige sind verabscheuungswürdig. Sie suggerieren den Betroffenen, dass sie keine Menschen sondern Tiere sind.“

Kupers fungierte vor zehn Jahren als Zeuge bei einem Prozess, in dem mit Erfolg geurteilt wurde, dass es menschenunwürdig sei, geistig gestörte Häftlinge ohne Behandlung in ihren Zellen zu lassen. Seither hat das kalifornische Gefängnis-System über eine Milliarde Dollar in entsprechende Behandlungen investiert. Allein im Jahre 2009 wurden 36 000 Häftlinge für 358 Millionen Dollar psychiatrisch behandelt. Davon 3500 in jenen, damals errichteten Käfigen. Nicht alle sicherungsverwahrten und als psychologisch-gefährdet eingestuften Gefangenen leiden jedoch unter Schizophrenie oder manisch-depressiven Erscheinungen. Manchmal reicht es, wenn sie sich in normalen Gefängnissen aufsässig zeigten, Banden gründeten, heimlich geschmuggelte Drogen empfingen oder das Gefängnispersonal beleidigten.

Terri McDonald, stellvertretender Sekretär der kalifornischen Haftanstalten, gibt zu, dass die Käfig-Methode nicht ideal sei, beruft sich aber auf die Raumnot. Zum Problem der Raumnot hört der Oberste US-Gerichtshof gerade Argumente für eine Entscheidung über die vorzeitige Entlassung von Tausenden von Häftlingen mit minder schweren Straftaten an. Dies soll Luft in den überfüllten Anstalten Kaliforniens schaffen und ist noch ein Gesetzentwurf von Ex-Gouverneur Arnold Schwarzenegger. Auch wird überlegt, einem New Yorker Modell zu folgen. Dort werden die Häftlinge für eine Gruppentherapie an Tische gesetzt, an denen sie schreiben und Notizen machen können, wobei der Tisch die gefesselten Füße verbirgt

Liselotte Millauer

US-Bundesstaaten kurz vor Insolvenz

Kalifornien, Illinois, New York und New Jersey dürften als erstes pleite sein

Bricht nach dem Platzen der US-Immobilienblase nun der Markt an US-Kommunalanleihen zusammen? Die Folgen wären dramatisch, denn es geht um 2800 Milliarden Dollar.

Im Schatten der Euro-Krise und der gigantischen Staatsverschuldung der USA – mittlerweile 14 Billionen Dollar – hat die Lage der US-Bundesstaaten, der Städte und Kommunen bisher nur wenig Aufmerksamkeit erregt. Allenfalls Kalifornien machte Schlagzeilen: Arnold Schwarzenegger hat seit 2003 in seiner Amtszeit als Gouverneur das Haushaltsdefizit verdoppelt, 2009 war Kalifornien praktisch zahlungsunfähig.

Ähnlich dramatisch sieht es allerdings auch in anderen Bundesstaaten aus, zum Beispiel in Illinois. Auch hier mussten schon Ausgaben statt mit Bargeld mit Schuldscheinen beglichen werden. Daniel Hynes, der Finanzminister von Illinois, sagte im Dezember beim Fernsehsender CBS: „Wir müssen zugeben, dass wir mehreren Zehntausend, wenn nicht Hunderttausend Menschen Geld schulden.“ Das aktuelle Haushaltsdefizit ist das größte in der Geschichte von Illinois, es beträgt 13 Milliarden Dollar. Ein großer Teil des Geldes wird benötigt, um Pensionszahlungen sicherzustellen. Der kapitalunterlegte Pensionsfond des Landes ist nur noch zu 52 Prozent gedeckt, 2010 fehlten im Fonds bereits 54 Milliarden Dollar.

Selbst das marode Kalifornien hat für seine Beamten besser vorgesorgt. Hier betrug der Dekkungsgrad im vergangenen Jahr immerhin 87 Prozent. Laut CBS News hatte Illinois im Dezember 2010 noch offene Rechnungen über fünf Milliarden Dollar zu bezahlen, war mit seinen Zahlungen sechs Monate im Verzug. Illinois mag ein Extremfall sein – mehrere Gouverneure wurden in der Vergangenheit unter anderem wegen Betrugs und Korruption zu Haftstrafen verurteilt. Aber auch in anderen US-Bundesstaaten sieht die Lage dramatisch aus. Bei den Bundesstaaten wird im laufenden Finanzjahr mit einem Fehlbetrag von 130 Milliarden Dollar gerechnet.

Für 2012 erwartet das Center on Budget and Policy Priorities (CBPP), eine sogenannte Denkfabrik, ein Defizit von 140 Milliarden. Ähnlich sieht die Lage vieler US-Kommunen aus: Ein kleiner Ort in Alabama mit 27 000 Einwohnern hat zum Ende des Jahres 2010 sogar die Aufmerksamkeit der „New York Times“ geweckt: Der Ort Prichard hat die Zahlung von Pensionen an ehemalige Angestellte eingestellt. Das ist ungesetzlich, die Stadt wurde vom Bundesstaat Alabama zur weiteren Zahlung der Pensionen aufgefordert, ist dazu aber nicht mehr in der Lage.

Eine Kommune zahlte bereits Pensionen nicht mehr aus

Die Stadt stand vor der Wahl: Zahlung von Gehältern für Polizei und Müllabfuhr oder Zahlung von Pensionen. Die Entscheidung, wofür bei knappen Kassen das Geld verwendet wird und wer keine Zahlungen mehr erhält, werden viele Bürgermeister bald treffen müssen. Bei einer Umfrage der National League of Cities im Jahr 2010 gaben 60 Prozent der Städte und 68 Prozent der Landkreise an, Personaleinsparungen zu planen.

Die Einsparungen würden etwa 480 000 Vollzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst entsprechen. Michael Aguirre, der die Stadt San Diego in der Vergangenheit juristisch vertreten hat, meint: „Prichard ist die Zukunft.“ Auch San Diego wird oft genannt, wenn die Frage auftaucht, welche größere Stadt als erste ein Insolvenzverfahren nach dem sogenannten Chapter 9 einleiten wird. Investoren beobachten auch Detroit, Miami und Los Angeles.

Befürchtet wird, dass der Zahlungsausfall einer großen Stadt unter Anlegern eine Panik auslösen wird, so vor allem auf dem Markt für kommunale Anleihen, den „Municipal Bonds“. Ein Markt, der in etwa 2800 Milliarden Dollar umfasst. Die Anleihen werden zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen von Bundesstaaten und Kommunen ausgegeben und bisher galten sie als sicher. Die Ratingagentur Moodys hat zwischen 1970 bis 2009 nur 54 Zahlungsausfälle bei den „Munis“ gezählt. Doch inzwischen gibt es Zweifel, ob die „Municipal Bonds“ immer noch risikolos sind.

Die Analystin Meredith Whitney hat bereits im September 2010 gewarnt, dass sich bei den Kommunalanleihen das nächste „systemische“ Problem entwickelt, das ähnlich gefährlich werden könne wie die Immobilienkrise. Seit November 2010 hat es an den Märkten einen Abverkauf der Kommunalanleihen gegeben. Einige von ihnen haben binnen Tagen bis zu zehn Prozent an Wert verloren. In den US-Medien taucht neuerdings ein Begriff auf, der die Probleme der Bundesstaaten auf den Punkt bringt: „CINN“. Die Abkürzung steht für die problembeladenen Staaten California, Illinois, New York, New Jersey. Die Anlehnung an den Begriff „PIGS“, der für die Sorgenkinder im Euro-Raum steht, ist nicht zufällig. Sollte die Lage sich verschärfen, könnte innerhalb der USA eine Lage entstehen, wie es sie in Europa mit Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gibt.

Einen Vorgeschmack gab es vor wenigen Wochen, als sich die Kosten von Kreditausfallversicherungen für Illinois auf dem Niveau von Rumänien und dem Irak bewegten.

Norman Hanert



Arbeitslose Bewohner von Detroit stehen Schlange um 200 Arbeitsplätze beim neuen Meijer Supermarkt: Nun stehen auch noch zahlreiche Jobs im öffentlichen Dienst auf der Kippe. Auch Pensionäre können sich ihres Einkommenes nicht mehr sicher sein, weil ihren ehemaligen Arbeitgebern finanziell die Luft ausgeht. Bild: alimdi.net

KURZ NOTIERT

Umdenken beim Währungsfonds: Der Internationale Währungsfonds hat seine Haltung zum internationalen Kapitalverkehr geändert. Bislang war der IWF massiv für einen gänzlich freien Kapitalfluss eingetreten. Die Geldlawinen aber hätten, wie der IWF jetzt einräumt, zur Ausbreitung der Weltfinanzkrise beigtragen. Nun unterstützt der Fonds etwa Brasilien, das die Steuer auf ausländische Investitionen in brasiliansche Anleihen angehoben hat. Brasilia fürchtet, dass ein massiver Kapitalzufluss zum Anstieg der eigenen Währung führt, mit Nachteilen für den Export. *H.H.*

Hochwasser treibt Kohlepreise: Die Überschwemmung im australischen Queensland treibt die Preise für Kokskohle. Nach zwei Monaten mit starkem Regenfall stehen 90 Prozent des Kohlebergbaus still. 2010 deckte Queensland fast die Hälfte des weltweiten Bedarfs. Die Preise stiegen schon auf 250 US-Dollar je Tonne Kokskohle. Händler rechnen mit einem weiteren Anstieg auf 300 Dollar. Laut Analysten von Steel Market Intelligence führe ein Anstieg des Preises von 20 Prozent bei Kokskohle zu 30 US-Dollar höheren Kosten je Tonne Stahl. *N.H.*

Goldreserven zur Tilgung: Der Chef des Deutschen Beamtenbundes, Peter Heesen, hat zur Stabilisierung der Staatsfinanzen vorgeschlagen, die Goldreserven der Deutschen Bundesbank teilweise zu verkaufen. Die Bundesbank besaß im September 2010 Gold und Goldforderungen im Umfang von 3402,5 Tonnen, mit einem aktuellen Wert von mehr als 115 Milliarden Euro. *N.H.*

Import-Rekord: Die deutschen Einfuhren haben im November einen neuen Rekord erreicht, sie stiegen im Jahresvergleich um genau ein Drittel auf 75,1 Milliarden Euro. Die Ausfuhren kletterten um 21,7 Prozent auf 88 Milliarden Euro. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) würdigte den Anstieg als Zeichen der Dynamik der Konjunktur und als deutschen Beitrag zu einem nachhaltigen Aufschwung auch international. *K.B.*

China setzt auf Kernkraft

Meldung über Durchbruch bei Wiederaufarbeitung

Während Deutschland, bei der Atomtechnologie einst führend, deren Weiterentwicklung gestoppt hat, will das bevölkerungsreichste Land der Welt seinen Energiehunger verstärkt mit der Atom-Technologie stillen. Wie das chinesische Staatsfernsehen meldete, sei der Durchbruch bei der Wiederaufbereitung nach 24 Jahren intensiver Forschung in einer Anlage der Firma „China National Nuclear Corp“ (CNNC) in der Wüste Gobi gelungen. Der Nachschub für die heimischen Atomkraftwerke sei nun für die nächsten 3000 Jahre sicher, hieß es. Das Uran könne „60-mal effizienter“ als zuvor genutzt werden.

Der weltgrößte Energiekonsument hat derzeit zwölf Atommeiler in Betrieb und 25 im Bau, weitere sind geplant. Bis zum Jahr 2020 will Peking die Kapazität des Atomstroms verachtfachen; selbst damit würde das Land aber erst sechs Prozent seines gewaltigen Energiebedarfs decken – noch dominiert die Kohle in der chinesischen Energiewirtschaft. Mit der effizienteren Wiederaufbereitung könnte China seine Uranvorräte erheblich länger als bisher berechnet nutzen. Von den weltweiten bekannten Uran-Vorräten von 4,7 Millionen Tonnen, besitzt China nur 170 000 Tonnen. Dabei soll der jährliche Verbrauch schon im Jahre 2020 20 000 Tonnen erreichen.

Brisanz gewinnt das chinesische Atomprogramm im Vergleich mit Deutschland. Ähnlich rohstoffarm wie China liegt die Atomtechnologie hierzulande weitgehend auf Eis. 1989 beschloss die Bundesregierung den Ausstieg aus der Wiederaufbereitung in Wackersdorf. Schon seit Jahren dürfen hierzulande keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut werden. Der politische Streit und die jüngsten Entscheidungen der schwarzgelben Bundesregierung gehen allein um die Restlaufzeiten bestehender Kraftwerke. In Europa gibt es derzeit nur zwei Wiederaufbereitungsanlagen, in den USA, Indien, Japan und Russland arbeiten weitere Anlagen. Der Transport abgebrannter Brennstäbe aus Deutschland in eine russische Aufbereitungsanlage scheiterte kürzlich am Einspruch des Bundesumweltministers Norbert Röttgen (CDU). Auch die zur Wiederaufbereitung gehörende Technologie des „Schnellen Brüters“ wird hierzulande nicht weiterverfolgt. Eine fertige Anlage in Kalkar, für sieben Milliarden D-Mark gebaut, wurde 1991 aus politischen Gründen nicht in Betrieb genommen.

Beherrscht Peking in wenigen Jahren die Brüter-Technologie?

Westliche Wissenschaftler betrachten die chinesischen Erfolgsmeldungen mit Skepsis. Die Wiederaufbereitung gilt als technisch besonders schwierig, da hier komplizierte chemische Prozesse mit Robotereinsatz zu bewältigen sind. Inwieweit die Chinesen hier ausländisches Wissen, etwa der Firma Siemens, illegal nutzen, kann nur vermutet werden. In auffälliger Weise betonte der Chefingenieur von CNNC im Fernsehen, die Anlage sei „zu 100 Prozent original“. Zudem machen die chinesischen Wissenschaftler keinerlei Angaben über den Charakter der angeblich neuen Technologie. Doch schon im Jahr 2020 will Peking in Zusammenarbeit mit russischen Technikern einen Schnellen Brüter vom Typ BN-600 in Betrieb nehmen, was Russland bereits bestätigt hat. *H.E.B.*

CO_2 – in Luft aufgelöst

Der Handel mit Emissionszertifikaten wird zur Pleite

Spätestens seit Unterzeichnung des sogenannten Kyoto-Protokolls 1997 war klar, welche „Chancen“ sich daraus ergeben: Die Verwaltung der „Emissionszertifikate“ bringt neue, von der realen Wirtschaft völlig losgelöste Arbeitsplätze, die Potentaten der ärmeren Länder erhalten ein zusätzliches Taschengeld aus dem Verkauf von „Verschmutzungsrechten“, und der Handel mit diesen ermöglicht die Einrichtung einer entsprechenden Börse samt Termingeschäften und Derivaten.

Allmählich aber häufen sich die Hiobs-Botschaften für Klima-Profiteure: Der auf freiwilliger Basis eingeführte Handel an der „Klima-Börse“ in Chicago ist im Laufe des Jahres 2010 auf Null geschrumpft und wurde nun mangels Rentabilität für tot erklärt. Die Einführung des verpflichtenden Handels wird außer von den USA, Kanada und Australien nun auch noch von Japan verzögert. Und mit Arnold Schwarzenegger ist zu Jahresbeginn – nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit als Gouverneur von Kalifornien – auch der letzte nennenswerte Öko-Politiker der USA von der Bühne abgetreten. Der frühere US-Vizepräsident und „CO_2-Nobelpreisträger“ Al Gore ist ja nach dem Auffliegen diverser Daten-Manipulationen in seiner „Klima-Dokumentation“ schon früher ziemlich kleinlaut geworden.

Einzig die EU steht mit geradezu sektiererischem Eifer weiter zu dieser modernen Variante des Ablasshandels und bleibt dabei, die eigene Wirtschaft zu schädigen, ohne damit bisher irgendeinen Effekt beim Klima zu erzielen. In der ersten Periode des Klimahandels ohne Klimawandel von 2005 bis 2008 waren die gratis verteilten Zertifikate nämlich so großzügig verteilt worden, dass ihr Kurs beim Weiterverkauf gegen Null sank und die erhoffte „Lenkungswirkung“ ausblieb. In der zweiten Periode 2008 bis 2012 sorgt allein schon die Wirtschaftskrise dafür, dass die Industrie weniger emittiert. Und trotzdem bastelt man in Brüssel bereits an der dritten Phase ab 2013.

Ein Effekt auf Emissonen und Klima ist kaum messbar

Von Anfang an war aber auch klar, dass der Handel mit den Papieren zu weiteren Gaunereien einlädt. Tatsächlich flog voriges Jahr ein großangelegter Mehrwertsteuerbetrug mittels Kettenhandel über mehrere Grenzen hinweg auf. Und wegen unzulänglicher Sicherheitsstandards bei der Verwaltung der Daten wurden Zertifikate gestohlen und illegal in den Handel gebracht.

Die EU-Kommission will ab 2013 das Volumen der Zertifikatsausgabe um jährlich 1,7 Prozent reduzieren, um bis 2020 eine Reduktion von 21 Prozent gegenüber 2005 zu erreichen. Von Öko-Puristen wird natürlich kritisiert, das sich das alles nur auf CO_2 beziehe, während die anderen „Treibhausgase“ unberührt blieben. Sollte die Begeisterung für den Zertifikathandel aber noch weiter sinken, wird erwartet, dass Brüssel statt dessen eine CO_2-Steuer einführt. Die Finanzminister – wenn es die auf nationaler Ebene dann überhaupt noch gibt – können sich aber trotzdem nicht darauf freuen, denn Europas Konkurrenzfähigkeit wird dadurch genauso beeinträchtigt. *RGK*

Niedergang

Von Rebecca Bellano

Auf gleich mehreren Seiten dieser *PAZ*-Ausgabe werden verschiedene Facetten des Niedergangs der USA geschildert. Hier sind keine US-Gegner am Werk, sondern das entspricht der tatsächlichen Entwicklung.

Angesichts der Tatsache, dass die Verfasserin dieser Zeilen 1990 als unbedarfte Fünftklässlerin von ihren Lehrern zu einer Anti-Irakkrieg-Demo geschleift wurde, bei der sie rufen sollte „Kein Blut für Öl“, war ihre erste Reaktion auf die Tatsache, dass die Amis keineswegs von der Ölförderung im Irak profitieren, von Schadenfreude geprägt. Doch die hielt nur kurz, denn wie sieht die die Alternative zu einer Weltmacht USA aus? Im Grunde ist es erschreckend, wie schnell der wirtschaftlich-finanzielle, gesellschaftliche, moralische, und künftig wohl auch militärische Niedergang des Landes abläuft. Und vor allem wie umfassend er auf so viele Bereiche übergreift.

Auch wenn die USA politisch schon länger von vielen kritisch gesehen wurden, diente das Land doch ganzen Generationen in Deutschland als Sehnsuchtsland. Aus den USA kamen die Trends, dort schien alles modern und erstrebenswert. Nun bröckelt die Fassade nicht nur, sie bricht gleich in ganzen Brocken ein.

Der falsche Kurs

Von Hans Heckel

Die Aussichten für das klamme Portugal sind trübe: Nach Einschätzung der Zentralbank des Landes schrumpft die Wirtschaft 2011 um 1,3 Prozent. Damit fiele Portugal erneut in die Rezession.

Keine Bankenkrise, auch nicht die „Wölfe des Marktes“ haben die Republik am Ende Europas ins Schleudern gebracht. Man hat, nicht nur hier, ein Land mit schwacher Wettbewerbsfähigkeit in das Korsett einer starken Währung gezwungen. Wer geglaubt hatte, Portugal würde die neuen Möglichkeiten (wie niedrige Kreditzinsen) zu seiner nachhaltigen Entwicklung nutzen, der unterlag der alten sozialistischen Umverteilungsideologie. Danach muss das Geld nur von den „Reichen“ zu den „Armen“ geschaufelt werden, und irgendwann entwickeln sich alle beinahe gleich gut.

Gerade die Deutschen hätten es besser wissen sollen: Seit Jahrzehnten ändert der Länderfinanzausgleich nichts am Gefälle der „reichen“ und der „armen“ Länder. Dass sich Berlin für dieselben niedrigen Zinssätze verschulden darf wie Bayern, hat vor allem dazu geführt, dass sich Hauptstadt exorbitant bedient hat und infolgedessen dramatisch verschuldet ist.

In der EU wurde der falsche Kurs kopiert, zunächst jedoch kaum merklich in bescheidenem Rahmen über die EU-Förderfonds. Der Euro aber brachte eine verdeckte Umverteilung riesigen Ausmaßes, indem er den ungleichen Partnern die gleiche monetäre Basis gewährte. Nachdem dies ins Desaster führte, wird nicht etwa umgesteuert, nein: Die verhängnisvolle Fahrt wird nur mit noch mehr Dampf fortgesetzt.

Rot, groß und amorph

Von Konrad Badenheuer

Bis zur Entstehung der Grünen war die politische Linke in der Bundesrepublik Deutschland eine sehr übersichtliche Veranstaltung: Neben ein paar linken Spinnern bei K-Gruppen und Jusos gab es nur die SPD.

Die Zeiten haben sich geändert. Die Grünen haben sich vor fast 30 Jahren als zweite linke Partei etabliert, die SED/PDS/Linke etwa zehn Jahre später als dritte. Da auch die CDU heute konservatives Denken nur noch in Spuren vertritt, dagegen soziale Anliegen umso intensiver (Parteivize Jürgen Rüttgers nannte sich mit Stolz „Arbeiterführer“), könnte man schon fast von vier mehr oder weniger linken Parteien reden.

Doch damit nicht genug: In der SPD selbst nahm die Fragmentierung zu. Zu den beiden klassischen Flügeln, dem „rechten“ Seeheimer Kreis und den eigentlichen Linken, kamen 1998 als dritte Gruppe die sogenannten „Netzwerker“, eine zunächst rein informelle Gruppe vorwiegend junger Bundestagsabgeordneter. Inzwischen haben sie sogar eine eigene Internetseite und gewählte Sprecher.

Die Gründung des „Netzwerks“ war in einem zentralen Punkt eine ehrliche Sache: Während „Seeheimer“ und „Linke“ zwar immer auch um Posten stritten, gab es hier noch echte Glaubenskämpfe. Man diskutierte lange über den richtigen Weg in eine sozial gerechte Gesellschaft, tiefe Überzeugungen prägten den Diskurs. Die Netzwerker waren dagegen wirklich „Post-68er“. Nicht die richtige Antwort auf Sachfragen, sondern das persönliche Fortkommen stand im Zentrum des Sinnens und Trachtens. Das war ehrlich, aber für den Wähler nicht unbedingt attraktiv.

> Ohne Parteien mit inhaltlichem Profil kann es nicht gehen

Der hatte allerdings, wenn er linke Überzeugungen vertrat, so viel Auswahl, dass der Schrumpfungsprozess der SPD ohnehin nicht überraschen konnte. Wem vor einer Generation als linker Demokrat nur die SPD blieb, hat heute vier Parteien zur Auswahl. Das sogenannte „linke Lager“ ist dadurch in der Summe größer geworden, die SPD kleiner. Immer seltener werden die Phasen, in denen Union und FDP zusammen in bundesweiten Umfragen eine Mehrheit auf sich vereinigen, wobei man Teile der heutigen CDU-Unterstützer nach allen traditionell gültigen Maßstäben getrost als „Linke“ bezeichnen kann. Das so auf vielleicht 60 Prozent angeschwollene linke „Lager“ ist merkwürdig amorph. Gemeinsame Grundpositionen sind außer einer penetranten Präferenz für die Gleichheit gegenüber der Freiheit kaum zu erkennen.

Es ist noch nicht absehbar, wohin dieser langfristige Trend weg von eigenen Überzeugungen, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, hin zum Wunsch nach materieller Umverteilung führen wird. Ohne Parteien mit programmatischem Profil wird das Land aber auf Dauer nicht zu regieren und zu gestalten sein. Es bliebe nur ein an Umfragen orientiertes Verwalten.



Die Gewerkschaften mögen schwächer werden, doch die politische Linke als Ganze ist stark wie nie: Ohne klare programmatische oder gar organisatorische Struktur verbindet sie der Wunsch nach Umverteilung und die Ablehnung von allem, was irgendwie „rechts“ ist.

Bild: Visum

Gastbeitrag



Viel Doppelmoral bei Wikileaks

Von Philip Baugut

Dass der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist, befand der Literatur-Nobelpreisträger George Bernard Shaw in einem geflügelten Wort. Auch in der Debatte um die Enthüllungsplattform Wikileaks treten Gutmenschen auf. Am Horizont sehen sie eine Welt ohne Geheimpolitik und Herrschaftswissen. Totale Transparenz, wohin das revolutionäre Auge blickt. Wer wollte diesem Ziel widersprechen, wo doch viele Krisen dieser Tage vom Versagen öffentlicher Kontrolle zeugen?

Den Weg zu mehr Transparenz beschreiten zwei Gruppen: Die eine erkennt, wie steinig er ist. Sie will ihn behutsam gehen und die Demokratie Stück für Stück reformieren. Die andere Gruppe eilt ihrem Ziel unbeirrbar entgegen. Sie will nicht weniger als eine andere Welt. Schon 1996 verfasste der Musiker John Perry Barlow eine „Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“, die zeigt, wes Geistes Kind mancher Netzaktivist ist. „Regierungen der industriellen Welt, Ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Im Namen der Zukunft bitte ich Euch, Vertreter einer vergangenen Zeit: Lasst uns in Ruhe! Ihr seid bei uns nicht willkommen. Wo wir uns versammeln, besitzt Ihr keine Macht mehr.“

> Wenn der Cyberspace der Welt seine Unabhängigkeit erklärt

Rund 15 Jahre später wittern revolutionäre Kräfte wieder Morgenluft, die ihnen der Australier Julian Assange mit Wikileaks verschafft. Er mobilisiert Trittbrettfahrer, die auf den rasend schnellen Internet-Zug springen und hoffen, dass er die verhassten politischen Vehältnisse aus dem Weg räumt. Entlarvend ist denn auch die Ecke, aus der Wikileaks Beifall erhält. Feierlich erklärt die Links-Fraktion im Bundestag ihre Solidarität mit den Unterstützern von Wikileaks. Was die Plattform und ihre Anhänger tun, sei durch die sogenannte Hackerethik gedeckt. Ein nützlicher Begriff, um das illegale Eindringen in fremde Computer zu rechtfertigen. Während Befürwortern der Vorratsdatenspeicherung der Vorwurf entgegengeschleudert wird, der Zweck heilige nicht die Mittel, nimmt man es auf dem Weg zu totaler Transparenz nicht ganz so genau. Diese Doppelmoral hat es bis in die Tagesschau geschafft. Die ARD-Sendung berichtete über die kriminellen Hackerangriffe auf Internetseiten, die die Zusammenarbeit mit Wikileaks kündigten. Sie erschienen als unumgänglicher Schritt hin zu mehr Demokratie, als in diesem Zusammenhang ein „Experte“ des „Chaos Computer Clubs“ über den Beginn eines neuen demokratischen Zeitalters schwadronieren durfte. Diese Dialektik erinnert nicht zuletzt an die RAF, deren Gewalt mancher Linke verharmlost, weil er die Ziele der Terroristen teilt.

Paradox ist dabei, dass der Schuss derer, die mit kriminellem Eifer für mehr Transparenz kämpfen, zum glatten Gegenteil führt. Denn in der Politik gibt es einen Grundbedarf an vertraulicher Kommunikation, die notfalls in kleine, intransparente Gesprächszirkel verlagert wird. Diese Gegenreaktion wird umso stärker ausfallen, je aggressiver Wikileaks Transparenz herstellen will. Egal, aus welcher Richtung das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit kommt, es wirft immer einen Schatten, in dem die zentralen politischen Entscheidungen fallen. Dieses Katz-und-Maus-Spiel zwischen Wikileaks und der Politik kennt keine Gewinner, wohl aber Verlierer: Bürger, denen der politische Prozess verborgen bleibt.

Politiker werden sich bei heiklen Dingen genau überlegen, ob sie die Tür zur Öffentlichkeit überhaupt öffnen. Wer sie auch nur einen Spalt weit aufmacht, muss damit rechnen, dass alle Informationen nach draußen dringen. „Wikileaks bestraft jeden, der nicht totale Transparenz bietet, belohnt aber das vollkommene Fehlen von Transparenz“, analysiert der Technik-Philosoph Jaron Lanier. Am Ende beschränkt sich die öffentliche Politik auf weichgespülte Werbung für Entscheidungen, die längst in trockenen Tüchern sind.

Freilich sollen Journalisten keine Hofberichterstatter sein, die artig fragen, welche Informationen sie veröffentlichen dürfen. Doch eine gefährliche Grenze wird überschritten, wenn sie illegal an fragwürdige Informationen gelangen und sich nicht um die Folgen ihrer Veröffentlichung scheren. Ein guter Journalist ist immer auch Verantwortungsethiker. Er sollte um die Instrumentalisierung durch jene wissen, die ihm Geheimes zuspielen. Es ist naiv zu glauben, Wikileaks-Informanten gehe es um die Aufklärung der Öffentlichkeit im Sinne demokratischer Ideale. Vielmehr betreiben sie knallharte Interessenpolitik, die umso erfolgreicher ist, je interessierter sich die klassischen Medien auf das Wikileaks-Material stürzen und ihm zu mehr Aufmerksamkeit verhelfen. Diese Medien sollten ihren Schlagzeilen-Lieferanten Wikileaks nicht schonen, sondern danach fragen, wie es um dessen eigene Transparenz bestellt ist. Zu wenig ist über Arbeitsweise und Finanzierung der Enthüllungsplattform bekannt. Angeblich wird das zugespielte Material sorgfältig überprüft und ausgewählt. Doch im Dunkeln bleibt, nach welchen Kriterien das geschieht und welchen Einfluss die Wikileaks-Spender darauf haben.

> Die Enthüller sollten sich mehr auf die Finanzwelt konzentrieren

Das ist umso bedauerlicher, als Wikileaks der Demokratie sehr wohl nutzen könnte. Hierfür müsste sich die Plattform aber von Trittbrettfahrern distanzieren, die kriminelle Handlungen ideologisch verbrämen. Das Ziel einer offenen Demokratie rechtfertigt nicht jedes Mittel. Auch wenn eine Demokratie Öffentlichkeit braucht wie der Mensch die Luft zum Atmen, könnten ihr am Ende ausgerechnet die eifrigsten Kämpfer für Transparenz schaden.

Transparenz sollte vielmehr dort eingefordert werden, wo der Begriff nur ein Fremdwort ist. Das politische System Deutschlands ist bestimmt nicht der Patient, der am dringendsten behandelt werden muss. Und andere Länder kranken so an ihren undemokratischen Strukturen, dass Wikileaks dagegen nichts ausrichten kann, ohne das Leben potenzieller Informanten zu gefährden. Die selbsternannten Enthüller sollten ihre Energie daher auf die Finanzwelt konzentrieren, in der Transparenz das Gebot der Stunde ist.

Allein die von Assange angekündigten Enthüllungen über Praktiken einer US-Großbank sorgen in der Branche für heilsame Unruhe. Riskante Geschäfte könnten verhindert werden. Banken, die etwas zu verheimlichen haben, könnte Wikileaks in ein Dilemma bringen: Entweder müssen sie völlig transparent handeln und ihre Geschäftspolitik öffentlicher Kontrolle unterwerfen, oder aber ihre Geheimnisse besser hüten. Dabei laufen sie jedoch Gefahr, aufgrund undurchsichtiger Geschäftspolitik Kunden an die Konkurrenz zu verlieren.

Ein Glaubwürdigkeitsproblem hat Wikileaks aber auch, wenn es sich zur Kontrollinstanz der Finanzwirtschaft aufschwingt. Die Plattform finanziert sich über ein undurchsichtiges Netz, in dem wohlfeile Forderungen an die Wirtschaft nicht verfangen.

Der Weg zu mehr Transparenz ist von Widersprüchen gepflastert. Je mehr die Plattform Hinterzimmer ausleuchtet, umso klarer treten ihre Schattenseiten hervor. Und je radikaler Wikileaks vorgeht, desto weniger wird es seinen hohen Ansprüchen gerecht. Es scheint, als würden sich die selbsternannten Weltverbesserer einmal mehr verrennen.

Philip Baugut (1983) ist Politologe an der Universität München, sein Schwerpunkt ist die Medialisierung der Politik.*

Bauwerke für die Nachwelt erhalten

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz fördert fünf wichtige Projekte in Berlin

Gleich fünf Förderverträge der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD) sind noch Ende vergangenen Jahres übergeben worden. Neben Christophoruskirche in der nördlichen Siemensstadt erhalten auch die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, das Mausoleum Strousberg in Schöneberg sowie das Anatomische Theater und die Villa Neutra in Zehlendorf Fördermittel.

Insgesamt hat die in Bonn ansässige DSD seit ihrer Gründung 1985 dank privater Spenden, der von ihr verwalteten Treuhandstiftungen und der Mittel der „GlücksSpirale", der Rentenlotterie von Lotto, allein in Berlin über 130 Projekte unterstützt. Seit 2005 wird die Arbeit der Stiftung in Berlin von einem ehrenamtlich tätigen Kuratorium unter der Leitung S.K.H. Prinz Georg Friedrich von Preußen unterstützt. Für die Arbeiten an den fünf Berliner Denkmalen stehen 271000 Euro zur Verfügung.

Mehr als eine Viertel Million Euro steht zur Verfügung

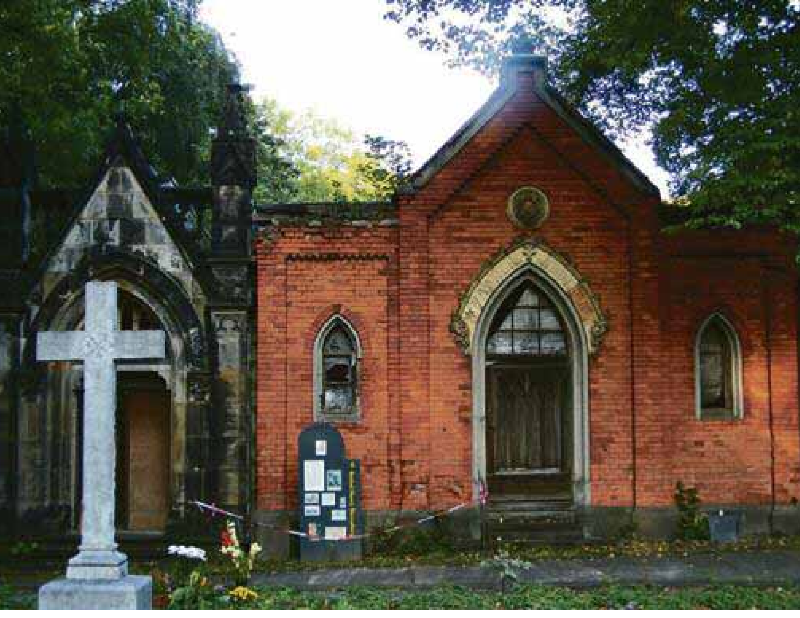
Die von 1929 bis 1931 von Hans Hertlein (1881–1963) an repräsentativer Stelle in der von Siemens geplanten „Siedlung Heimat" errichtete ehemalige evangelische „Kirche Siemensstadt" wurde 1991 in evangelische Christophoruskirche umbenannt. Architektonisch akzentuiert bildet ein 32 Meter hoher Campanile mit langgezogenen kleinen Fenstern und Schallöffnungen im oberen Turmbereich den weithin sichtbaren Orientierungspunkt. Beidseitig schließen sich zwei äußerlich nahezu symmetrisch gestaltete 25 Meter lange Nebengebäude mit zwei Geschossen an, im Westen die Pfarrei, im Osten das Gemeindehaus. Für die ausschmückende Gestaltung trug Joseph Wackerle (1880–1959) die Verantwortung, der die Ausstattung teilweise figürlich-dekorativ ausführte.

Den Bau der Gedächtniskirche veranlasste Kaiser Wilhelm II. zum Gedächtnis an seinen gleichnamigen Großvater. Der Grundstein wurde 1891 gelegt, vier Jahre später konnte das Gebäude nach dem Entwurf des Königlichen Baurats Franz Schwechten eingeweiht werden.

Der neoromanische Bau, dessen Formensprache sich an die romanischen Kirchen des Rheinlands anlehnt, besaß mit dem 113 Meter hohen Hauptturm den höchsten Aussichtspunkt der Stadt. Die Ausgestaltung des Innenraums im Stil der Neuromanik wurde beispielgebend für die Epoche. Aufwendig wurde er mit Mosaiken ausgekleidet, insbesondere zu biblischen Motiven.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Kirche im November 1943 bei Bombenangriffen weitgehend zerstört. Nur die Turmruine und ein Bereich der Apsis des Kirchenschiffs blieben erhalten. Heute gilt das Gebäudeensemble des Architekten Egon Eiermann im Zusammenspiel von Nachfolgebauten und erhaltener Turmruine als ein weltweit herausragendes Zeugnis der Nachkriegsmoderne.

Der sogenannte „Eisenbahnkönig" Bethel Henry Strousberg (1823–1884) aus dem ostpreußischen Neidenburg baute mehr als zehn große Eisenbahnlinien in Deutschland, sechs in Rumänien und eine in Ungarn auf Aktien. 1856 noch ein unbedeutender Kaufmann, galt er bis 1870 als einer der reichsten Männer Berlins und zählt zu den umstrittenen Wirtschaftsmagnaten des 19. Jahrhunderts. Aus einfachen Verhältnissen stammend erlangte er durch riskante Spekulationsgeschäfte großen Reichtum. Strousberg galt zeitweilig als größter Grundbesitzer in Deutschland und gehörte von 1867 bis 1871 dem Reichstag an. 1875 endete seine Karriere, der Zusammenbruch seiner Unternehmungen führte zum „Gründerkrach", der ersten großen Wirtschaftskrise im Deutschen Reich. 1884 starb Strousberg verarmt in Berlin. Das eher bescheidene Mausoleum der Familie Strousberg, ein dreiteilig unverputzter Ziegelbau, wird zunehmend von Freunden der Eisenbahngeschichte aufgesucht. Flankiert von zwei schlichten Spitzbogenfenstern öffnet sich das ebenfalls spitzbogig gerahmte Portal unter einer Inschrift und einem Tondo-Relief. Wie viele historische Grabstätten auf dem Alten St. Matthäus Kirchhof steht es für Berlins reiche Geschichte und die vielen, das Zeitgeschehen prägenden Charaktere.



Mausoleum der Familie Strousberg: Soll vor dem Verfall gerettet werden. Bild: Archiv

Carl Gotthard Langhans schuf das Anatomische Theater 1789/1790, zeitgleich mit seinem berühmtesten Bauwerk, dem Brandenburger Tor. Das älteste Gebäude der Königlichen Tierarzneischule ist auf dem Grundriss eines griechischen Kreuzes errichtet. Damit nimmt der Bau Bezug auf italienische Renaissancevillen wie Palladios Rotonda bei Vicenza und erinnert an das Anatomische Theater von 1594 in Padua. Ursprünglich diente der Bau als Forschungsstelle für Pferdekrankheiten zur Verbesserung der Preußischen Kavallerie. Im Innern des Hörsaals steigen die Sitzreihen des kreisrunden Saals amphitheatrisch an. Die Kuppel wirkt durch ihre gemalte plastische Gliederung noch höher, über den Thermenfenstern des Saales prangen gemalte Pferdeschädel, dazwischen figürliche Szenen. Im Saalboden des Erdgeschosses gab es eine Öffnung, durch die ein Hubtisch die Tierkadaver aus dem darunter gelegenen Präpariersaal in den Vorlesungsraum befördern konnte. Die Wiederherstellung dieses architektonischen Berliner Kleinods hat sich die in der treuhänderischen Verwaltung der DSD gegründete „Stiftung Anatomisches Theater" zur Aufgabe gemacht.

In den Jahren 1923/1924 schuf der damals im Architekturbüro des Allensteiners Erich Mendelsohn arbeitende Richard Neutra als ausführender Architekt vier Villen, deren interessante Farbgebung auffällt und die im Inneren den Stil von Bruno Taut aufgreifen. Der Königsberger Bruno Taut selbst baute in der weiteren Planung neben anderen Architekten in unmittelbarer Nachbarschaft die Siedlung Onkel Tom's Hütte mit Mehrfamilienhäusern. Innen ist die Neutra-Villa in der Onkel-Tom-Straße 89 die am authentischsten erhaltene der Villenbauten, deren Oberflächengestaltungen in einem bemerkenswert guten Zustand sind, ebenso wie die nahezu vollständig erhaltenen Raumbegrenzungsflächen und Holzbauteile aus dem Baujahr. Auffällig an dem kompakten kubischen Baukörper sind die gegeneinander verschobenen Horizontalen der Gesimse, Balkonbrüstungen und hervorragenden Dachteile. Dagegen sind der Grundriss und die Raumaufteilung – die Räume wurden um einen zentralen Erschließungskern angeordnet – eher konventionell. *Ingolf Hermann*

Den Menschen ins Gesicht geschaut

Der Porträtist Christoph Lisiewsky schaffte in seinen Bildnissen frühzeitig den Übergang zum Klassizismus

In den einschlägigen Kunstlexika sucht man den Namen Christoph Friedrich Reinhold Lisiewsky (1725–1794) vergebens. Denn trotz seines hohen künstlerischen Rangs wurde das Werk des Malers bislang weder wissenschaftlich noch durch eine Ausstellung gewürdigt. „Als das Resultat unermesslichen Fleißes und den Triumph der Prosa in der Malerei" bezeichnete ein berühmter Zeitgenosse, der Bildhauer J.G. Schadow, Lisiewskys Werk. Ob Schadow mit seinem wohl ironisch gemeinten Urteil die künstlerische Leistung richtig einzuschätzen wusste? Die Kunsthistoriker von heute sind von den Qualitäten des Malers jedenfalls überzeugt. Mit der Ausstellung „Teure Köpfe" hat das Staatliche Museum Schwerin die Aufgabe übernommen, sie vorzustellen.

Neuartige Porträtauffassung

Aus jetziger Sicht beeindruckt Lisiewsky durch seine ganz eigenständige Darstellungsweise und wird mit Antoine Pesne und Anton Graff zu den bedeutendsten Porträtmalern des 18. Jahrhunderts in Deutschland gezählt. Seine neuartige Porträtauffassung löste sich allmählich von den barocken Stereotypen der Inszenierung und Idealisierung. Durch seine realistische, teils naturalistische Malweise schaffte Lisiewsky frühzeitig den Übergang zum Klassizismus. Die Porträtierten bescheinigten ihm eine sorgfältige und aufwendige Arbeitsweise. Die brillant ausgearbeitete Stofflichkeit sowie die präzise Wiedergabe der charakteristischen Physiognomie, Körpervolumina und -haltung lassen die Dargestellten überaus präsent erscheinen.

Welche Bedeutung Lisiewsky inzwischen eingeräumt wird, zeigt allein der Erwerb zweier Pastell-Bildnisse aus dem ehemaligen Eigentum des Herzogs Joachim Ernst von Anhalt (Dessau 1901–Buchenwald 1947) im Vorfeld der Ausstellung, die vor Schwerin bereits zwei Monate auf Schloss Mosigkau in Dessau gezeigt wurden. Dabei war die Kulturstiftung DessauWörlitz auf die finanzielle Unterstützung des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt, der Kulturstiftung der Länder und Lotto Sachsen-Anhalt angewiesen. Entsprechend hochkarätig war damals die offizielle Übergabe. Allein von Seiten des herzoglichen Hauses von Anhalt nahmen S.H. Prinz Eduard von Anhalt und Gemahlin Corinna von Anhalt, Edda Darboven, Prinzessin von Anhalt, und Gemahl Albert Darboven daran teil. Lisiewsky entstammte einer polnischen Malerfamilie, die mehrere angesehene Mitglieder hervorgebracht hat. Von 1752 bis 1772 war der Künstler Hofmaler in Anhalt, führte gleichzeitig aber auch Bildnisaufträge für einen bürgerlichen Kundenkreis wie Kaufleute, Universitätsprofessoren und Theologen in Berlin und Leipzig aus. Nach dem Tod seines Neffen Georg David Matthieu, der seinerseits Hofmaler am mecklenburgischen Fürstenhaus war, berief ihn Herzog Friedrich 1778 als dessen Nachfolger nach Ludwigslust, wo er bis zu seinem Tod tätig war. *Helga Schnehagen*



Christoph Lisiewsky: Porträt der Agnes von Anhalt-Dessau (Pastell, 1763) Bild: Archiv

Die Ausstellung „Teure Köpfe" im Staatlichen Museum Schwerin ist bis zum 6. März dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr sowie donnerstags von 13 bis 20 Uhr geöffnet.

In Kürze

Expressionismus aus Westfalen

Als Karl Ernst Osthaus 1902 in Hagen das Museum Folkwang gründete, um seine Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hielt die Moderne Einzug in Westfalen. Mit ihr entstand der westfälische Expressionismus, der bis in die 1930er Jahre hinein zwischen ländlicher Tradition und modernem Stadtleben seinen durchaus eigenen Stil etablierte und seinen wichtigen Beitrag zur deutschen Moderne leistete. Während die Westfalen August Macke und Hermann Stenner ihren künstlerischen Wegen aus der Heimat ins Rheinland und nach Stuttgart folgten, bezog Christian Rohlfs, aus Schleswig-Holstein kommend, auf Einladung von Osthaus in Hagen sein Atelier. In Bielefeld erwies sich die 1907 gegründete Kunstgewerbeschule, obwohl vorrangig der handwerklichen Ausbildung gewidmet, bald auch als ein Motor moderner Bestrebungen in Kunst und Gestaltung. Unter dem fortschrittlichen Lehrer Ludwig Godewols wurde seine Malklasse zu einem Ort modernen Kunstschaffens, an dem viele Künstler ihre erste Ausbildung absolvierten. Zwischen der „Brücke" und dem „Blauen Reiter", zwischen den deutschen Kunstzentren Dresden, Berlin und München, in denen die Expressionisten von sich reden machten und das künstlerische Welt- und Selbstverständnis der Zeit revolutionierten, fand die Region vom Ruhrgebiet bis zum Teutoburger Wald kaum die ihr gebührende Aufmerksamkeit und Westfalens Moderne geriet nur selten in den Blick der Kunstwelt. Erst als die Nationalsozialisten 1933 die fortschrittlich orientierte „Vereinigung westfälischer Künstler und Kunstfreunde" verboten, wurde das Erreichte im Rückblick deutlich. Mit einer großen Ausstellung von rund 180 Gemälden, Aquarellen, Zeichnungen und druckgrafischen Werken gibt die Kunsthalle Bielefeld jetzt einen grundlegenden Überblick zum Westfälischen Expressionismus. *PAZ*

Die Ausstellung in der Kunsthalle Bielefeld, Artur-Ladebeck-Straße 5, ist bis zum 20. Februar dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr, sonnabends von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 7/5 Euro.

Theatersommer in Sanssouci

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) präsentiert gemeinsam mit dem Potsdamer Ensemble „I Confidenti" ab 13. Mai wieder den Barocken Theatersommer Sanssouci. Für die drei Inszenierungen im Jahr 2011 hat der Vorverkauf begonnen. Im Jahr 2008 erlebte der Barocke Opernsommer Sanssouci seine erste Spielzeit und hat sich auf Anhieb und dauerhaft erfolgreich beim Publikum etabliert. Das ausgeprägte Interesse der Besucherinnen und Besucher am Bühnengeschehen zur Zeit Friedrichs II. hat die Veranstalter bewogen, das Programm ab 2011 inhaltlich zu erweitern. Im traditionsreichen Schlosstheater des Neuen Palais im Park Sanssouci laden in 2011 gleich drei Produktionen dazu ein, historisches Bühnengeschehen kennenzulernen – heiter, furios und in barocker Lebensart. Information: Besucherzentrum an der Historischen Mühle, An der Orangerie 1, 14469 Potsdam, Telefon 0331/9694200. *PAZ*

Tiefer Blick in den Himmel über Berlin

Vor 300 Jahren wurde in Preußens Metropole die erste Sternwarte in Betrieb genommen – zunächst ohne eigenes Fernrohr

Vor 300 Jahren – das Königreich Preußen war gerade einmal neun Jahre jung – wurde die Berliner Sternwarte feierlich in Betrieb genommen, eine Institution mit durchaus glanzvoller Geschichte, anfangs allerdings ohne Teleskop.

Der „Himmel über Berlin“ war wohl schon immer etwas Besonderes. 1987 regte er den Regisseur Wim Wenders zu einem preisgekrönten Filmepos an, drei Jahrhunderte zuvor den brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zur Schaffung einer Sternwarte.

Letzteres mag aus heutiger Sicht etwas unpassend wirken – schließlich finden wir die Europäische Großsternwarte im 12 500 Kilometer entfernten Chile. Aber damals, im ausgehenden 17. Jahrhundert, war der Himmel über Berlin noch ziemlich sauber, ungetrübt von Industrie- und Verkehrsabgasen. Und die Fernrohre waren auch noch nicht so leistungsstark, dass ihnen die „Lichter der Großstadt“ oder ein paar tausend Höhenmeter mehr oder weniger Luft etwas ausgemacht hätten.

Freilich hatte der Kurfürst nicht nur Himmlisches im Sinne, als er – den Ideen Gottfried Wilhelm Leibniz’ folgend – die Gründung der Sternwarte erwog. Er wollte ja baldmöglichst sein Brandenburg-Preußen zum Königreich machen. Und das sollte den damaligen europäischen Großmächten ebenbürtig sein, auf allen Gebieten, nicht nur, wie später von antipreußischen Umerziehern behauptet, im militärischen Sinne.

So hob der nachmalige König Friedrich I. in Preußen kurz vor dem Krönungsakt am 18. Januar 1701 in Königsberg die zunächst kurfürstlich-brandenburgische, wenig später bereits königlich-preußische „Societät der Wissenschaften“ aus der Taufe. Der Alte Fritz machte daraus die „Königliche Akademie der Wissenschaften“ – die Keimzelle der „Kaiser-Wilhelm-“ und heutigen „Max-Planck-Gesellschaft“.

Da Preußens erster König aber ein sparsamer Mensch war, wollte er seine Akademie zwar auf gleichem Niveau haben wie die Institutionen in Rom, London und Paris, dies aber möglichst zum Nulltarif. Da kam ihm zustatten, dass es ihm noch als Kurfürst gelungen war, die protestantischen Reichsstände zur Übernahme des – katholischen – Gregorianischen Kalenders zu bewegen und sich damit eine lange sprudelnde Geldquelle zu erschließen: Er verlieh der noch gar nicht existierenden Berliner Sternwarte das Kalenderprivileg. 100 Jahre lang durften nur die höfischen Astronomen den jährlichen Kalender berechnen, in Druck legen und gegen stattliche Gebühren verkaufen. Bis 1811 war dies die Haupteinnahmequelle der Akademie der Wissenschaften; erst danach übernahm der Staat die Finanzierung.

Königliche Sternwarte zu Berlin: Der zweite Bau aus dem Jahre 1835 von der Nordseite gesehen Bild: Archiv

Mit der Umsetzung taten die Berliner sich allerdings schwer. Zunächst einmal bestand die neue Sternwarte nur aus ihrem Gründungsdirektor Gottfried Kirch, der sich eher als Bauleiter denn als Astronom hervortat. Den Himmel über Berlin konnte er nur mit Hilfe privater Geräte beobachten, immerhin aber gemeinsam mit seiner Frau Maria Margaretha anno 1702 einen Kometen entdekken. In irdischen Sphären war Kirch erfolgreicher. Unter seiner Regie wurde der Marstall, der Unter den Linden Platz für 200 Pferde in königlichen Diensten bot, zur Dorotheenstrasse hin um ein fünfstöckiges, 27 Meter hohes Turmgebäude erweitert. 1709 zog hier die „Societät der Wissenschaften“ ein und begann, ihr spärlich bestücktes Observatorium einzurichten. Die erste Arbeitssitzung fand am 15. Januar 1711 statt, die feierliche Eröffnung vier Tage später, am 19. Januar. Gottfried Kirch, Berlins erster Königlicher Astronom, erlebte dies nicht mehr mit, er war am 25. Juli 1710 verstorben.

Obwohl der Berliner Sternwarte lange Zeit das Wichtigste fehlte, nämlich ein leistungsfähiges Teleskop, konnte sie herausragende wissenschaftliche Leistungen verbuchen. Joseph Louis Lagrange entdeckte hier die sogenannten Librationspunkte, an denen sich die Gravitations- und Zentrifugalkräfte aller Massen im Sonnensystem aufheben. An solchen Punkten wurden vor zwei Jahren die europäischen Weltraumteleskope Herschel und Planck platziert.

Johann Bernoulli und Johann Elert Bode gründeten 1774 das Berliner Astronomische Jahrbuch, das bis 1959 erschien und zur weltweit längsten astronomischen Publikationsreihe wurde.

Im Astronomischen Jahrbuch 1804 veröffentlichte Johann Georg von Soldner eine Arbeit über die mögliche Krümmung des Lichts in einem Schwerkraftfeld. 111 Jahre später griff Albert Einstein diesen Gedanken in seiner Allgemeinen Relativitätstheorie auf. Experimentell bewiesen wurde er erst 1919 bei einer Sonnenfinsternis.

Zu den bedeutendsten Astronomen, die an der Berliner Sternwarte wirkten, zählte Friedrich Wilhelm Bessel, zuvor von 1810 bis 1846 Direktor des Königsberger Observatoriums. Ihm gelang es erstmals, die Entfernung eines Fixsterns exakt zu messen.

In Berlin hatte Bessel bereits deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen vorgefunden. Gefördert von Alexander von Humboldt, hatte Sternwartendirektor Johann Franz Encke König Friedrich Wilhelm III. den Bau einer neuen Sternwarte am damaligen Berliner Stadtrand abgerungen. Karl Friedrich Schinkel baute an der Friedrichstrasse im heutigen Bezirk Kreuzberg ein neues Observatoriumsgebäude, das am 24. April 1835 bezogen werden konnte. Zuvor hatte der König bereits 8500 Taler für ein Großfernrohr locker gemacht. Das Refraktor-Teleskop von Joseph von Fraunhofer, 1829 in Berlin aufgebaut, ist längst wieder in seine „Heimat“ zurückgekehrt und heute im Deutschen Museum zu München zu besichtigen.

Den spektakulärsten Erfolg konnte die Berliner Sternwarte 1846 verbuchen. Schon seit einigen Jahren hatten Astronomen und Mathematiker vermutet, dass es an der Grenze des Sonnensystems einen weiteren Planeten geben müsse; sie schlossen dies aus ansonsten unerklärlichen Unregelmäßigkeiten der Bahn des Planeten Uranus. Johann Gottfried Galle griff diese Hinweise auf, verglich sie mit dem gut dokumentierten Sternkartenmaterial der Sternwarte. Gemeinsam mit Direktor Encke und dem Assistenten Heinrich d’Arrest wurde er in der Nacht vom 23. zum 24. September 1846 fündig: Ein winziger Lichtpunkt am Himmel über Berlin konnte zweifelsfrei als der achte Planet des Sonnensystems identifiziert werden. Heute weiß man, dass Neptun mit 50 000 Kilometer Durchmesser und der fast 60-fachen Erdmasse der viertgrößte Planet der Sonne ist.

1913 musste die Berliner Sternwarte erneut umziehen. In Potsdam wurde sie Teil der Sternwarte Berlin-Babelsberg. In Berlin verblieb nur noch die 1889 gegründete Volkssternwarte im Urania-Gebäude. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Herr des Thermits

Der Erfinder Hans Goldschmidt

Auf allen Erdteilen sehen sich die Menschen bis heute vor der Herausforderung, Eisen- und Straßenbahnschienen zu Strecken zu verbinden sowie Stahlelemente zu Stahlkonstruktionen. Bis heute bedient man sich hierzu einer Schweißtechnik, die der preußische Unternehmersohn und Erfinder Hans Goldschmidt entwickelt hat. Bei dem Thermit-Schweißverfahren wird zwischen zwei zu verbindenden Schienen oder Eisenelementen der „Thermit“, ein Gemisch aus Eisenoxid und Aluminiumgrieß, in einem Tiegel durch eine sogenannte Zündkirsche zur Reaktion gebracht. Bei der Verbrennung des Aluminiums entsteht neben Aluminiumoxid flüssiges Eisen, das nach dem Erkalten die Schienen beziehungsweise zu verschweißenden Eisenteile verbindet. Außer zum Schweißen lässt sich das Thermitverfahren auch zum Schmelzen anderer Metalle sowie zu dessen Gewinnung aus Metalloxid nutzen.



Hans Goldschmidt Bild: Internet

Der am 18. Januar 1861 geborene Hans Goldschmidt gehört nicht nur mit dieser Entwicklung zu den großen Erfindern und Unternehmern, die mit ihren praktischen Entwicklungen in der wilhelminischen Ära bis zum Ersten Weltkrieg „Made in Germany“ groß gemacht haben.

Der zweite Sohn des Gründers der „Chemischen Fabrik Th. Goldschmidt“ hatte wie sein älterer Bruder Karl Naturwissenschaften studiert. Nach dem Tod des Vaters und dem Ende des Studiums kam es zwischen den beiden Brüder zu einer jahrzehntelangen Arbeitsteilung an der Spitze des Unternehmens. Während Karl die kaufmännische Leitung innehatte, entwickelte Goldschmidt neue Produkte und Verfahrenstechniken.

Die Symbiose, welche dem Unternehmen Weltmarktstellung verschaffte, endete, als sich die beiden Brüder überwarfen. Im Ersten Weltkrieg schied Hans aus dem gemeinsamen Betrieb aus und verschrieb sich anschließend fast vollständig der Forschung in seinem Berliner Privatlabor. Er verstarb am 21. Mai 1923 auf einer Kur in Baden-Baden. *M.R.*

Ausbildung war sein Metier

Vor 175 Jahren kam Generalfeldmarschall Gottlieb von Haeseler zur Welt

Seit dem Beginn der Umwandlung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zur Abschreckung in eine Interventionsarmee zur Kriegsführung lautet der Auftrag „gefechtsnahe Ausbildung“. Gefechtsnahe Ausbildung war schon im 19. Jahrhundert das Ziel des am 19. Januar 1836 in Potsdam geborenen preußischen Generalfeldmarschalls Gottlieb Graf von Haeseler. Stramme Haltung war für Haeseler sekundär. Sein Motto lautete: „Die Truppe soll keine Maschine sein, welche versagt, wenn der Maschinist sie nicht mehr leitet, sondern ein aus Persönlichkeiten bestehendes Ganzes, in dem der Einzelne im Bewusstsein seines persönlichen Wertes handelt.“ Er stand damit in der Tradition der preußischen Reformer des Beginns seines Jahrhunderts. Mehr Sein als Schein war seine Devise. Statt auf schneidige Attacken hat der Kavallerist mehr Wert auf lange Übungsritte gelegt. Mit seinen Truppen vollbrachte er Marschleistungen, die vorher als undenkbar galten. Als deren erster Kommandeur formte der General der Kavallerie aus dem 1890 in Elsass-Lothringen aufgestellten XVI. Armeekorps eine Truppe, die als mustergültig galt.

Die Praxis hatte für ihn Vorrang vor der Theorie, was ihn in sachlichem Gegensatz zu dem drei Jahre älteren Alfred Graf von Schlieffen brachte. Während der Chef des Großen Generalstabes von 1891 bis 1905 im Generalstabsdienst die Krönung des soldatischen Daseins sah, legte Haeseler weniger Wert auf strategische als auf taktische Bildung, da die Masse der Offiziere eben in der Truppe und nicht in den Stäben dient.





v. Haeseler: Postkarte von Oscar Tellgmann Bild: Archiv

Bei seiner gefechtsnahen Ausbildung machte Haeseler auch vor Exzessen nicht Halt. So nahm er bei Übungen und Manövern neben bedeutenden Sachschäden auch Verletzte in Kauf. Allerdings wird ihm nachgesagt, dass er mit gutem Beispiel vorangegangen sei und seine eigene Person niemals geschont habe.

Ausbildung war Haeselers Metier – auch außerhalb der Truppe. So unterstützte er die Pfadfinderbewegung zur Überbrückung der Spanne zwischen Schule und Armee. Und nach seinem altersbedingten Ausscheiden aus dem aktiven Dienst setzte er sich als Abgeordneter des Preußischen Herrenhauses für den Ausbau der Berufsschulen ein.

Dass Haeseler vor allem als Ausbilder in die preußische Militärgeschichte eingegangen ist, liegt nicht zuletzt daran, dass er für die Einigungskriege von 1864, 1866 und 1870/71 zu jung und für den Ersten Weltkrieg zu alt war, um möglicherweise Kriegsgeschichte schreiben zu können.

Der Kavallerist, der 1853 als Leutnant in das Zieten-Husaren-Regiment eintrat, wurde von Prinz Friedrich Karl von Preußen entdeckt, der ihn 1860 zu seinem Adjutanten machte. In dieser Funktion nahm Haeseler auch 1864 am Deutsch-Dänischen Krieg teil. Im Deutschen und im Deutsch-Französischen Krieg arbeitete Haeseler Friedrich Karl in dessen Stab zu. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte Haeseler 1890 mit der Berufung zum Kommandierenden General des XVI. Armeekorps, ein Amt, das er bis zu seiner Pensionierung 1903 ausübte.

Am Ersten Weltkrieg nahm Haeseler nur noch als Begleiter seines alten Armeekorps teil. Schon sehr früh, nach der verlorenen Marneschlacht vom September 1914 und dem Übergang zum Stellungskampf, drängte der nüchterne Preuße auf einen Friedensschluss, um Schlimmeres abzuwenden, aber erfolglos. Niederlage, Zusammenbruch und Friedensdiktat erlebte Haeseler noch mit, bevor er am 26. Oktober 1919 auf seinem brandenburgischen Altersruhesitz Harnekop bei Wriezen verstarb. *Manuel Ruoff*

Sie kostete Ludwig I. die Krone

Vor 150 Jahren starb Lola Montez – Die Hochstaplerin stürzte Bayern im Frühjahr 1848 eine Staatskrise

Spagat auf Bayerisch: Der Begründer des weltweit größten Volksfestes zeichnete auch für die größte Staatsaffäre verantwortlich.

Gegensätze ziehen sich an: Da ist auf der einen Seite der durchaus in Ehren ergraute Monarch aus streng katholischem Hause, bislang bekannt als feingeistiger Förderer der Künste, der Architektur und der Wissenschaften, auf der anderen Seite die junge, ausnehmend hübsche, eher „halbseidene" Tänzerin und Kurtisane recht zweifelhafter Herkunft. Als sich im Oktober 1846 ihre Wege wohl nicht ganz zufällig kreuzen, fühlen sie sich dermaßen zueinander hingezogen, dass sich die daraus ergebende Liebesaffäre bald zur spektakulärsten Staatskrise der keineswegs langweiligen bayerischen Geschichte auswächst.

In der männlichen Hauptrolle sehen wir König Ludwig I., dem Bayern so viel zu verdanken hat. Vor allem das Oktoberfest; seit nunmehr 200 Jahren erinnert es an die Verehelichung des damaligen Kronprinzen Ludwig mit Therese von Sachsen-Hildburghausen und an das zu Ehren der Frischvermählten am 17. Oktober 1810 ausgetragene Pferderennen.

Schon vor der Thronbesteigung 1825 greift Ludwig immer wieder beherzt in die bayerische, deutsche und europäische Politik ein. Auf dem Wiener Kongress 1815 zeichnet er sich als konsequenter Verfechter deutsch-nationaler Positionen aus. In die griechisch-türkischen Freiheitskämpfe mischt der ausgemachte Philhellene sich mit großzügiger finanzieller Unterstützung ein; ein privates Darlehen von eineinhalb Millionen Gulden dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass sein Sohn Otto 1832 griechischer König wurde.

Als bayerischer König setzt Ludwig I. sich vehement für den Ausbau Münchens zu einer führenden Kunst- und Wissenschaftsmetropole ein. Baumeister wie Friedrich von Gärtner und Leo von Klenze erleben unter seiner Regentschaft Höhepunkte ihres städtebaulichen Wirkens. In seine Regierungszeit fällt auch der Bau der ersten deutschen Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth vor 175 Jahren.

Der Ehe mit Therese entstammten neun Kinder, was Ludwig aber nicht davon abhielt, sich immer wieder durch außereheliche Liebschaften ins Gerede zu bringen. Das Stück wird zum sowohl familiären als auch politischen Drama, als auch die weibliche Hauptdarstellerin die Münchner Bühne betritt: Elizabeth Rosanna Gilbert. Sie kommt am 17. Februar 1821 und damit zu einem Zeitpunkt, als Ludwig bereits 34 Jahre alt war, in Irland zur Welt. Die Tochter eines schottischen Kolonialoffiziers wuchs zunächst im damals britischen Indien auf, kehrte als Fünfjährige zurück ins Vereinigte Königreich. Mit 16 heiratete sie, mit 18 war sie schon wieder geschieden. Sie lernte die spanische Sprache und spanische Tänze. 1843 trat sie in London erstmals als angebliche spanische Tänzerin namens Maria de los Dolores Porrys y Montez auf, wurde aber bald als Hochstaplerin entlarvt und musste fliehen. Nun tingelte sie als Lola Montez durch ganz Europa. Mehrfach konnte sie vor gekrönten Häuptern ihre ansehnlichen Künste darbieten, so vor Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und dem russischen Zaren Nikolaus I. In Warschau, Berlin und Baden-Baden endeten ihre Auftritte in Tumulten; sie wurde ausgewiesen und landete in Paris, wo sie ihr Herz für die Literatur entdeckte, insbesondere für Alexandre Dumas. Da sie sich zwischen dem Älteren und dem Jüngeren nicht entscheiden mochte, nahm sie gleich beide.

Nach weiteren Affären in der Pariser Halbwelt zog es Lola Montez 1846 nach München, wo sie sich beim „Bayerischen Hof" als Tänzerin bewarb. Sie wurde abgelehnt, schaffte es aber, beim König vorgelassen zu werden.

Nun überschlugen sich die Ereignisse. Am 7. Oktober empfängt Ludwig I. sie, am 10. Oktober darf sie am Nationaltheater auftreten. Einen Monat später ändert der König sein Testament, vermacht der geliebten Tänzerin 100 000 Gulden sowie eine jährliche Apanage von 2400 Gulden und schenkt ihr ein Palais an der Barerstrasse.

Bald weiß „ganz München", wo Seine Majestät nahezu täglich zwischen 17 und 22 Uhr anzutreffen ist: in den Gemächern der Lola Montez. Die Affäre wird allgemein missbilligt. Als der König der Tänzerin die bayerische Staatsangehörigkeit verleihen will, treten alle Minister zurück. Diesmal kann der verliebte Ludwig sich noch durchsetzen, adelt die irische Hochstaplerin zur Gräfin von Landsfeld – wegen „den Armen Bayerns erzeigten Wohltaten". Die solcherart Beglückten freilich zeigen sich undankbar, verprügeln die „Wohltäterin" auf offener Straße.

Im Frühjahr 1848, im Zuge der revolutionären Unruhen, verliert der König nicht nur die in die Schweiz entfleuchte Geliebte, sondern auch den Rest an Autorität. Im Kronrat muss er am 16. März erklären, dass Lola Montez nicht mehr bayerische Staatsangehörige sei. Tags darauf wird ein Fahndungsaufruf gegen die Tänzerin erlassen, auch werden die königlichen Zahlungen eingestellt. Am 20. März schließlich muss Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Maximilian II. zurücktreten. Am 29. Februar 1868 stirbt er in Nizza. Er überlebt damit sogar noch seine ehemalige Geliebte, die vom Alter her seine Tochter hätte sein können. Nach schwerer Krankheit halbseitig gelähmt, erliegt Lola Montez am 17. Januar 1861 in New York einer an Weihnachten 1860 ausgebrochenen Lungenentzündung. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Der König und die Hochstaplerin: Ludwig I. von Bayern und Lola Montez Bilder (2): Archiv

Tollkühner Flugpionier

Vor 100 Jahren, am 18. Januar 1911, gelang dem US-amerikanischen Kunstflieger Eugene Burton Ely die erste Landung mit einem Flugzeug auf einem Schiff. Auf dem US-amerikanischen Panzerkreuzer „Pennsylvania" wurde hierzu auf dem Achterdeck eine 34 Meter lange Landeplattform aufgebaut, auf der Ely erfolgreich landete und kurze Zeit danach wieder startete. Am 14. November 1910 war Ely bereits von einer auf dem US-Kreuzer „Birmingham" montierten nur 25 Meter langen Rampe gestartet. Der US-Pilot hatte damit die Möglichkeit von Flugzeugträgern aufgezeigt.



Eugene Burton Ely Bild: Wikipedia

Erstmals im Kriegsfall genutzt wurde die Möglichkeit zum Starten und Landen von Flugzeugen auf Trägern durch die Briten. Am 19. Juli 1918 griffen Flugzeuge des Flugzeugträgers HMS „Furious" die Zeppelinbasis im damals deutschen Tondern an. Da war Ely jedoch bereits tot. Der amerikanische Flugpionier starb am 19. Oktober 1911 bei einem Versuchsflug in Macon, Georgia. *Hans Lody*



Landung auf dem US-Kreuzer Bild: US Navy

Symbolfigur der gewaltsamen Dekolonisierung

Patrice Lumumbas Tod vor 50 Jahren stellt eines der dunkelsten Kapitel der afrikanisch-europäischen Beziehungen dar

Der am 2. Juli 1925 in Katako-Kombe in der kongolesischen Provinz Kasai als Tasumbu Tawosa geborene Patrice Emery Lumumba verdankt seine große Bekanntheit eigentlich nur seinem letzten halben Lebensjahr. Er wurde verhaltensbedingt von der Schule verwiesen, fand später Arbeit bei der Post und musste wegen Veruntreuung eine Gefängnisstrafe absitzen. Vielleicht wäre sein Leben weiter unspektakulär verlaufen, wenn Belgien 1960 nicht seine Kolonie „Belgisch Kongo" hätte aufgeben müssen. Die Lebensbedingungen der dortigen Bewohner waren katastrophal. Wer nicht auf die Kautschukplantagen wollte, dem hackte eine Privatarmee, die sich „Force Publique" nannte, kurzerhand die Gliedmaßen ab. Zwischen fünf und 15 Millionen Einwohner kamen zwischen 1877 und 1908 ums Leben. Joseph Conrads Novelle „Herz der Finsternis" machte diese Zustände einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann weltweit die Entkolonialisierung. Sie betraf auch Belgien. 1958 gründete Lumumba die „Mouvement National Congolais" (Nationale Kongolesische Bewegung), die sich als einzige Partei in allen Landesteilen etablieren konnte. Bei den ersten Wahlen am 25. Mai 1960 wurde Lumumbas Partei stärkste Kraft. Am 30. Juni 1960 erlangte der Kongo seine staatliche Unabhängigkeit. Lumumba wurde erster Ministerpräsident, Joseph Kasavubu Staatspräsident.

Aber Belgien wollte sich mit dem Machtverlust nicht abfinden. Uran, Kupfer, Gold, Zinn, Cobalt, Zinn, Diamanten, Mangan Zink, Baumwolle, Edelhölzer, Kautschuk und Palmöl waren „überzeugende" Argumente. Die Streitkräfte des Kongo, die „Force Publique" standen weiterhin unter dem Befehl belgischer Offiziere. Da meuterten die Soldaten gegen ihre Offiziere. Panik unter den weißen ehemaligen Kolonialherren brach aus. Viele ergriffen die Flucht. Chaos und Anarchie herrschten im Kongo. Einer der wenigen weißen Journalisten vor Ort war Peter Scholl-Latour, dessen Stern damals aufging, weil er zeitweilig die einzige Informationsquelle in Belgisch-Kongo war. Plötzlich wurden bisherige schwarze Feldwebel Offiziere. Manche wie Joseph-Désiré Mobutu stiegen in höchste Ränge auf. Die Uno fasste den Beschluss, Truppen in den Kongo zu entsenden. Schweden, Ghana, Guinea und Marokko schickten Soldaten.

In Belgien nahm man Lumumba übel, dass er bei der Unabhängigkeitsfeier König Baudouin/Boudewijn/Balduin ganz undiplomatisch seine Ansichten über die belgische Kolonialherrschaft erklärt hatte: „Wir kennen Spott, Beleidigungen, Schläge, die morgens, mittags und nachts unablässig ausgeteilt wurden, weil wir Neger waren." Darüber hinaus beabsichtigte er die Verstaatlichung der belgischen Bergbau- und Plantagen-Gesellschaften.



Für viele ein Idol: Der schwarze Politiker Patrice Lumumba Bild: pa

In der Südprovinz Katanga fand sich mit Moise Tshombe ein Mann, der gewillt war, mit den Belgiern gemeinsame Sache zu machen, und die Abspaltung vom restlichen Kongo betrieb. Schon am 29. Mai 1960 – also noch vor der staatlichen Unabhängigkeit des Kongo – hatte Tshombe die Loslösung von der Zentralregierung erklärt, wobei der eigentliche Machthaber in der Katanga-Provinz der belgische Minenkonzern „Union Minière du Haut Katanga" war. Die Forderung nach Abzug der belgischen Truppen aus der Katanga-Provinz beantwortete Tshombe damit, dass die belgischen Offiziere nun seine Militärberater wurden.

Zunächst suchte Lumumba gegen die Beschneidung der staatlichen Souveränität die Unterstützung der USA. Deren Präsident Dwight D. Eisenhower war nicht bereit, der Zentralregierung gegen die Separatisten in Katanga zu helfen. Auch die Uno und deren Generalsekretär Dag Hammarskjöld verweigerten wirksame Hilfe. Lumumba war keineswegs Kommunist, Sozialist oder Parteigänger des Ostblocks. Aber nachdem er im Westen vergeblich um Unterstützung gebeten hatte, war es nicht überraschend, dass er sich dem Osten zuwandt. In der Erwartung weiterer Anarchie ernannte Lumumba nun seinen Stammesbruder Victor Lundula zum neuen Armeechef. Bald erhob sich jene Provinz, bald diese. Lumunba und Staatspräsident Kasavubu zerstritten sich. Beide setzten sich gegenseitig ab und eine Autorität war nicht mehr zu erkennen. Am 12. September 1960 entließ Staatspräsident Kasavubu Ministerpräsident Lumumba erneut, nachdem das kongolesische Parlament seine erste Entlassung vom 5. September am 6. September wieder rückgängig gemacht hatte. Oberst Mobuto wurde als neuer Armeechef beauftragt, Lumumba zu verhaften. Am 17. September putschte Mobuto mit der Armee. Lumumba konnte flüchten, wurde aber später unter Hausarrest gestellt. Am 27. November gelang Lumumba die Flucht aus Léopoldville. Einige Tage später konnten Mubutos Truppen ihn festsetzen. Nach einer Militärmeuterei an Lumumbas Gefängnisort Thysville lieferte man ihn an seinen Erzfeind Tshombe aus. Vermutlich am 17. Januar 1961 wurde Lumumba zusammen mit zwei Gefolgsleuten erschossen, nachdem man ihn zuvor bestialisch gefoltert hatte. Es gibt viele Versionen über sein Ende. Peter Scholl-Latour berichtet in seinem Buch: „Mord am großen Fluss", ein belgischer Capitain habe ihm schließlich den Gnadenschuss gegeben. Die Überreste der Leiche wurden beseitigt, um keine „Reliquien" übrig zu lassen.

Später festigte Oberst Mobuto seine Macht im Lande. Die Sezession in Katanga wurde beendet. Belgisch-Kongo wurde in Zaire umbenannt. Der politische Einfluss der Minengesellschaften blieb bestehen bis zum Ende des „Kalten Krieges". Heute haben chinesische Gesellschaften den Platz der Belgier eingenommen. Die Kongolesen profitieren bis heute kaum vom Reichtum ihres Landes. *Lars Heidemann*

Lohnfortzahlung bei Feiertagen erst seit 1937

Zu: „Jerusalem, Athen und Rom“ (Nr. 51)

Den Satz: „Abschaffung der christlichen Feiertage wie bei Stalin oder Hitler?“ von Herrn Bues möchte ich wie folgt richtigstellend ergänzen: Um „die Feiertage in Freude verleben zu können“ ordnete Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan am 3. Dezember 1937 die Lohnfortzahlung an Feiertagen an, soweit sie nicht auf einen Sonntag fielen.

„Für die Arbeitszeit, die infolge des Neujahrstages, des Oster- und Pfingstmontages, sowie des Ersten und Zweiten Weihnachtsfeiertages ausfällt, ist den Gefolgschaftsangehörigen der regelmäßige Arbeitsverdienst zu zahlen“ (Schulthess‘ Europäischer Geschichtskalender, 78. Band, 1937, S. 181).

Bis dahin war es üblich, die ausgefallenen Arbeitsstunden vor- oder nachzuarbeiten, wodurch Lohn- und Produktionsausfälle vermieden werden sollten.

Manfred Kaufeld, Duisburg

Berichtet mehr über andere Vertreibungsgebiete

Zu: *PAZ*

Seit es hier in der Stadt Kevelaer eine Verkaufsstelle der *PAZ* gibt, bin ich regelmäßiger Leser Ihrer Zeitung. Obwohl ich Schlesier bin, aber für diese Provinz gibt es keine so gute Zeitung. Wenn ich Ihnen heute schreibe, so verbinde ich es mit einem Wunsch an die Redaktion: Vielleicht ist es möglich, auch Beiträge aus den anderen Vertreibungsgebieten zu bringen. Eine breitere Leserschaft ist für den Bestand der *PAZ* auch für die Zukunft sicher wichtig. Bei dem beigelegten Jahreskalender für 2011 vermisse ich zum Beispiel auch Hinweise für das Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover, den Sudetendeutschen Tag oder den Oberschlesiertag in Rheinberg.

Für das Neue Jahr 2011 wünsche ich alles Gute und weiterhin interessante Beiträge auch über Tabuthemen, an die sich andere Zeitungen nicht heranwagen.

Günter Weniger, Kevelaer

Traurige Wahrheit

Zu: Leserbrief „Eine Billion Schulden für Migranten“ (Nr. 51)

Ich möchte hiermit Leser Alfred Tegethoff als Schreiber des Briefes „Eine Billion Schulden für Migranten“ auch im Namen meiner Freunde danken für die mutigen Zeilen. Es ist leider eine traurige Wahrheit: „Die Deutschen sollen alles bezahlen“. Leider wird im Bundestag über „Lächerlichkeiten“ gestritten, doch kaum ein Volksvertreter hat den Mut, über diesen Skandal zu sprechen.

Danke auch der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* für ihren Mut, diesen Leserbrief abzudrucken.

Siegfried Seidel, Hagen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Foto: Zeitungsanzeige vom 2. Mai 2001

Richard von Weizsäcker im Mai 2001: „Vertrauen Sie ... auf den Euro. Mit seiner Einführung gelingt der bisher größte Fortschritt in der Geschichte der europäischen Integration. Die gemeinsame Währung beruht auf gemeinsamen Interessen ... Der Euro wird eine starke Währung, ein Wegweiser in die europäische Zukunft.“ 1965 hatte v. Weizsäcker als einer der Autoren der Ostdenkschrift der EKD die Preisgabe der Oder-Neiße-Gebiete gesellschaftspolitisch mit vorbereitet.

Der Euro – unsere Zukunft!

Zu: „Die Kompromisse werden fader und fauler“ (Nr. 51)

Vielleicht interessiert es Sie, was einen Leser an der Basis am Ende des Jahres 2010 bewegt. Aus diesem Grunde mein heutiger Brief an Sie. In der Anlage sende ich Ihnen die Kopien einiger Anzeigen (siehe auch Foto), die zwischen Ende 1996 und 2001 in der Sache „Euro“ erschienen sind. Natürlich wurden diese Anzeigen vom deutschen Steuerzahler bezahlt.

Niemand in Deutschland wird noch ernsthaft leugnen können, dass der Euro heute – neun Jahre nach seiner Einführung – am Ende ist. Als Richard von Weizsäcker im Jahre 2001 das hehre Wort „Der Euro – unsere Zukunft“ prägte, hatte er vollkommen recht, denn der Euro wird fürwahr unsere Zukunft bestimmen. Die krampfhaften Rettungsmaßnahmen für dieses Missgebilde werden – wie von unseren „Freunden“ gewünscht – Deutschland nun endgültig wie ein geschächtetes Schaf restlos ausbluten lassen.

Doch wenden wir uns den Aussagen in den beigefügten Anzeigen zu: Was sind das für Leute, die diesen Mist verzapft haben? Sind es Dummköpfe, Zyniker oder dreiste Lügenbolde? Aber nein, um Gottes willen, das kann und darf nicht sein! Alle sind doch integere und ehrenwerte Persönlichkeiten – Elite also –, die unseren Respekt verlangen (aber leider nicht verdienen). Können wir heute nicht von diesen Honoratioren erwarten, dass sie ihre damaligen idiotischen Einlassungen – jetzt allerdings auf eigene Kosten – widerrufen und nun für einen Ausstieg Deutschlands aus dem Euro-Mumpitz eintreten? Auf diese Weise könnten sie beweisen, dass sie noch Charakterstärke besitzen.

Zahlen wird mal wieder das eh schon gebeutelte Volk, – pardon – es muss natürlich heißen: Die Gesellschaft, denn nur Rechtsradikale sprechen noch vom deutschen Volk.

Der Euro – unsere Zukunft. Honni soit qui mal y pense!

Erich Meyer, Buxtehude

Selbst schenken durfte ich nicht

Zu: „Die Rechtslage in Polen ist heute ‚zu‘“ (Nr. 49)

Angeregt durch den Bericht fiel mir meine Dokumentation ein. Ausgangspunkt dafür war eine Urkunde, in der mein Großvater ganz klar als Eigentümer eines Grundstückes in Mohrungen bestätigt wird. Ausgestellt wurde sie am 17. Dezember 1952 und am 7. Januar 1953 wurde sie ins Deutsche übersetzt. Zwischen 1991 und 2009 hatte bisher keine polnische politische Amtsperson, einschließlich Lech Walesa, mein Erbeigentumsrecht abgelehnt. Von deutscher Seite wurde jegliche Obhutspflicht verweigert. Lediglich die Deutsche Botschaft sandte mir aus Danzig einige Adressen polnischer Rechtsanwälte zu. Einen von ihnen lernte ich 1994 in Osterode kennen. Sein Rat: Abwarten, da die Regierung neue Gesetze zur Eigentumsregelung vorbereitet. Wenn sie in Kraft getreten wären, würde er mich benachrichtigen. Nachdem er eine Vollmacht von mir und 100 D-Mark erhalten hatte, hörte ich nichts mehr von ihm.

Erst 2005 wurde für mich die Klärung wieder aktuell. In Mohrungen sollte das Rathaus von Grund auf saniert werden. Während eines Besuches beim dortigen Bürgermeister übergab ich ihm die Dokumente und den polnischen Briefwechsel mit Vollmacht und dem Versprechen, wenn er eine Klärung mit positivem Ergebnis erreicht, soll der Betrag zweckgebunden zur Sanierung des Rathauses genommen werden. Bald kam aus Mohrungen der Aktenbeleg, dass die Sache an den Wojewoden nach Allenstein geschickt wurde. Auch von dort kam ein Aktenbeleg. Der dritte kam aus dem Archiv. 2009 erfuhr ich durch den Bürgermeister, dass der Vorgang nicht weiter verfolgt werden kann, da das Archiv mir etwas zuschicken sollte. So sandte ich weitere Unterlagen, so auch den Aktenbeleg des Archivs an unseren Vertrauensmann und Dolmetscher. Trotz seiner Bemühungen konnte eine Klärung nicht erreicht werden.

Damit ist bewiesen, dass die deutschen Enteigneten nirgendwo eine Entschädigung einklagen können, die Polen hingegen haben keine Rechtsvorlagen, um auf diesem Wege eine Schenkung anzunehmen.

Elisabeth Krahn, Celle

Fragen zum deutsch-polnischen »Leuchtturm«

Zu: „Der ‚Leuchtturm‘“ (Nr. 49)

Ein deutscher politischer Traum scheint in Erfüllung zu gehen für das deutsche Volk, pardon, die deutsche Nation. Die deutsch-polnische Schulbuchkommission existiert seit 1972 (Warschauer Vertrag 1970). Deutsche Schüler lernen in diesem Geschichtsbuch neben der europäischen auch die „globale“ Geschichte aus deutsch-polnischer Perspektive – nicht die deutsche Geschichte?

Global, ist damit gemeint allgemein? Oder zielt es als Modewort auf etwas? Worauf? Globales Kapital, globale Weltwirtschaft? Und haben Deutsche und Polen eine einheitliche Perspektive? Oder wird die deutsche und polnische Perspektive zu jedem Geschichtsteil dargestellt? Wie sehen Deutsche und Polen Geschichte? Doch jeder auf seine Art.

Der deutsche Vorsitzende des Expertenrates, Prof. Michael Müller meint, das Geschichtsbuch werde deutschen Schülern helfen, ihren Platz in Europa besser zu begreifen. Haben deutsche Schüler Schwierigkeiten damit? Polnische nicht? Was sind das für Probleme? Werden sie in dem Buch genannt? Doch nicht ein Buch für Deutsche in erster Linie? Hoffentlich wissen deutsche Schüler, welchen Platz und welche Aufgaben sie in Deutschland haben. Wer das weiß und dafür einsteht, kann in und für Europa und in der Welt seinen Platz begreifen und ausfüllen. Nicht umgekehrt. Da selbst das Thema Vertreibung keine Kontroversen ausgelöst hat, wie sind die Vertreibungen dargestellt? Wann arbeiten deutsche Schüler nach einem Geschichtsbuch aus deutsch-amerikanischer, deutsch-russischer Perspektive? **Dr. M. Wriede, Hamburg**

Bessere Informationen über die Prußen

Zu: „Die Prußen ohne Prußen“ (Nr. 52)

Auf dem Herbstseminar der Heimatkreisgemeinschaft Heiligenbeil hat Reinhard Grunenberg von der „Tolkemita“ ein sehr gutes Referat zu unseren Vorfahren, den Prußen, gehalten. Wir gehen davon aus, dass etwa die Hälfte der Ostpreußen und deren Nachfahren einen prußischen Hintergrund haben. Dies lässt sich an den Familiennamen erkennen.

Der ausführliche Bericht über das Herbstseminar findet sich in der *PAZ*. Auf diesem Seminar wurde ich auf das neue Buch „Die Prußen“ aufmerksam und habe dieses inzwischen erworben. Ich habe mich gefreut, dass endlich mal wieder ein gutes Buch über unsere Vorfahren erscheint und bin nun vom Inhalt enttäuscht.

In der *PAZ* findet sich unter dem Titel „Die Prußen ohne Prußen“ eine negative Rezension zu diesem Buch. In der Rezension wird kurz auf die Prußen-Arbeitsgemeinschaft und -Stiftung „Tolkemita“ aufmerksam gemacht. Von diesen Trägern wird in Potsdam im Kutschstall das Museum „Die ersten Preußen“ betrieben.

Joachim Ruhnau, Döttesfeld

Seite gewechselt

Zu: Bleibende Aufgaben für die Forschung nach dem Ende des Jubiläumsjahres des Sieges über den Deutschen Orden bei Tannenberg 1410

In der Pergamenthandschrift von 1448, in der die 1411 in Krakau aufgestellten Feldzeichen der Besiegten gemalt sind, befindet sich als Nr. 42 auf „weißem Banner mit Wimpel ... der rote, golden bewehrte (Schnabel und Krallen) Greif mit kurzem, empor geringeltem Schweif des pommerschen Wappens“ (Ernst von der Oelsnitz: „Banderia Prutenorum“ in: Altpreußische Forschungen, (1940) S. 168). Offenbar handelt es sich um das Wappen Bogislaw VIII. (hinterpommersche Linie). Von ihm ist belegt, dass er an der Schlacht bei Tannenberg teilnahm, allerdings – auf polnischer Seite! Beweis: Als Erstattung der Kriegskosten durch Zuführung von Hilfsvölkern erhielt er von König Ladislaus Jagiello Bütow, Schlochau, Baldenburg, Hammerstein und Schievelbein – damals polnische Gebiete. (Meyer, 6. Aufl. Bd. 16, S. 136). Das wurde 600 Jahre lang nicht bemerkt.

Gudrun Schlüter, Münster

Mehr Patriotismus: Wir müssen unser Land endlich wieder offen lieben dürfen

Zu: „Deutsche Schizophrenie“ (Nr. 49)

Wie bekennt man sich heute in diesem Land zu seinem Land, kann sich dabei auf die Faktenlage auch der reichen wegweisenden Geschichte Preußens und des Deutschen Kaiserreiches berufen, ohne in die Klischee-Schublade Rechtspopulist, Nationalist oder gar „Nazi“ zu geraten? Genau das ist das Dilemma in einer linksdrehenden, politisch bis zur Unkenntlichkeit der eigenen Identität korrekten, deutschen Meinungsdiktatur – eben die Kunst, ein Deutscher zu sein.

Aber gehen wir am besten auf die drei so gerne wie reflexartig in den Ring geworfenen Propagandabegriffe ein. So wird allzu häufig Nationalismus unterstellt, wo es tatsächlich um eine patriotische Gesinnung geht. Patriotisch ist, wer sein Land liebt, wem dessen Wohlergehen am Herzen liegt und wer für eine wahrhaftige kritische Würdigung der nationalen Geschichte in ihrer Gesamtheit eintritt. Der Nationalist hingegen stellt das Wohl des eigenen Volkes über das aller anderen, ist dabei unkritisch gegen sich selbst und versucht, dunkle Aspekte der eigenen nationalen Geschichte zu verdrängen oder gar zu negieren. Der Unterschied ist also gravierend, eine Unterscheidung obligatorisch.

Nun zum Rechtspopulisten. Abgesehen davon, dass der Begriff „Rechts“ sogar schon dort der Stigmatisierung dient, wo es in der Sache um den Zusammenhalt der Familie und die Pflege von deutschen Traditionen geht, ist insbesondere der Begriff des Populismus näher zu beleuchten. Der Blick in ein Nachschlagewerk lohnt sich. Dort liest man von einer opportunistischen Politik, die der Gunst der Massen folgt. Nun ja, sich von der vorherrschenden Ideologie und Politischen Korrektheit unserer Tage abzugrenzen und stattdessen den Standpunkt ungeschminkter aktueller wie historischer Fakten zu vertreten, erfüllt wohl kaum diesen Tatbestand. Vielmehr ist es so, dass es ein steiniger, bisweilen sehr einsamer Weg ist. Die Massen unserer Spaßgesellschaft folgen dem Irrtum, wenn er sie zu verführen vermag. Wer hingegen aufklärt, wird schnell geächtet. Und politische wie mediale Opfer gibt es viele. Medienwirksam konnten wir die Zerfleischung einiger von ihnen verfolgen. Wer also den Begriff Rechtspopulismus so entfremdet gegen Andere richtet, betreibt selber den wahren (Links-)Populismus.

Und nun zu diesem emotionsgeladenen wie nebulös-handlichen Begriff „Nazi“. Die Schuldstrategen am Grünen Tisch haben ganze Arbeit geleistet, „Gutmenschen“ und Antifa-Simpel konnten sich die Hände reiben. Es handelt sich um die wohl größte und gängigste Worthülse mit Schubladencharakter im deutschen Sprachgebrauch. Und doch ist sie im Grunde leicht zu entlarven. Man muss sie nur in Gänze aussprechen: Nationalsozialist. Sehr aufschlussreich, die beiden Teilbegriffe „National(ist)“ und „Sozialist“. Welcher bisweilen als „Nazi“ beschimpfte Deutsche könnte sich ernsthaft als das eine oder das andere begreifen, oder sogar als beides? – Noch abenteuerlicher wird es mit der verbalen Erweiterung zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Aha, nun sitzt also auch noch die deutsche Arbeiterschaft mit im Boot. Langsam wird es wahrlich verwirrend. Zum Abschluss wird dem Ganzen noch das Ausschließlichkeitsprädikat „Rechts“ verliehen und fertig ist die in rot-grün getünchte heile Welt.

In der heutigen Zeit ist es sehr beruhigend, sich wenigstens noch auf lange verstorbene, große deutsche Denker wie Immanuel Kant berufen zu können, einem Bannerträger der deutschen Aufklärung und der Vernunft.

Haben wir Deutsche also den Mut, uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen und uns damit unserer selbst verschuldeten Unmündigkeit zu entledigen. Dann braucht es keine gängelnden Vormünder mehr und die Stimmen der Meinungsdiktatur müssen endlich dem offenen Dialog weichen – frei von einem durch und durch falschen nationalen Schuldkomplex, bereichert um gelebten Patriotismus in Verantwortung.

Dann wird auch das höchste deutsche Nationalsymbol, die Nationalfahne, nicht mehr nur als Schmückwerk zu sportlichen Großereignissen eine Rolle spielen, sogar hier noch bekämpft von einigen ewig Gestrigen. Es gilt sich wieder zu erinnern, welche existenzielle Bedeutung die Farben Schwarz, Rot und Gold für die deutsche Nation und ihr Selbstverständnis einmal hatten und für immer haben müssen.

Denn merke: Wer seine eigene Geschichte ausradiert, verstümmelt oder nur nach dem gerade herrschenden Zeitgeist ausrichtet, darf sich nicht wundern, wenn er gegenwärtig vergeblich nach gesellschaftlichem Halt sucht und eines Tages ganz in der kulturellen Bedeutungslosigkeit verschwunden ist. **Andreas Reinhardt, Berlin**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 2 – 15. Januar 2011

Neue Ehrendoktoren

Erzbischof und Regisseur geehrt

Der Senat der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein hat dem ermländischen Erzbischof Wojciech Ziemba und dem Regisseur Jerzy Skolimowski die Ehrendoktorwürde verliehen. Nach Aussage von Rektor Józef Górniewicz wolle die Hochschule dem Erzbischof, der zugleich der Großkanzler der Fakultät für Theologie ist, für all seine Verdienste und die Seelsorgearbeit ehren. Erzbischof Ziemba ist nach Kardinal Stanisław Dziwisz, dem früheren persönlichen Sekretär von Papst Johannes Paul II., der zweite hohe Geistliche, dem in letzter Zeit diese Ehre zuteil wurde. Wojciech Ziemba ist seit 2006 Erzbischof des Ermlands, seit sein Vorgänger Edmund Piszcz pensioniert wurde. Er ist nicht zuletzt durch sein wöchentliches Wort zum Sonntag im Lokalfernsehen bekannt. Seine Auslegungen der evangelischen Gleichnisse gelten als besonders treffend und klar.

Der andere neue Ehrendoktor ist Jerzy Skolimowski, einer der bekanntesten Regisseure Polens. Skolimowski feierte im Mai 2010 mit seinem neuesten Streifen „Essential killing“ große Erfolge in Cannes. Der Film handelt von einem Taliban, gespielt von Vincent Gallo, der aus der afghanischen Wüste in ein CIA-Verhörgefängnis im südlichen Ostpreußen gebracht werden soll, aber unterwegs fliehen kann. Nach vielen Jahren in Hollywood und England hat Skolimowski sich in Masuren ein Ferienhaus bauen lassen. Seitdem dreht er auch in dieser Region Filme. Als Beispiel sei hier der Streifen „Drei Nächte mit Anna“ („Trzy noce z Anna“) genannt, in dem die Hauptrolle mit einem vielfach ausgezeichneten Schauspieler des Allensteiner Theaters, Artur Steranko, besetzt wurde.

Zu den Ehrendoktoren der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein zählen auch einige Deutsche. Zu nennen sind hier neben Georg Dietrich aus dem badischen Offenburg Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und der frühere Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Georg Pöttering. Die politischen Verdienste der beiden Letztgenannten sind bekannt. Dietrich hat sich konkret um die Region Allenstein und die Allensteiner Universität verdient gemacht. Über 30 Jahre unterstützte er mit einem breit angelegten Hilfswerk die bedürftigsten Einwohner der Region. Ohne seinen persönlichen Einsatz würde es den Lehrstuhl für deutsche Philologie an der Allensteiner Universität sicherlich nicht geben. Dietrich stiftete wissenschaftliche Stipendien und versorgte die Universitätsbibliothek mit vielen unentbehrlichen Lehr- und Nachschlagewerken sowie mit klassischen und auch modernen Werken der deutschsprachigen Literatur. Die Aula der Fakultät für Geisteswissenschaften trägt deshalb seinen und seiner Ehefrau Maria Namen.

Grzegorz Supady

Bronze-Hirsche wiederentdeckt

Zwei Statuen aus der Rominter Heide schmücken derzeit den Eingang eines Sanatoriums bei Moskau

Zwei längst verschollen geglaubte Bronze-Statuen sind wieder aufgetaucht. Ein dem Verfasser gut bekannter russischer Freund kam im Internet auf ihre Spur. Sie führte tatsächlich zu zwei von einst vier zusammengehörenden Bronzen aus der Rominter Heide. Eine fünfte Statue, das Hirschstandbild aus Rominten, war bereits 1991 in Smolensk wiedererkannt worden.

Nur noch die ganz alten Zeitzeugen kennen aus eigener Anschauung das einzigartige künstlerische Ensemble in Kaiserlich Rominten in der Rominter Heide: das Jagdschloss Wilhelms II. von 1891/1904 – einen Steinwurf entfernt davon die „Hubertus“-Kapelle von 1893 – zwischen beiden das überlebensgroße Bronze-Standbild von 1909 des damals stärksten vom Kaiser gestreckten Rothirsches – und schließlich die nahe „Hirsch“-Brücke über den Rominte-Fluss von 1905, auf deren vier Sockeln am Ende der beiden Brückengeländer vier sitzende Rothirsche ruhten, je zwei an jeder Brückenauffahrt.

Als 1991 nach der Öffnung Nord-Ostpreußens ein Heer von „Heimweh“-Touristen die Stätten der Kindheit aufsuchte, führte sie der Weg auch nach Rominten. Es liegt mitten in dem jahrhundertealten Staatsjagdrevier im heute zur Russischen Föderation gehörenden Nordteil des Forstes von ehemals 260 Quadratkilometer Fläche. Er wird geteilt durch die polnisch-russische Staatsgrenze sowie durch eine bis zu 1000 Meter breite gesicherte Sperrzone.

Die Rückkehrer fanden in Rominten nichts mehr vor, das im Kriege unzerstörte 200-Seelen-Dorf dem Erdboden gleich. Schloss, Kapelle, Bronzestandbild waren abgetragen, nur Grundmauern in bürstendichten Fichtendikkungen unmittelbar am Elektro- und Stacheldraht der Grenzanlagen, mit Todesstreifen. Die Brücke war passierbar, aber das Brückengeländer zerbrochen, die Sockel leer. Nichts erinnerte mehr an den Glanz des Zentrums des kaiserlichen Hofjagdreviers, der dem früher armseligen Köhlerdorf Theerbude (nomen est omen) zu einer bescheidenen wirtschaftlichen Blüte durch lebhaften, bis 1944 anhaltenden Tourismus verholfen hatte.

Spurlos verschwunden? Schon vor der Wende im Königsberger Gebiet 1991 erreichte den Westen die Kunde von dem Hirschstandbild. Es schmückt seit Kriegsende einen Kinderspielplatz im Zentralen Park von Smolensk. Vor einigen Jahren sägten Metalldiebe die Geweihstangen des Hirschdenkmals ab – heute „zieren“ kümmerliche Stangen von Maral-Hirschen das Haupt des Hirsches mit einem Geweih von vorher 16 Enden.

Der Verfasser fand schon 1991 den aus gefügten und verzapften Kiefernstämmen errichteten sogenannten Kaiser-Flügel des Jagdschlosses in Königsberg wieder. Er wurde demontiert und bereits 1946 wiederaufgebaut im Friedhof und Park Luisenwahl im Stadtteil Hufen, in dem über den Gräbern der Königsberger ein Vergnügungspark eingerichtet wurde, und dient der Parkverwaltung als Dienstgebäude. Der inzwischen 120 Jahre alte Bau ist marode und kaum noch zu retten: „Vergolden wäre billiger als Restaurieren“, urteilte ein Architekt über die Chancen, den historisch einmaligen Bau zu erhalten. Zwei Blockhäuser im gleichen norwegischen Stil mit Wikinger-Elementen fanden sich im nahen Göritten und in Stallupönen wieder.



Zufallsfund: Einer der Brücken-Hirschen aus Rominten, heute befindet er sich bei Moskau. Bild: privat

Und die „Brückenhirsche“? Auf eine Annonce von A. Gautschi in einer russischen Jagdzeitung in den 1990er Jahren kam eine Mitteilung, in Rostow am Don befänden sich solche Hirsche aus Deutschland. Aber es stellte sich heraus, dass diese beiden Bronzen von einem jagdlichen Brunnen-Ensemble stammten, gegossen von Noack in Berlin, das nach 1920 vor dem Reichstag gestanden hatte. Der traditionsbewusste Forstdirektor Nikolai Schumillo in Groß Rominten ließ zwar 2002 die fehlenden und/oder zerstörten Brükkenelemente auf seinem Forstbetriebshof nachgießen und restaurierte so die Brücke, wie er auch die Fundamente der Hubertus-Kapelle, des Hirschdenkmals und des Jagdschlosses freilegen ließ. Aber bis 2008 wucherte schon wieder Unterholz über die Freifläche. Kurz: Bis 2009 galten die Brücken-Hirsche als verschollen.

Könnten die Kunstwerke nach Rominten zurückkehren?

Doch seit der Entdeckung des dem Verfasser gut bekannten russischen Freundes sind wir eines Besseren belehrt: Zwei der vier Brückenhirsche bewachen – augenscheinlich seit Jahrzehnten – den Eingang eines Sanatoriums SESNI im Vorort Sosnovka bei Moskau. Von den anderen beiden Bronzen gibt es weiterhin keine Spur.

Der Autor der russischen Internet-Notiz bringt die Brücken-Hirsche irrtümlich mit Hirsch-Bronzen in Verbindung, die einige Jahre in Carinhall aufgestellt waren: Er erkannte also die Bronzen in Moskau nicht als die Brücken-Hirsche aus Rominten.

Der erste Gedanke nach diesem Zufallsfund ist natürlich die Überlegung: Wie kann man erreichen, dass diese Raritäten zurück nach Ostpreußen kommen – allerdings nicht unbedingt nach Rominten zurück auf die Brücke, denn dort würden sie in kürzester Zeit gestohlen. Vielmehr wären sie beispielsweise im Historisch-Künstlerischen Museum am Oberteich in Königsberg gut und angemessen sichergestellt und öffentlich zugänglich. Eine Chance kann wohl nur darin gesehen werden, dass die Königsberger Mandatsträger dafür interessiert werden, die Brücken-Hirsche aus Moskau auf dem politischen Weg nach Ostpreußen zurückzuführen. Aber Königsberg und das heute russische Nord-Ostpreußen ringen mit einer so desaströsen wirtschaftlichen Gemengelage, dass sie wohl vorrangig ganz andere Wünsche nach Moskau richten (müssen).

Aber wer weiß? Würde ein Bemühen Erfolg versprechen, diese Bronzen für das Deutsche Jagd-Museum in München zu kopieren, und wäre das finanzierbar?

Wolfgang Rothe

Schnee und Blitzeis in Königsberg

Ein ungewöhnlich strenger Winter macht Pause – Der Eisregen kam überraschend, die Schneeschmelze nicht

Starker Schneefall und bittere Kälte verursachten in Königsberg Anfang Dezember viele Unannehmlichkeiten. Zu ungeräumten Straßen und unterbrochenen Stromleitungen kam eine Naturerscheinung – Regen bei Minustemperaturen. Im gesamten Königsberger Gebiet regnete es mehrere Tage lang bei Temperaturen um -4 Grad. Wie Metereologen erklärten, tritt dieses Phänomen nur bei einem bestimmten Verhältnis warmer und kalter Luftmassen auf. Das Resultat war eine kristallklare Eiskruste, die nicht nur Straßen und Bürgersteige, sondern auch Fensterscheiben, Autos und teilweise sogar die Kleidung der Fußgänger mit dem „Blitzeis“ überzog. Autofahrer hatten alle Mühe, ihre Fahrzeuge zu „enteisen“. Nur die Kinder hatten ihre Freude an dem Eisregen, wenn sie auf die vereisten Wege sprangen und versuchten, das Eis zu brechen.

War der Eisregen kaum vorhersagbar, so führte der Schnee auf Dächern zu vorhersehbaren Folgen. Eine Woche nachdem die Temperaturen zu steigen begonnen hatten und der Schnee nass und schwer geworden war, kam es zu Dacheinstürzen. Zuerst kam es in der Kaiserstraße in Königsberg auf dem Gelände eines Warenlagers zum Einsturz eines Vordachs, das an einem der Gebäude angebracht war. Das Wellblechdach begrub einige darunter geparkte Autos unter sich. Fünf Menschen wurden verletzt. Drei von ihnen so schwer, dass sie in ein Krankenhaus eingeliefert wurden.

Fünf Verletzte und 32 beschädigte Autos

Gouverneur Nikolaj Zukanow und Stadtoberhaupt Alexander Jaroschuk kamen noch am selben Tag zur Unfallstelle. Der Gouverneur übernahm selbst die Kontrolle über die Unfalluntersuchungen und wies die Polizei an, zu prüfen, ob das Vordach ordnungsgemäß angebracht worden war. Die Zahlung von Entschädigungen für die beschädigten Autos soll Bürgermeister Jaroschuk kontrollieren.

Der Vorfall in der Kaiserstraße sollte nur einer von vielen bleiben. Unter der Last des tauenden Schnees brach auch eine Parkplatzüberdachung in der Großkomturstraße Nr. 3 ein. 32 Autos wurden beschädigt, darunter auch einige Luxusfahrzeuge. Fast gleichzeitig gab eine Schweißnaht des Flachdaches des Einkaufszentrums „7. Kontinent“ in der Licentgrabenstraße nach. Zu Schaden kam niemand, weil der Vorfall sich am frühen Morgen ereignete, als noch keine Menschen in den Läden waren.

Ein ähnliches Ereignis fand im Supermarkt „Victoria“ auf dem Solnetschnyj Boulevard (Lindenstraße/Weidendamm) gegenüber dem Dom statt. Dort hing das Dach durch, so dass niemand zu Schaden kam und niemand evakuiert werden musste. Es musste lediglich der beschädigte Bereich abgesperrt und das Dach vom Schnee befreit werden.

In den letzten Tagen hat eine vergleichsweise ruhige Wetterlage die Räumdienste aufatmen lassen und ihnen die Möglichkeit gegeben, sich auf den nächsten Wintereinbruch vorzubereiten, denn ein Großteil des ostpreußischen Winters steht der Stadt ja erst noch bevor. *Jury Tschernischew*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wie immer gehen in diesen Januartagen die Gedanken bei denen, die vor nunmehr 66 Jahren vor dem Russeneinfall aus ihrer Heimat flohen oder ihn an Leib und Seele erleben und auch erleiden mussten, verstärkt zurück am Tag wie in der Nacht, im Wachen wie im Traum. Sie lassen sich niemals löschen und zwingen manche älter gewordenen Heimatvertriebenen noch immer oder sogar erst jetzt zur Feder zu greifen, um das Erlebte festzuhalten. Manchmal sind es nur ein paar Zeilen, oft aber auch viele Seiten lang, einige bekomme ich zugesandt, weil die Schreibenden glauben, dass wir sie in unserer Kolumne veröffentlichen könnten. Das bedeutet aber, dass ich sie zuerst einmal lesen muss, und das dauert seine Zeit, weil manche Niederschriften nur schwer leserlich sind und ich ja nur Ausschnitte bringen kann. Im Augenblick bin ich dabei, einen Erlebnisbericht zu bearbeiten, der nicht von Vertriebenen stammt, sondern von einem ehemaligen belgischen Kriegsgefangenen und deshalb besonders eindrucksvoll ist. Zugesandt hat ihn mir Frau **Hannelore Müller** aus Löhne, die sich zugleich für die Veröffentlichungen bedankt, die wir im letzten Jahr über die „Königsberger Waisenkinder“ brachten, vor allem über ihre gemeinsame Reise nach Königsberg mit der Aufstellung des von ihnen gestifteten Gedenksteines für ihre kleinen Schicksalsgefährten, die dort Hunger und Seuchen zum Opfer fielen.

Frau Hannelore Müller schreibt: „Sie haben uns Königsberger Waisenkinder in der letzten Zeit mit viel Wohlwollen begleitet. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken. Obwohl Sie für uns Ostpreußen viel mehr als ein ‚lebendes Lexikon‘ sind, möchte ich Ihnen den beigefügten Text zukommen lassen und hoffe, dass er Ihnen noch nicht bekannt ist. Er stammt von einem belgischen Kriegsgefangenen. **Arthur K.** aus Brüssel verbrachte die Zeit vor und nach der Kapitulation 1945 in Königsberg. Er beschreibt die damaligen Verhältnisse dort aus seiner Sicht. Es tut mir sehr gut, wie er über die Stadt und ihre Bewohner denkt und berichtet. Ich erhielt diesen Bericht – oder ist es ein Vortrag? – mit den damals noch nicht als Buch erschienenen Deichelmann-Kopien von unserem hiesigen ostpreußischen Buchhändler **Prieß**. Er stammte aus Lyck, war aber auf verwandtschaftlicher Basis mit Königsberg verbunden. Er brachte mir, die ich mit einem Westfalen verheiratet bin und seit meiner Jugend in Westfalen lebe, Ostpreußen wieder in das Bewusstsein, äußerst intensiv und stark. Woher er diesen Text hatte, weiß ich nicht. Man kann ihn nicht mehr befragen, denn er ist inzwischen verstorben.“

Es ist schon eine außergewöhnliche Dokumentation, 16 eng beschriebene Seiten lang, und je intensiver ich mich mit ihm beschäftige, desto mehr wird mir die Schwierigkeit bewusst, geeignete Stellen für den Abdruck zu finden. Zumal es sich zu bewahrheiten scheint, dass es sich um einen Vortrag handelt, den Arthur K. vor einem deutschen Zuhörerkreis gehalten hat, denn er spricht Heimatvertriebene wie ehemalige deutsche Soldaten an. Fünf Jahre lang lebte der Wallone, der 1940 in deutsche Gefangenschaft geriet, in Ostpreußen. Und wenn er in seinem Bericht von Heimweh spricht, dann hat er es selber als Kriegsgefangener erlebt, aber sein großer Tröster war die ostpreußische Natur. Und diese Stelle habe ich für die heutige Ausgabe herausgesucht:

„Wenn man gefangen ist, wenn man keine andere Bindung mit der äußeren Welt hat, dann tröstet man sich mit der Natur, die Gott geschaffen hat. Dann denkt man, dass die Sonne auch zu Hause, ganz weit, scheinen wird. In demselben Geist sieht man die Wolken, den Mond, den Wind, die Vögel, auch dabei fliegen die Gedanken heim. Ich habe das Glück gehabt, Rauschen, Cranz und Groß-Kuhren zu sehen und dazu auch Storch und Elch, diesen im Gebüsch an der Chaussee von Cranz nach Sarkau. Die Steilküste am Rand des Samlandes: ein unendlicher Himmel mit wunderbaren und wechselnden Farben. Ja, die Natur konnte ein Trost sein für manche Stunden mit Heimweh. Königsberg, wo ich die meiste Zeit gelebt habe, war eine sehr schöne Stadt. Wissen Sie, wenn man fünf Jahre lang in einer Stadt lebt und tätig ist, auch wenn die Bewegungsfreiheit begrenzt ist, hängt man – ohne dass man es weiß – an dieser Stadt. Und es tut wirklich weh, wenn man zusehen muss, wie diese Stadt dann vollständig zerstört wird – durch den Willen von Menschen! Durch Fliegerangriffe, Straßenkämpfe und unendliche Häuserbrände. Erst nach dem Krieg wurde mir bewusst, wie sehr ich an Ostpreußen und seine Bewohner gebunden war.“ Das konnte er auch nach seiner Heimkehr im Mai 1945 feststellen: „Damit war nicht alles fertig und vergessen. Ich habe lange, lange Jahre gebraucht, um mich wieder in Belgien wohl zu fühlen.“ Schon aus diesem kurzen Auszug wird ersichtlich, dass die Ausführungen des ehemaligen Kriegsgefangenen noch für manchen Kurzbeitrag in unserer Familienkolumne gut sind. Zumal er sich auch an Menschen erinnert, die ihm damals sehr geholfen haben. Zuerst aber einmal sehr herzlichen Dank, liebe Hannelore Müller, für die Übersendung dieses außergewöhnlichen Berichtes.



Die achteckige Kirche in Inse, Kreis Elchniederung Bild: privat

In das Königsberg jener Zeit zurück führten auch die Fragen von Frau **Margot Willschinski** aus Kassel, die sie uns vor einigen Monaten übermittelte. Mit der Hoffnung auf Erfolg, der sich dann auch einstellte, denn Frau Willschinski bedankt sich nun bei unserer Ostpreußischen Familie für die Zuschriften und Anrufe, die ihr geholfen haben, den Spuren ihrer frühen Kinderjahre in Amalienau und Schönwalde nachzugehen. Die 1938 Geborene war im vergangenen Jahr zum ersten Mal wieder in ihrer Heimatstadt, und seitdem beschäftigen sie viele Fragen, von denen wir einige in der Folge 31 veröffentlichten. Sie betrafen vor allem die Schrötterstraße, in der sie ihre früheste Kindheit verbrachte und von der sie gerne Fotos haben wollte. Aber auch das samländische Schönwalde, in das die Familie evakuiert wurde, als das Haus in der Schrötterstraße dem Bombenhagel zum Opfer fiel. Und wie unsere Familie auf die Suchwünsche reagierte, entnehmen wir Frau Willschinskis Schreiben: „Mit Verspätung aber umso herzlicher möchte ich mich bei Ihnen und der Ostpreußischen Familie für den Suchbeitrag im *Ostpreußenblatt* bedanken. Ich erhielt darauf Telefonanrufe und Briefe mit Bildern, die den Stadtteil mit der Schrötterstraße zeigten und auch Post mit Bildern und Orientierungshilfen über Schönwalde, sie erweiterten mein Erinnerungsvermögen an unsere Heimat. Alles hat mich sehr erfreut.“ Nur ein Wunsch scheint nicht in Erfüllung gegangen zu sein: Margot Willschinski suchte besonders nach der Familie **Willuweit** aus Schönwalde, bei der sie 1944 einquartiert war, vor allem nach dem damals 16-jährigen Sohn **Helmuth**. „Es waren so liebe Menschen und ich hätte gerne gewusst, ob und wie sie überlebt haben“, sagte Frau Willschinski. Aber leider hat sich hier wohl kein Hinweis ergeben, also haken wir heute noch einmal nach. (Margot Willschinski, Mörickestraße 15 in 34125 Kassel, Telefon 0561/874373.)

Auch Frau **Margot Tessars** aus Backnang denkt oft an die Zeit zurück, die sie als Kind in Ostpreußen verlebte, wenn es auch nur wenige Monate waren, aber sie brachten für das Kind aus Berlin einschneidende Erlebnisse. Und diese Erinnerungen veranlassen sie nun, dem Ehepaar aus der Elchniederung, das sie damals aufgenommen hatte, Dank zu sagen, wenn er vielleicht auch zu spät kommt. Aber er muss einmal ausgesprochen werden, meint Frau Tessars, und sie sagt ihn so herzlich, dass wir ihr Schreiben im Wortlaut bringen wollen.

„Als siebenjähriges Kind wurde ich im Februar 1944 mit meiner Mutter und meinem vierjährigen Bruder von Berlin aus nach Ostpreußen evakuiert. Seit dem Spätherbst 1943 hatten wir fast täglich in Berlin Luftangriffe und zunehmend auch in Wilmersdorf. Wir saßen damals wochenlang fast jede Nacht im dunklen und kalten Keller. Nachdem meine Mutter bei irgendeinem Amt war und uns für eine Evakuierung angemeldet hatte, kamen wir gleich am nächsten Tag raus aus Berlin. Wir sind sehr früh abgefahren und waren wohl erst am Abend auf dem Zielbahnhof, es war jedenfalls schon dunkel. Der Bahnhof war klein, hatte aber einen hell erleuchteten Saal mit weiß gedeckten Tischen. Wir hatten mit solch einem herzlichen Empfang nicht gerechnet und alles war wie Weihnachten für mich, besonders die Helligkeit, da wir ja wochenlang fast nur im Dunkeln gelebt hatten. Es gab Kakao, Wurstbrote, Stollen und vieles mehr. Wir Drei sind dann draußen von einem großen Mann in ein großes Fell gewickelt und in einen Schlitten gesetzt worden. Dann ist er mit uns sehr weit in die Einsamkeit gefahren ... Wir kamen auf einen großen Bauernhof, dort wurden wir von der ganzen Familie **Bansemir** empfangen, sie hatte mit dem Abendessen auf uns gewartet. Wir haben dann ein sehr schönes, großes Zimmer bekommen direkt neben dem Wohnzimmer. Der Hof lag sehr einsam, man konnte auf dem flachen Land in keiner Richtung einen Nachbarn sehen. Leider sind wir dort nur bis April geblieben, dann kamen wir nach Pommern. Meine Mutter hat sich mit der Bäuerin noch ein paar Mal geschrieben. Wahrscheinlich hatte sie ihr nicht unsere Berliner Adresse angegeben – leider. Im September hat dann Frau Bansemir geschrieben, dass sie und die Kinder auch schon weg müssten, weil die Russen näher kämen, die Männer müssten dort bleiben. Wir haben dann den Einmarsch der Russen im Kreis Lauenburg in Hinterpommern erlebt, dann kam das ganze Durcheinander, die Hungerjahre in Berlin ... Aber immer haben wir an diese sehr schöne Zeit in Ostpreußen und in Dankbarkeit an diese Menschen gedacht, die damals so vorbildlich gehandelt haben. Seit vielen Jahren habe ich mir vorgenommen, nach ihnen zu forschen. Das Ehepaar, das uns damals aufgenommen hat, wird nicht mehr leben, aber eventuell ihre Kinder, die gleichaltrig mit mir und meinem Bruder waren.“ Und so sucht also Frau Tessars, die damals **Margot Schulz** hieß, nach **Ernst** und **Gertrud Bansemir** und ihren Kindern **Lita** (**Litha**) und Lothar aus Hohenberge, Kreis Elchniederung. Der zwölf Kilometer von Kuckerneese entfernte Ort bestand aus mehreren Höfen und gehörte zum Kirchspiel Rauterskirch. Wer etwas über die Familie Bansemir sagen kann, wende sich bitte an Frau Margot Tessars, Lessingstraße 19 in 71522 Backnang (E-Mail: martess@web.de).



Ruth Geede Bild: Pawlik

Rauterskirch? Da war doch was! Oh ja, sehr viel sogar. Die Bemühungen von Herrn Prof. Dr. **Günther H. Hertel**, Dresden, um den Erhalt der Kirchenruine von Alt-Lappienen/Rauterskirch und die Dokumentation der Geschichte dieses einzigartigen Gotteshauses, mit dessen Bau 1675 begonnen wurde. Was sich da – und vor allem durch unsere Ostpreußische Familie – ergeben hat, dokumentierte Prof. Hertel auf zehn reich bebilderten Seiten. Aber das ist ihm noch nicht genug, er muss seinen Bericht um neue Informationen, die zum größten Teil aus unserem Leserkreis stammen, ergänzen. Ehe wir diese Dokumentation erhalten, will ich doch etwas vorwegnehmen, was kaum bekannt ist: Die achteckige Kirche hatte noch zwei kleine Schwestern in der Elchniederung in Inse und Skören. Unser Foto zeigt die Kirche in Inse.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Neuerungen bei DFK-Zeitung

Bei der „Oberschlesischen Stimme“, der „ersten regelmäßig erscheinenden Zeitschrift des Deutschen Freundschaftskreises im Bezirk Schlesien seit 1989“, gibt es in diesem Jahr einige Veränderungen. Die erste ist, dass sie nicht mehr ein Monatsblatt ist. Vielmehr erscheint das Blatt des Deutschen Freundeskreises (DFK) seit diesem Monat jede zweite Woche. Auch im optischen Bereich gibt es einige Neuerungen. Hierzu schreibt die Chefredakteurin Monika Masarczyk in der „Oberschlesischen Stimme“: „Wir bekamen die Möglichkeit, zusammen mit dem ‚Schlesischen Wochenblatt‘ das Layout der beiden Zeitungen moderner und übersichtlicher zu gestalten ... Optik und Gestaltung werden sich etwas verändern, damit sie moderner und ansprechender fürs Auge wird.“ Inhaltlich soll die Zeitung jedoch die alte bleiben. *PAZ*

»Das ist für uns ein Weg«

Deutsche Minderheit versucht aus dem Ausgang der Kommunalwahl zu lernen

Die Deutsche Minderheit wertet den Ausgang der polnischen Kommunalwahlen als Erfolg. Der rückläufige Trend seit 1998 konnte gestoppt werden. Die Wahlbeteiligung hat zugenommen. Trotzdem hat die Wahl auch Schattenseiten aufgezeigt.

Bei den Gemeindevorstehern und Bürgermeistern hat die Deutsche Minderheit keine Verluste zu verzeichnen. Vielmehr ist Andrzej Kasiura hinzugekommen. Der von der Deutschen Minderheit unterstützte Kandidat ist zum Bürgermeister von Krappitz gewählt worden. „Das ist zweifelsohne ein Erfolg“, konstatiert Ryszard Donitza, Geschäftsführer der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD).

Dem steht gegenüber, dass die Deutsche Minderheit gegenüber der vorherigen Legislaturperiode fünf Kreisratssitze verloren hat und im Kreis Krappitz neben dem Rat auch den Landratsposten sowie einen Abgeordneten im Sejmik der Woiwodschaft.

Donitza bemüht sich um eine differenzierte Sicht: „Ich halte das für reine Statistik. Sieht man die Dinge einmal anders, so wird klar, dass wir trotz gewisser Verluste dennoch viel mehr Stimmen für unsere Bewerber im Vergleich zu 2006 bekommen haben, und das sogar im Kreis Krappitz. Schade allerdings, dass dies sich nicht in einem Mandat ausgewirkt hat, obwohl wir dort die stärkste Gruppierung waren.“

> Andere wilderten erfolgreich in den eigenen Hochburgen

Der Deutschen Minderheit ist es nicht gelungen, ihre Klientel bei den Wahlen auf ihre Kandidaten zu vereinen. Mit Erfolg wilderten anderere Parteien und Wahlbündnisse in den Hochburgen der deutschen Volksgruppe. „Diese konnten zwar keine Spitzenplätze ‚ergattern‘ und haben sich nach dem d'Hondt-Verfahren die errungenen Mandate geteilt“, so Donitza, „aber zusammengenommen ging so das eine oder andere Mandat für uns verloren.“

Erschwerend kommt für den SKGD-Geschäftsführer das Wahlrecht hinzu: „Im Kreis Kandrzin-Cosel haben wir jetzt drei Mandate weniger im Kreisrat, obwohl wir dort mehr Stimmen bekommen haben! Dies verweist auf einen anderen Mechanismus, und die Verteilung der Mandate nach dem d'Hondt-Verfahren ist hier der entscheidende Faktor.“

Das Sitzzuteilungsverfahren wird sich jedoch kurzfristig kaum ändern lassen. Attraktivere Kandidaten sind also gefragt. Kandidatenplätze dürfen keine Erbhöfe sein und auch keine Pfründe für verdiente Funktionäre. Selbstkritisch weist Donitza einen Ausweg: „Wir sollten nicht bloß im engen Kreis unseren Kandidaten aufstellen, weil dieser gut ist und das und jenes geleistet hat. Vielmehr muss man das ganze Dorf und alle Interessenten einladen und dabei nicht schauen, ob es ein Kandidat der Minderheit oder der Mehrheit ist, ob er seinen Mitgliedsbeitrag zahlt oder nicht, und man sollte sie eben fragen, welche von ihnen auf die Liste wollen und weshalb. Als nächstes müsste man dann über Gespräche jeweils diejenige Person auf die Liste setzen, die die größte Unterstützung hat, und an die anderen appellieren, sich nicht beleidigt zu fühlen, sondern den einen Kandidaten zu unterstützen. Das ist für uns ein Weg, keine Verluste mehr davotragen zu müssen.“ *PAZ*

»Herrenlos« in Rauden

Die Wanderausstellung „Herrenlos! Schlesische Klöster zwischen Aufhebung und neuer Berufung“ ist noch bis zum 29. Mai dieses Jahres unter dem Titel „Verlassene Klöster! Die Säkularisierung schlesischer Klöster 1810“ in dem von Herzog Wladislaus von Oppeln 1258 gegründeten ehemaligen Zisterzienserkloster Groß Rauden, Kreis Ratibor, zu sehen. Von Mai bis Oktober vergangenen Jahres wurde die Ausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen gezeigt. Dessen Direktor Stephan Kaiser erzählt, wie es zu der oberschlesischen Station der Wanderausstellung gekommen ist: „Als wir die Zusammenarbeit mit polnischen Partnern wegen der Ausstellung ‚Aufhebung der Klöster‘ aufgenommen haben, war auch Rauden präsent. So entstand die Idee, die Ausstellung auch hier in Schlesien zu zeigen.“ *PAZ*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Laser, Ida, geb. **Plath**, aus Frenzken, Kreis Ortelsburg, jetzt Rose 30, Heim Brigitta, 23570 Travemünde, am 18. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Weber, Frieda, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Christiansweg 29, Sen., 65582 Diez/Lahn, am 21. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kohtz, Georg, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Fürstenwalder Straße 25, 26133 Oldenburg, am 17. Januar

Korinth, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Kalkbrennerstraße 46, 23562 Lübeck, am 23. Januar

Mast, Otti, geb. **Klenzan**, aus Neidenburg, jetzt Mölleney-Straße 28, 45289 Essen, am 21. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Döring, Edith, geb. **Stattaus**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Essener Weg 1, 354128 Langgöns, am 19. Januar

Zink, Marie, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Siebenbürgenweg 51, 40591 Düsseldorf, am 20. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gyzas, Gisela, geb. **Trojan**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt Lavener Straße 65, 27619 Schiffdorf, am 22. Januar

Krafzig, Erna, geb. **Mitros**, aus Lyck, Bismarckstraße 52, jetzt Walnußweg 21, 48531 Nordhorn, am 18. Januar

Tregel, Herta, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt An der Schwärz 12, 97447 Gerolzhofen, am 21. Januar

Wackermann, Anna, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Am Fahrenstück 2, 58791 Werdohl, am 23. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Damm, Ottilie, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Carl-Maria-von-Weber-Straße 45, 24768 Rendsburg, am 22. Januar

Erbskorn, Hildegard, geb. **Arlart**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Martin-Luther-Anlage in 63450 Hanau, am 21. Januar

Pißowotzki, Martha, geb. **Roslan**, aus Schuttschenhofen, Kreis Neidenburg, jetzt Ringstraße 46, 42929 Wermelskirchen, am 22. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Klimaschewski, Hildegard, geb. **Woydak**, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Oststeinbeker Weg 122, 22117 Hamburg, am 17. Januar

Reimann, Martin, aus Megethen, Kreis Samland, jetzt Im Hag 25, 55559 Bretzenheim, am 23. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brosch, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Muthesiusweg 10, 60488 Frankfurt/Main, am 21. Januar

Fenchel, Meta, geb. **Wicht**, aus Krebsflies, Kreis Ebenrode, jetzt Staläckerweg 4, 75365 Calw Wimberg, am 17. Januar

Zander, Auguste, geb. **Hochleitner**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Henschebstraße 21, 34127 Kassel, am 19. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartnicki, Benno, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Bornpfad 12, 65232 Taunusstein-Wehen, am 19. Januar

Sasse, Charlotte, geb. **Warda**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Heinrichstraße 10, 59075 Hamm, am 22. Januar

Zywietz, Ella, geb. **Roschkowski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Gerhart-Hauptmann-Weg 30, 30659 Hannover, am 19. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Joop, Lothar, aus Lyck, Soldauer Weg 5, jetzt Efeustraße 25, 49661 Cloppenburg, am 19. Januar

Meyer, Charlotte, geb. **Daumann**, aus Tapiau, Sudermannstraße, Kreis Wehlau, jetzt Junkersgut 15, 51427 Bergisch Gladbach am 23. Januar

Reschke, Hildegard, geb. **Wenk**, aus Neutief und Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 2, jetzt Sedenthaler Straße 25-27, 40699 Erkrath-Rosenhof, am 20. Januar

Schmidt, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, jetzt Mittelstraße 118, 32657 Lemgo, am 23. Januar

Schmitz, Elfriede, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Gerhard-Herwegh-Straße 102, 45772 Marl, am 17. Januar

Thuleweit, Elfriede, geb. **Schalwat**, aus Ebenrode, jetzt Horster A. 12-22, Hs. H, 40721 Hilden, am 19. Januar

Ting, Paul, aus Fuchshügel, Neulepkau, Kreis Wehlau, jetzt Bukkower Damm 261, 12349 Berlin, am 17. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Hellwig, Otto, aus Preußisch-Holland, jetzt Erlenfeldweg 55a, 34123 Kassel, am 22. Januar

Knopke, Doris, geb. **Knopke**, aus Gauden, Gauden Oberförsterei, Kreis Wehlau, jetzt Schedenstraße 6, 20251 Hamburg, am 23. Januar

Kositzki, Charlotte, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Groschurthstraße 44, 13125 Berlin, am 23. Januar

Manko, Otto, aus Talken, Kreis Lyck, jetzt Holzbachstraße 29, 86152 Augsburg, am 19. Januar

Mannke, Hildegard, geb. **Sablotny**, aus Neidenburg, jetzt Alpenblick 6, 82547 Eurasburg, am 23. Januar

Matheus, Gerda, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Grashoffweg 7, 21680 Stade, am 23. Januar

Moeller, Helene, geb. **Grigo**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, jetzt Wilhelm-Külper-Straße 32, 25761 Büsum, am 17. Januar

Prühs, Margarete, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Hamburger Straße 143, 22926 Ahrensburg, am 18. Januar

Rolke, Luise, geb. **Kiebert**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Habichtweg 13, 38108 Braunschweig, am 19. Januar

Seewald, Ilse, aus Lyck, jetzt Wiesenstraße 20, 29331 Lachendorf, am 17. Januar

Willuhn, Frida, geb. **Holz**, aus Uggehnen, Kreis Samland, jetzt Unter den Friedenseichen 1c, 31592 Stolzenau, am 21. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauer, Eva-Maria, geb. **Apsel**, aus Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 32, jetzt Nettelbeckstraße 47, 24340 Eckernförde, am 17. Januar

Dicmanis, Lieselotte, geb. **Salloch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Ovelgönner Weg 49, 21335 Lüneburg, am 21. Januar

Dreispeicher, Horst, Dr. med., aus Lyck, jetzt Am Mainkanal 10, 63450 Hanau, am 19. Januar

Freija, Irmtraut, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Alpkestraße 16, 37619 Bodenwerder, am 12. Januar

Joswig, Johannes, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 190, 47178 Duisburg, am 17. Januar

Kotowski, Elisabeth, geb. **Teubert**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Schleswiger Straße 5, 58089 Hagen, am 23. Januar

Kühnel, Brunhilde, geb. **Renz**, aus Wehlau, Richardtstraße, jetzt Nürnberger Straße 47B, 97076 Würzburg, am 19. Januar

Mäder, Gerda, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, jetzt Frittlinger Straße 36, 78549 Spaichingen, am 20. Januar

Müller, Martha, geb. **Czymoch**, aus Lyck, jetzt Ellersbergstraße 6, bei Kairies, 37213 Witzenhausen, am 23. Januar

Patz, Asser, aus Marienhof, Kreis Samland, jetzt Fliederweg 5, 38470 Parsau, am 20. Januar

Peters, Gertrud, geb. **Czarantzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Altonaerstraße 2, 44145 Dortmund, am 20. Januar

Pruss, Walter, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Neugartenstraße 19, 83209 Prien, am 23. Januar

Rohde, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Ziegelkamp 50, 38104 Braunschweig, am 19. Januar

Runge, Edith, aus Steppon-Rösden, Kreis Heydekruge, jetzt Kleinmoor 39, 28865 Lilienthal, am 18. Januar

Schaub, Elisabeth, geb. **Scharfschwerdt**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt An der Sieber 45, 37412 Sieber/Harz, am 19. Januar

Schiweck, Paul, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Ziegelweg 13, 72141 Walddorfhäslich, am 18. Januar

Schwaak, Manfred, aus Lindenau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Großer Diebsteig 7, 18439 Stralsund, am 21. Januar

Stoll, Willy, aus Wittingen, Kreis Lyck, jetzt Zur alten Heide 10, 21386 Betzendorf, am 20. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barth, Elisabeth, geb. **Klingschat**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Kapellenstraße 8, 55437 Nieder-Hilbersheim, am 23. Januar

Cords, Anneliese, geb. **Stannies**, aus Frischenau, Stanillien, Kreis Wehlau, jetzt Seniorenheim Deepentwiete 3, 25337 Elmshorn, am 20. Januar

Deptolla, Helene, geb. **Borowski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Endfielstraße 243, AWO-Heim, 45966 Gladbeck, am 45966 Gladbeck, am 20. Januar

Dyer, Gisela, geb. **Schubert**, aus Lyck, Hindenburgstraße 20, jetzt 10763 East Keswick Road, Philadelphia/PA 19154, USA, am 19. Januar

Ehlers, Dieter, aus Parnehmen, Agnesenhof, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 37, 27367 Ahausen-Eversen, am 20. Januar

Fischhuber, Alwin, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Jägerweg 14, 85658 Egmating, am 21. Januar

Grimm, Vera, geb. **Kreß**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Käthe-Kollwitz-Straße 6, 08468 Reichenbach, am 20. Januar

Hoffmann, Gerda, geb. **Dahnz**, aus Allenburg, Schwönestraße, Kreis Wehlau, jetzt Matthias-Grünewald-Straße 14, 65428 Rüsselsheim, am 23. Januar

Holz, Anni, geb. **Wittenberg**, aus Sanglienen, Kreis Samland, jetzt Stettiner Straße 67, 72336 Balingen, am 18. Januar

Kibbel, Waltraud, geb. **Herrmann**, aus Paterswalde, Patershof, Kreis Wehlau, jetzt Wilmsdorf Nr. 4, 23626 Ratekau, am 17. Januar

Kiwitt, Marga, geb. **Pridöhl**, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, jetzt Charlottenstraße 94, 45289 Essen, am 20. Januar

Knischewski, Dagobert, aus Lyck, Danziger Straße 11, jetzt Madacker 10, 22397 Hamburg, am 23. Januar

Koch, Erna, geb. **Karohs**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Max-Otten-Straße 10, 39104 Magdeburg, am 17. Januar

Meuler, Charlotte, geb. **Müller** aus Mildenheim, Kreis Ebenrode, jetzt Lindenweg 7, 18233 Neubukow, am 23. Januar

Mittag, Elisabeth, aus Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 6B, 39624 Meßdorf, am 17. Januar

Prigge, Maria, geb. **Modregger**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Peter-Henlein-Straße 42, 28357 Bremen, am 19. Januar

Schulz, Edith, geb. **Berft**, aus Neidenburg, jetzt Bergknappenstraße 136, 45663 Recklinghausen, am 18. Januar

Tobet, Käte, geb. **Baltruschat**, aus Ebenrode, jetzt Uferstieg 19, 24955 Wasserleben, am 17. Januar

Wagner, Eva, geb. **Hübner**, aus Goldbach, Garbeningken, Kreis Wehlau, jetzt Ringstraße 22, 66969 Lemberg, am 17. Januar

Warda, Bruno, aus Lyck, jetzt Kaiser-Wilhelm-Straße 21/22, 22955 Hoisdorf, am 21. Januar



Telker, Adolf, aus Königsdorf, Kreis Schrötersburg und Frau Lisa, jetzt Brandgasse 18, 39249 Barby, am 21. Januar

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deut-sche Vereine in Allenstein

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

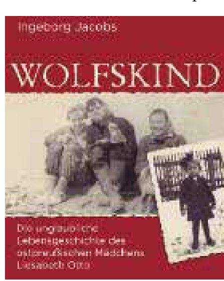
Schicksal deutscher Frauen

Autorenlesung mit Ingeborg Jacobs über Wolfskind Liesabeth Otto

Ostpreußen 1945. Auf der Flucht vor der Roten Armee verliert die siebenjährige Liesabeth Otto Mutter und Geschwister. Allein irrt sie durch die Wälder und gerät auf der Suche nach Nahrung und Unterkunft ins benachbarte Baltikum. Unter unfassbaren Entbehrungen schlägt sie sich jahrelang allein durch, umgeben von einer feindlich gesinnten Bevölkerung, stets auf der Hut vor den sowjetischen Besatzern. Ein erschütterndes Schicksal, zugleich ein Panorama deutsch-sowjetischer Nachkriegsgeschichte.

Tausende Kinder verlieren in den Nachkriegswirren ihre Eltern oder werden auf der Flucht von ihnen getrennt. Viele werden in Waisenhäusern untergebracht, andere müssen allein durchkommen – man nennt sie „Wolfskinder“.

Liesabeth Otto, die heute bei Hannover lebt, hat ihre ergreifende Lebensgeschichte der ZDF-Journalistin Ingeborg Jacobs erzählt, die sie einfühlsam für ein Lesepublikum aufgeschrieben hat. Ihr Dokumentarfilm über das ehemalige Wolfskind wurde mit überwältigender Resonanz im ZDF und auf ARTE ausgestrahlt, auf internationalen Filmfestivals gezeigt und mit dem World Television Award ausgezeichnet.



Ingeborg Jacobs, geboren 1957 in Solingen. 1989 bis 1992 Aufenthalt in der Sowjetunion. Seit 1995 freie Autorin beim ZDF. Zahlreiche Dokumentarfilme, überwiegend zu zeitgeschichtlichen Themen. Sie wurden mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Deutschen Wirtschaftsfilmpreis und dem Bayerischen Fernsehpreis. Mitarbeit an mehreren Büchern von Guido Knopp. Zuletzt erschien bei Propyläen Freiwild. Das Schicksal deutscher Frauen 1945.

Ingeborg Otto liest am Mittwoch, 19. Januar 2011 um 19 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon 04131-75995-0, aus dem Buch „Wolfskind. Die unglaubliche Lebensgeschichte des ostpreußischen Mädchens Liesabeth Otto“. Eintritt: 4 Euro. *OL*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 15. Januar, 19 Uhr, RBB: Heimatjournal.

Sonnabend, 15. Januar, 20.10 Uhr, N-TV: Wir Deutschen – Vom Reich zur Republik 1871-1933.

Sonnabend, 15. Januar, 23.05 Uhr, N-TV: Auf der Suche nach Hitlers Leichnam.

Sonntag, 16. Januar, 12 Uhr, hr: Ostpreußens Norden, Reportage.

Sonntag, 16. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Kriegskinder (1/4), „Vater muss jetzt an die Front“.

Sonntag, 16. Januar, 23.40 Uhr, MDR: Konzert aus dem Königsberger Dom. Das MDR-Sinfonieorchester spielt Werke von Johannes Sebastian Bach u. a.

Montag, 17. Januar, 11.30 Uhr, NDR: Litauen – Grünes Land am Ostseestrand.

Montag, 17. Januar, 14.45 Uhr, BR: Kant, Sophie und der Kategorische Imperativ.

Montag, 17. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Kriegskinder (2/4). „Mit den Bomben kam die Angst“.

Dienstag, 18. Januar, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte. „Klein-Moskau in Karlshorst“. Der sowjetische Geheimdienst KGB hatte hier seine Deutschland-Zentrale.

Dienstag, 18. Januar, 21.45 Uhr, BR: Die Flucht (1/2)

Dienstag, 18. Januar, 23.30 Uhr BR: Die Flucht der Frauen

Mittwoch, 19. Januar, 20.05 Uhr, N24: Die Schlacht um Stalingrad.

Mittwoch, 19. Januar, 21.05 Uhr, N24: Adolf Hitler.

Mittwoch, 19. Januar, 21.45 Uhr, BR: Die Flucht (2/2).

Donnerstag, 20. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Kriegskinder. „Mit dem Teddy auf der Flucht“.

Donnerstag, 20. Januar, 21 Uhr, Phoenix: Wikileaks – Rebellen im Netz.

Donnerstag, 20. Januar, 22.10 Uhr, Kabel1: Steiner – Das Eiserne Kreuz (1).

Freitag, 21. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Kriegskinder. „Von der Schulbank ins Gefecht“.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigshafen – Donnerstag, 27. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 20. Januar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben, Rückblick und Vorschau. – Sonntag, 23. Januar, 14 Uhr, Abschiedsauftritt des BdV-Chors in den Ulmer Stuben.



BAYERN

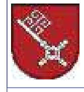
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 19. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg. Thema: „Eindrücke der Gumbinnenreise 2010“.

Erlangen – Donnerstag, 20. Januar, 17 Uhr, Frankenhof, Raum 20, Neujahrstreffen.

Kitzingen – Freitag, 21. Januar, 14.30 Uhr, „Deutscher Kaiser“ in Kitzingen, Jahreshauptversammlung mit Ehrungen.

München Nord/Süd – Sonnabend, 22. Januar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München, Vorführung eines neuen Films der Papendick-Reisen nach Nord-Ostpreußen durch Elmar Schmid. Zuvor gemeinsame Kaffeetafel.

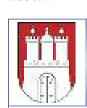


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Angebot einer Gruppenreise. Die Bremer Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen fährt nach Danzig und Elbing, zur Marienburg und in die Kaschubei. Liebe Mitglieder und Freunde unserer Landsmannschaft, wir möchten Ihnen eine Gelegenheit bieten, die alte Hansestadt Danzig, das Seebad Zoppot, Oliva, das Große Werder mit seinem Hauptort Tiegenhof, Elbing, die Marienburg, die kaschubische Schweiz mit Schloss und Museum in Krockow sowie den Slovinzischen Nationalpark in Hinterpommern mit der Wanderdüne in Leba und den slovinzischen Freilichtmuseum kennenzulernen. – Begegnungen mit der deutschen Minderheit in Danzig sind ebenso geplant wie eine Führung zu den Vorlaubenhäusern in Marienau bei Tiegenhof. Für viele unserer Mitglieder wären zweitägige Anreisen und Abreisen etwas beschwerlich, daher wollen wir diese als Flugreise mit der „Ryanair“ ab dem Bremer Flughafen durchführen. Die Verbindung Bremen-Danzig wird ab Frühjahr aber leider eingestellt, deshalb müssen wir für unsere Reise den letztmöglichen Termin vom 16. bis 20. März 2011 nutzen. Reiseverlauf: 16. März, 14.30 Uhr: Abflug ab Flughafen Bremen. Nach der Ankunft werden wir eine Stadtrundfahrt unternehmen und so einen umfassenden ersten Eindruck gewinnen. Abendessen im Restaurant „Goldwasser“ in der Nähe des Krantores. 17. März, Fortsetzung des Besichtigungsprogramms in Danzig. Fahrt nach Oliva zur Besichtigung des Klosters, danach in das Seebad Zoppot mit einem Spaziergang über die Mole. Abends ist eine Begegnung mit der deutschen Minderheit Danzigs vorgesehen. 18. März, frühe Abfahrt um 8.30 Uhr. Fahrt über Tiegenhof, dort Besichtigung des ehrenamtlich betriebenen „Werdermuseums“ mit Exponaten zur mennonitischen Kultur der früheren Bewohner und zur Entwässerung des Danziger Werders. Besuch der typischen „Vorlaubenhäuser“ dieser Region im benachbarten Marienau. Weiterfahrt nach Elbing, dort Führung in der Altstadt, Mittagessen. Weiterfahrt nach Marienburg, wo uns eine Führung durch die Burg geboten wird. Rückfahrt über Dirschau (Foto-Stopp an der alten Eisenbahnbrücke über die Weichsel) zurück nach Danzig. 19. März, frühe Abfahrt um 8.30 Uhr. Fahrt durch die Kaschubische Schweiz über Neustadt nach Krockow, dort besichtigen wir das Schloss und das Regionalmuseum. Mittagessen im Restaurant des Schlosses. Anschließend fahren wir weiter nach Hinterpommern und lernen im slowinzischen Nationalpark das Gebiet der Lebaer Wanderdünen kennen. Sodann geht es nach Klucken zur Besichtigung des slowinzischen Freilichtmuseums. (Die Slowinzen in Hinterpommern waren eine deutschsprechende slawische Volksgruppe, die ab 1945 ebenfalls vertrieben wurde.) Rückfahrt über die Schnellstraße/Autobahn nach Danzig. 20. März, nach dem Frühstück Rückflug nach Bremen. Um die Durchführung der Reise nach unseren Angaben haben wir wieder die bewährte Firma „KL-Reisen“ gebeten, an die wir Ihre Anmeldungen weiterleiten. Der Reisepreis beträgt 630 Euro bei Unterbringung im Doppelzimmer im sehr zentral gelegenen Hotel „Dom Muzyka“ (Haus des Musikers), einem aus dem 19. Jahrhundert stammenden geschmackvoll restaurierten Altbau der Musikakademie Danzigs, Halbpension bzw. Mittagsmahlzeiten während der Ausflüge; Rundreiseprogramm mit dem Bus, sämtliche Eintritte und Führungen sowie die örtliche Reiseleitung. Der Einzelzimmerzuschlag beträgt 85 Euro. Sollte die Größe der Gruppe die Zahl von 16 Personen erreichen, ermäßigt sich der Preis auf 600 Euro. Der Preis für den Ryanairflug ist nicht enthalten, weil er für Gruppen nicht gebucht werden kann und je nach Termin der Buchung variabel ist und daher nicht im Voraus bestimmt werden kann. Es sind Flugpreise ab zirka 30 Euro möglich. Wenn Sie mitfahren möchten, geben Sie uns bitte Nachricht. Wir senden Ihnen das Anmelde-Formular umgehend zu und sind auch bei der Buchung des Ryanairfluges behilflich. – Unter dem Motto „Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung“ findet das Deutschland-Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen vom 28. bis 29. Mai 2011 auf dem Messegelände in Erfurt statt. Die Fahrt wird vom 27. (Freitag) bis zum 30. Mai 2011 (Montag) mit JWD-Busreisen, unserem bewährten Reiseplaner, stattfinden. Der Reisepreis beträgt 260 Euro bei Übernachtung im Doppelzimmer und 335 Euro bei Übernachtung im Einzelzimmer. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, 3 x Übernachtung im Hotel „Park Inn by Radisson“ in Erfurt-Apfelstädt, 3 x Frühstücksbuffet mit Halbpension, Stadtführung mit der historischen Straßenbahn und anschließendem Rundgang durch mittelalterliche Gässchen zur Krämerbrücke (am 28. Mai), Besuch des Kyffhäuser-Denkmals einschließlich einer Pferdekutschenfahrt (am 30. Mai), Eintritt und Führung im Burgmuseum am Kyffhäuser-Denkmal (am 30. Mai), Transfer zum und vom Messegelände an beiden Tagen des Ostpreußentreffens, Eintritt zum Ostpreußentreffen. Es stehen noch nicht alle Einzelheiten fest, Anmeldungen sind aber ab sofort direkt bei JWD-Busreisen (Frau Venderbosch, Telefon 4854633) möglich. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Kontonummer 18276717, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01. Anmeldeschluss ist der 15. April 2011. – Donnerstag, 20. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel zur Post. Die Frauengruppe trifft sich weiter an jedem 3. Donnerstag des Monats. Der Januartermin wird allerdings als offene Zusammenkunft für alle Damen und Herren der Landsmannschaft und Interessierte gestaltet. Klaus Papies, der bereits im November zu Gast war, stellt sein neues Buchprojekt „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“ vor und möchte von den Anwesenden ergänzende Hinweise zu ostpreußischen Redewendungen erhalten.

Bremerhaven – Freitag, 28. Januar, 13 Uhr, Kohl- und Pinkel-Wanderung mit anschließendem Essen.



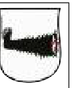
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 20. März, 13 Uhr, **Besuch der Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird das Drama „Die Ratten“ von Gerhart Hauptmann. 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle (Höpenstraße 88, Meckelfeld). 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof. 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang. 16 Uhr, Theateraufführung. 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPE



Sensburg – Sonntag, 16. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 31. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Thema: Winter in Ost- und Westpreußen in Geschichten, Liedern und Versen.

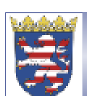
FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47, Bergedorf. Neujahrsempfang und Verlesung des Lageberichts des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend – Im Jubiläumsjahr 2011 des Salzburger Vereins finden die Treffen der Norddeutschen Landesgruppe an den nachfolgend genannten vier Terminen traditionell im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg, jeweils am Sonnabend, 13 Uhr statt: 5. März, 7. Mai, 8. Oktober und 3. Dezember 2011. Die Themen der Vorträge werden pro Quartal gesondert bekannt gegeben.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 22. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus (Bürgerhaus Am See), Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel gibt es einen Vortrag von Reinhard Kayss: „Wie erfahre ich etwas über meine Vorfahren“. – Die Gruppe fährt vom 27. bis 30. Mai mit dem Bus zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Der Preis für Fahrt, Übernachtung und Halbpension im vier-Sterne-Steigenberger InterCityHotel beträgt im Doppelzimmer 263 Euro und im Einzelzimmer 315 Euro. Anmeldungen bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788.

Dillenburg – Mittwoch, 26. Januar, 15 Uhr, Cafè Eckstein, Königsberger Straße, Monatsversammlung der Kreisgruppe. Nach dem Kaffeetrinken wird Urte Schwidrich eine lyrische Poesie unter dem Namen „Zuhause – Erinnerungen an unsere Ostpreußische Heimat“ vortragen. Danach liest Ingrid Nowakiewitsch eine Geschichte von Selma Lagerlöff „Die Flucht nach Ägypten“ als nachweihnachtliches Thema zu Flucht und Vertreibung. Dazu werden zwei Bilder gezeigt: „Warnung durch den Engel“ von Rembrandt und „Maria, Josef und das Kind mit dem Esel auf der Flucht“, Fotografie eines Mosaiks in der koptischen Kirche in Kairo. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Wiesbaden – Sonnabend, 22. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Unter dem Motto: „Erinnerungen an Zuhause“ hört man Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren Sie etwas über das derzeitige Geschehen in der Heimat. Wer etwas zu diesem Nachmittag beitragen möchte, melde sich bitte bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 27. Januar, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird „Schlachtplatte“. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Aufgrund der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt umgehend anmelden bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. – Der kleine Ort Sulimmen, nahe Lätzen, war das Ziel der Reise des Mitglieds Bärbel Heiler. Und zum ersten Mal mit dabei ihr Sohn Joachim. Er sollte den besonderen Reiz Masurens erleben, einem Land, in dem auch er seine Wurzeln hat. Das einstige Elternhaus steht nicht mehr – es brannte 1945 ab. Doch ein altes Foto zeigte noch das Gebäude – davor die Mutter mit ihren drei Geschwistern beim Hüten der Gänse. Auf dem Grundstück hat jetzt eine polnische Familie ihr Zuhause gefunden. Beim Bau des neuen Hauses kam zum Erstaunen aller ein Grabstein aus dem Jahre 1925 zum Vorschein. Weil es ein markanter Teil von Mutters Lebensgeschichte ist, sollte Joachim unbedingt das Dorf Reddenau, unweit von Bartenstein, sehen: Denn hier lebte Bärbel Heiler nach der Flucht mit ihren Geschwistern und der Oma zwei Jahre „unter polnischer Herrschaft“. Erinnerungen wurden auch in Lätzen aufgefrischt. Dort sah die Referentin im alten Kino mit sechs Jahren ihren ersten Film - den mit der Mickymaus. Zur Verwunderung entdeckten hier die Reisenden in der Stadt einen unversehrten Kanaldeckel aus dem Jahre 1903, hergestellt von der Firma Merten in Berlin. Im Dorf Springsten war einst das Zuhause des Großvaters. Viel ist davon nicht mehr geblieben. Aber zur Freude der beiden grüßte ein Storch vom Haus des ehemaligen Anwesens. Das Flüsschen Kruttinna hat von seinem Zauber nichts verloren. Joachim nutzte den kurzen Aufenthalt zu einem erfrischenden Bad im kristallklaren Wasser. „Störche, Reiher und Kraniche – dazu die Seen, Wolken und Stille waren unsere ständigen Begleiter. Wir saugten alles selig in uns hinein, wir Stadtmenschen“, so die beiden voller Begeisterung. In ihrem Reisebericht mit Lichtbildern unter der Überschrift „Mit Joachim in Masuren“ erzählte Bärbel Heiler auch vom Schloss der Lehndorff's in Steinort, das unter dem Dach einer deutsch-polnischen Stiftung wieder hergestellt werden soll, von Nikolaiken, wo man die Sage vom Stinthengst mit seinen magischen Kräften erzählt, und dem Aufenthalt auf der Frischen Nehrung in Kahlberg, bei dem der erlebte Sonnenuntergang noch lange nachwirken wird. Heide nahmen Abschied von der Reise mit „Auf Wiedersehen, du mein schönes Heimatland!“

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeigen



Nach einem tapferen Leben ist unsere geliebte Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Gertrud Jakobeit

geb. Bitter

* 28. 1. 1916 Königsberg † 30. 12. 2010 Büsum

in die geistige Heimat zurückgekehrt.

Familie Gerhard Jakobeit, USA
Familie Guenter Jakobeit, Bayern
Christina Kaiser und Johannes, Storkow/Berlin

Traueranschrift: G. Jakobeit, Dithmarscher Str. 2, 25761 Büsum

Die Trauerfeier zur Einäscherung fand am Freitag, dem 7. Januar 2011, um 13.00 Uhr in der Friedhofskapelle zu Büsum statt.

Statt freundlich zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende zugunsten des Kirchenmusikvereins St. Clemens Büsum: Konto-Nr. 85 004 832, Sparkasse Westholstein BLZ 222 500 20.

Sie war so gern auf Wanderschaft,
doch noch lieber war ihr die Heimkehr.
Die letzten Schritte waren sehr schwer,
aber jetzt ist sie endlich ankommen.
Unser Hildchen, Tante Hilde,
das Cousinchen, Fräulein Junga
ist daheim.

Hildegard Junga

* 4. 4. 1928 in Kukukswalde
† 11. 12. 2010 in Leichlingen

Du bist in unseren Herzen!
Familie Piasetzki mit Helmut, Heide, Ute,
Jörg, Sandra, Robin, Achim, Lydia, Marina, Nicole

Wir haben sie in aller Stille verabschiedet. Ihre letzte Ruhe findet sie unter einer alten Buche des Leichlinger Kommunalfriedhofs.

Gekämpft, gehofft und doch verloren.

Nach langer schwerer Krankheit haben wir in aller Stille im engsten Familienkreis von meinem lieben Mann, unserem lieben Vater und Schwiegervater, Opa und Uropa

Hans Skubich

* 2. 9. 1924 Borschimmen † 23. 12. 2010 Eutin

Abschied genommen.

Irene Skubich, geb. Mörer
Kinder, Enkel und Urenkel

23717 Kasseedorf-Sagau, Schmützberg 99

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Fahrt der Landesgruppe zum Deutschlandtreffen der LO am 28./29. Mai 2011 in Erfurt. Ebenso wie zum letzten Deutschlandtreffen organisiert die Landesgruppe eine Fahrt für Mitglieder und Freunde zum Treffen nach Erfurt. Die derzeitigen Planungen sehen eine zwei-, drei- oder viertägige Fahrt vor. Zum Programm der viertägigen Fahrt gehören eine Fahrt nach Gotha und eine Führung durch die Innenstadt von Erfurt. Die dreitägige Fahrt bietet ein kleines Kulturprogramm. Die zweitägige Fahrt geht ausschließlich zum Deutschlandtreffen in Erfurt. Auskünfte erteilen die einzelnen Bezirksvorsitzenden oder der Vorsitzende der Gruppe Buxtehude, Wolfgang Weyer, Vaßmerstraße 28, 21614 Buxtehude, Telefon (04161) 3406.

Braunschweig – Mittwoch, 26. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee: Filmvortrag über Ostpreußen.

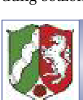
Vom 28. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Abfahrt am 28. Mai, 7 Uhr ab Braunschweig. Rückankunft am 29. Mai, zirka 20.30 Uhr in Braunschweig. Preis pro Person 129 Euro, Einzelzimmerzuschlag 18 Euro. Eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel „Elxleben“. Weitere Informationen und Anmeldung bei Horst Neumann, Telefon (0531)338640. Es sind noch Plätze frei.

Göttingen – Sonnabend, 22. Januar, 15 Uhr, Filmvorführung „Sommer in Ostpreußen“ im Gasthaus „Zur Linde“ in Göttingen-Geismar.

Die Gruppe Göttingen fährt auch dieses Jahr vom 28. bis 29. Mai 2011 nach Erfurt zum Ostpreußentreffen. Neben der Übernachtung in einem Hotel in Erfurt wird es auch eine Stadtführung durch Erfurt geben. Da nur noch wenige Zimmer zur Verfügung stehen, schnellstmöglich, spätestens zum 31. Januar 2011 anmelden! Nähere Informationen erteilt Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551)636 75, Fax (0551)633 7133.

Osnabrück – Freitag, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 27. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Nichtmitglieder beziehungsweise Gäste können sich für weiterführender Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen sowie zu der landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gern mit Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071 oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 in Verbindung setzen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonnabend, 22. Januar, 15 Uhr, „Schabberstunde“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 27. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis, Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Nachruf! Innerhalb von zwei Wochen hat die Gruppe zwei langjährige Vorstandsmitglieder durch Tod verloren. **Gerda Radecke** war über 30 Jahre Schriftführerin, die unter allen drei bisherigen Vorsitzenden diese Tätigkeit zu aller Zufriedenheit ausgeführt hat. Jeglicher Schriftverkehr lief über die in Königsberg Geborene. Sie war eine große Stütze im geschäftsführenden Vorstand und Mitglied seit 1953. Bei der Trauerfeier in der Friedhofshalle in Bonn-Beul wurde ihrer in besonderer Weise durch Manfred Ruhnau gedacht. – **Alma Reipert** war über viele Jahre die Kulturwartin der Gruppe, die an keiner Zusammenkunft der Bonner Ostpreußen gefehlt hat. In den zurückliegenden Jahren hat sie bei vielen Veranstaltungen ihren Beitrag geleistet. Erinnert sei an die großen „Winterfeste“ im Bonner Bundeshaus-Restaurant, später im Beueler Brücken Forum. Ohne ihre Vorträge lief nichts. Ihre mundartlichen Beiträge durften bei den „Tag der Heimat“ auf dem Bonner Marktplatz und später auf dem Bonner Münsterplatz nicht fehlen. Mit beiden Personen verlieren die Bonner Ostpreußen ein Stück ihrer Kreisgruppe, die lange die Geschicke der Bonner Ostpreußen Familie mitgeprägt haben. Bei der Trauerfeier fand Manfred Ruhnau auch dort das passende Wort und würdigte ihre Leistungen für die Bonner Kreisgruppe. Beiden wird ein ehrendes Gedenken bewahrt werden.

Düren – Freitag, 21. Januar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im HDO zu einem Heimatabend der Kreisgruppe.

Düsseldorf – Freitag, 14. Januar, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Dienstag, 18. Januar, 19.15 Uhr, Buchvorstellung mit Diskussion mit Anne-Ev Ustorf „1945 und immer noch kein Ende – Kriegskinder, Kriegsenkel, Kriegstrauma“, Konferenzraum, GHH. – Mittwoch, 26. Januar, 19.15 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Hans Hecker „Von Katharina der Großen bis zum Ersten Weltkrieg (1763–1914); Geschichten der Russlanddeutschen (Teil I), Konferenzraum, GHH. Donnerstag, 27. Januar und Freitag, 28. Januar, 11 Uhr, Film „ostPunk. Too much Future“, GHH, Eichendorff-Saal.

Ennepetal – Donnerstag, 20. Januar, 18 Uhr, Monatsversammlung in der Heimatstube mit kleinem Imbiss.

Essen – Freitag, 21. Januar, 15.00 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte „Stern Quelle“, Schäferstraße 17, 45127 Essen. Informationen über Bernhard Kehren, Telefon (0201) 626271, oder Julius Wermter, Telefon (0201) 9599877.

Gütersloh – Montag, 17. Januar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343. – Montag, 24. Januar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343.

Freitag, 4. Februar, 17.30 Uhr, im großen Saal des Brauhauses. Auf dem Speiseplan steht Eisbein oder Kassler jeweils mit Sauerkraut, dazu Kartoffelpüree oder Bratkartoffeln. In diesem Jahr ohne Live-Musik, stattdessen kommt die Musik „vom Band“. Lediglich Kosten für das Essen, also 12 Euro pro Person. Eine Anmeldung ist bis spätestens 31. Januar erforderlich bei Marianne Bartnik, Telefon 05241/29211 oder Josef Block, Telefon 34841.

Haltern – Sonntag, 16. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte „Kolpingtreff“ zur Jahreshauptversammlung, verbunden mit einem Abendessen.

Leverkusen – Die Gruppe fährt vom 26. bis 30. Mai zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. 1. Tag: Anreise über Eisenach – mit Führung in der Wartburg – nach Erfurt. Vier Übernachtungen im vier-Sterne-Hotel Radisson Blu im Zentrum von Erfurt. 2. Tag: Vormittags Stadtführung in Erfurt, nachmittags Zeit zur freien Verfügung. 3. und 4. Tag: tag zur freien Verfügung oder morgens Bustransfer zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen auf dem Erfurter Messegelände und abends zurück. 5. Tag: Fahrt nach Weimar mit Stadtführung, anschließend Rückreise. Im Reisepreis enthaltene Leistungen: Zubringerservice ab/bis Haustür, auf Wunsch mit kostenlosen Gepäckservice; Fahrt im modernen Nichtraucher-Reisebus; Begrüßungsgetränk; vier Übernachtungen im Hotel; Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, TV, Telefon; viermal Frühstücksbuffet; Besuch der Wartburg in Eisenach (inklusive Eintrittskarte und Führung); Stadtführung in Erfurt und Weimar; Sonnabend und Sonntag Bustransfer (hin und zurück) zum Deutschlandtreffen; Reiseprogramm wie beschrieben; Reiseziel-Informationen. Reisepreis pro Person im DZ 400 Euro, EZ-Zuschlag 82 Euro. Nähere Informationen bei Sigisbert Nitsche, Telefon (02171) 30635, Mobil (0170) 2612435.

Neuss – Sonnabend, 22. Januar, 16 Uhr, ökumenischer Gottesdienst der Gruppe in der Quirinus-Basilika, Markt, Neuss. Eine Gemeinschaft bildet im besten Sinne eine Gruppe von Menschen, die in der Gemeinsamkeit des Fühlens, Strebens und Urteilens verbunden ist. Gemeinschaft dokumentiert und schafft einen Zusammenhang zwischen den Menschen. Gemeinsam feiern die Mitglieder der Landsmannschaften der Ostpreußen, der Pommern, der Schlesier, der Sudetendeutschen, der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion und der Kreisgemeinschaft Rößel einen ökumenischen Gottesdienst in der Basilika St. Quirinus. Die Ortsverbände wurden vor sechs Jahrzehnten gegründet und vertreten seither, jeder für sich, die aus den deutschen Ostgebieten durch Flucht und Vertreibung nach Neuss gekommenen Deutschen. Gemeinsam wollen die Landsmannschaften und die Kreisgemeinschaft zusammen mit den Neusser Bürgern und allen Christen diesen Gottesdienst feiern. Es sind alle herzlich eingeladen. Zusammen gestaltet der Oberpfarrer an der St. Quirinus-Basilika in Neuss, Monsignore Guido Assmann, mit der Pfarrerin Dr. Ilka Werner diesen ökumenischen Gottesdienst. Die über dem Treffen stehende Gemeinsamkeit: Mit Gott in Verbindung zu treten.

Witten – Montag, 17. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Aktuelles: Umzug zur evangelisch-lutherischen Kreuzgemeinde.

Wuppertal – Sonntag, 16. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Neumarkt 2, Wuppertal-Elberfeld, Grützwurstessen, bitte Besteck mitbringen!

Kaiserslautern – Sonnabend, 22. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20. Heimatnachmittag der Kreisgruppe.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 15. Januar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in der „Mundus Residenz“, Große Bleiche 44, Mainz. Tagesordnung: Begrüßung, Totenehrung, Bericht des Ersten Vorsitzenden, Bericht der Kassenführung, Bericht der Kassenprüfer, Bericht der Frauenreferentin, Verschiedenes. Anschließend närrischer Heimatnachmittag mir Kreppelkaffee. – Donnerstag, 20. Januar, 15 Uhr, heimatliche Kaffeestunde der Frauengruppe im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 21. Januar, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Freitag, 28. Januar, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 22. Januar, 18 Uhr, Matjesessen. Traditionelles Matjesessen mit Pellkartoffeln im Restaurant „Bürgerstübel“, Freiherr-vom Stein-Straße 34 in Mußbach. Auch andere Speisen erhältlich. Verbindliche Anmeldung bitte bis zum 15. Januar bei Manfred Schusziara, Telefon 06321-13368.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Mittwoch, 19. Januar, 14 Uhr, Begegnungsstätte, Clausstraße 27, Treffen der Gruppe, Thema: Kalender.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Dienstag, 18. Januar, 16.30 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße, Vorstandssitzung: Vorbereitung 20 Jahre Gruppe Magdeburg. – Freitag, 21. Januar, 15 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße, Singproben des Singekreises bei TUS. – Sonntag, 23. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße. – Freitag, 28. Januar, 15 Uhr, Singproben des Singkreises im TuS.

Stendal – Endgültig letzte achttägige Busfahrt der Gruppe vom 9. bis 16. Juli 2011 nach Ostpreußen / Masuren. Thorn (Stadtbesichtigung), Hohenstein bei Allenstein, Besichtigung des ethnographischen Freilichtmuseums, Sensburg. Von dort geht es zur barocken Wallfahrtskirche Heilige Linde, Stakkenfahrt auf der Kruttinna, Schiffsfahrt auf dem Spirdingsee, Nikolaiken, Johannisburger Heide, Rastenburg (eventuell Wolfsschanze) nach Lötzen, Kaffeetrinken bei Christel in Sadry, Osterode, Allenstein (Stadtbesichtigung, eventuell Planetarium und Sternwarte), Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal, Fahrt nach Mohrungen (Stadtbesichtigung), Heimweg über Elbing, Danzig (kurze Altstadtbesichtigung), Stolp (Foto-stopp), Kolberg. Von dort am nächsten Tag Abreise Richtung des polnisch/deutschen Grenzübergangs nach Tangermünde. Die Fahrt kostet 596 Euro bei voller Busbelegung, ansonsten steigen die Kosten. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Lange, Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Malente – Donnerstag, 27. Januar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung im Gasthaus Neue Börse, Lindenallee, Bad Malente-Gremsmühlen. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Jahresbericht des Vorsitzenden, Kassenbericht, Bericht des Kassenprüfers, Entlastung des Vorstandes, Anfragen und Verschiedenes. Anschließend geselliges Beisammensein bei Kaffee und Kuchen.

Flensburg – Freitag, 21. Januar, 15 Uhr, Restaurant Treffpunkt Mürwik, Kielseng 30, Flensburg, gemütliche Kaffeerunde, danach Vortrag „Sie gingen als Freunde, Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland!“. Vortragender: Kapitänleutnant a.D.d.R., Dolmetscheroffizier für die russische und polnische Sprache, Bernhard Mroß.

Mölln – Mittwoch, 26. Januar, 15 Uhr, Quellenhof Mölln, Film über Königin Luise. Darin wirken viele bekannte Schauspieler mit: Dieter Borsche als König von Preußen, René Deltgen als Napoleon und Bernhard Wickie als Zar von Russland. Die Titelrolle spielt Ruth Leuwerick. Dieser Film wird sicher auf großes Interesse stoßen. Die Landsmannschaft lädt zu der Veranstaltung auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich ein und würde sich über einen zahlreichen Besuch freuen.

Pinneberg – Sonnabend, 22. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum DVD-Filmvortrag über Ostpreußen, 1. Teil. Nähere Informationen erteilen Frau Schmidt unter Telefon 62667 oder Frau Kieselbach unter Telefon 73473.

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 29. Januar, 15 Uhr, Arbeitstagung in Kasseedorf.

Schwarzenbek – Mittwoch, 19. Januar, 14.30 Uhr, Schröders Hotel, Filmvortrag mit Aufnahmen vom „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen in Berlin, September 2010. Mit Redebeiträgen u.a. von Erika Steinbach. Der Eintritt ist frei. Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis. Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Einladung zur 53. heimatpolitischen Tagung am 26./27. Februar 2011 in Rotenburg (Wümme) – Auf den jährlich oder alle zwei Jahre stattfindenden Kreis- beziehungsweise Dorftreffen besteht meistens wenig Gelegenheit, sich mit der Geschichte und Kultur unserer Heimat auseinanderzusetzen oder Themen der Zeit zu diskutieren. Friedrich-Karl Milthaler hat deshalb vor über einem halben Jahrhundert diese Veranstaltungsreihe für die ostpreußischen Heimatkreisgemeinschaften ins Leben gerufen. Auch in diesem Jahr laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) und die Kreisgemeinschaft Angerburg gesichtlich und kulturell interessierte Ostpreußen und deren Nachkommen sowie Freunde unserer Heimat zu unserer diesjährigen Tagung am 26./27. Februar 2011 in Rotenburg (Wümme) ganz herzlich ein. Erstmalig wird diese Veranstaltung in der Theodor-Heuß-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium) in Rotenburg (Wümme) stattfinden. Für diese Veranstaltung konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden. Am 26. Februar 2011 ist den Mensa der Schule ab 14 Uhr geöffnet und im Angebot sind insbesondere Kaffee/Tee und Kuchen. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer in der Aula der Schule um 15 Uhr wird Dr. Walter T. Rix über das Thema „Ostpreußen im Spannungsfeld der politischen Mächte“ sprechen. Nach einer kurzen Pause hören wir den Vortrag von Edmund Ferner „Aufgaben und Ziele unserer ostdeutschen Kulturarbeit bis 2012 und darüber hinaus“. Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) lassen wir den ersten Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 27. Februar, 9.30 Uhr, wird die Tagung mit einem Vortrag von Dr. Bärbel Beutner zur „Charta der Vertriebenen“ fortgesetzt und gegen 12 Uhr mit dem Gesang des Ostpreußenliedes beendet sein. Eine gute Gelegenheit, sich in angenehmer Atmosphäre zu informieren und verschiedene Sichtweisen kennenzulernen. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis für 24 Euro pro Person einschließlich Dessert und eventuell Übernachtungswünsche, werden bis zum 17. Februar 2011 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Wahl der Mitglieder des Kreistages

In diesem Jahr endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft. Die satzungsgemäße Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens, das diesmal im Rahmen des Deutschlandtreffens der Ostpreußen in Erfurt stattfindet, am Sonnabend, 28. Mai 2011, um 9 Uhr im Evangelischen Augustinerkloster, Augustinerstr. 10, 99084 Erfurt.

Laut § 1 unserer Wahlordnung werden 25 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele/Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdauen – sechs Vertreter, Nordenburg – vier Vertreter, Assaunen – zwei Vertreter, Friedenberg – ein Vertreter, Groß Schönau – ein Vertreter, Karpowen (Karpauen) – ein Vertreter, Klein Gnie – zwei Vertreter, Laggarben – ein Vertreter, Löwenstein – ein Vertreter, Molthainen – ein Vertreter, Momehnen – ein Vertreter, Muldszen (Mulden) – zwei Vertreter, GIRDAWE – zwei Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß § 2 Absatz 1 unserer Satzung, die am Wahltag (28.05.2011) das 18. Lebensjahr vollendet haben.

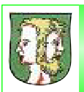
Laut § 5 Wahlordnung schlägt der Vorstand folgende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hans Eckart Meyer, Brigitte Prang, Lothar Scharnowski, Brigitte Trennepohl; Kirchspiel Nordenburg: Doris Biewald, Brigitte Havertz-Krüger, Walter Mogk, Margitta Romagno; Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher, Dr. Jürgen Wokulat; Kirchspiel Friedenberg: Klaus-Dietrich Rahn; Kirchspiel Groß Schönau: Karin Leon; Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick, Ilse-Annemarie Bannick; Kirchspiel Laggarben: Gertrud Holtermann; Kirchspiel Löwenstein: Anita Laube; Kirchspiel Molthainen: Wolfgang Mischor; Kirchspiel Momehnen: Heidrun Walter; Kirchspiel Muldszen (Mulden): Anita Motzkus; Abteilung GIRDAWE: Klaus Christeleit, Wolfgang Gay.

Für die Kirchspiele Gerdauen und Muldszen (Mulden) ist jeweils noch eine Vertreterposition frei, ebenso für das Kirchspiel Karpowen (Karpauen).

Ein Wahlvorschlag des Vorstandes für diese offenen Positionen liegt nicht vor.

Alle Mitglieder werden hiermit aufgefordert, weitere Wahlvorschläge - insbesondere für diejenigen Kirchspiele, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen – bis spätestens 28. März 2011 bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Frau Ingrid Kalipke, Buchenweg 22, 47447 Moers, einzureichen. Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen a) Vor- und Zuname, Geburtsdatum, b) Heimat- bzw. Geburtsort und c) die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Die komplette Wahlordnung können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St.Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Mittlere Generation – Der Arbeitskreis „Mittlere Generation“ trifft sich wieder am 19. und 20. Februar im Ostheim in Bad Pyrmont. Jede Lyckerin jeder Lykker, Jahrgang 1946 und jünger, ist herzlich eingeladen. Die Fahrtkosten werden erstattet. Der Vollpensionspreis beträgt im Doppelzimmer 47 Euro, im Einzelzimmer 53 Euro, dazu wird ein Zuschuss in Höhe von 35 Euro gezahlt. Also für jeden erschwinglich. Anmeldungen nimmt Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797, entgegen. Die Mitglieder des Kreisausschusses werden an dem Treffen teilnehmen.

Regionaltreffen Nord – Es wird jetzt schon darauf hingewiesen, dass das Regionaltreffen Nord der Lycker am 17. April 2011 im Hotel Hanseatischer Hof, Wisbystraße 7-9, in Lübeck stattfindet. Kreisvertreter Gerd Bandilla wird anwesend sein.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: (komm.) Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Herzog-Albrecht-Schule – In diesem Jahr wollen wir uns in Bad Frankenhausen treffen. Im Hotel Thüringer Hof sind Zimmer reserviert zum Preis von 55 Euro/Nacht im DZ und 30 Euro/Nacht im EZ. Der geplante Zeitraum für das Schultreffen ist der 22. bis 25. August. Frankenhausen liegt am Fuße des Kyffhäuser. Hier befindet sich das Panorama-Museum mit dem 123 Meter langen Gemälde über den Bauernkrieg von 1525. Es wurde von Werner Tübke gemalt und gehört zu den größten Tafelbildern der Welt. Bewundernswert ist auch die Oberkirche mit 4,25 Meter außer Lot sowie das Schloss. Rückfragen bitte an Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Ein gesegnetes Neues Jahr wünscht die Kreisgemeinschaft – Zum Bundestreffen der Ostpreußen fährt ein Bus von Braunschweig und Hannover, Zustieg in Hildesheim und Göttingen nach Thüringen. Zwei Ü/HP im „Linderhof“. Geführte Rundfahrt Thüringer Wald und geführter Altstadtrundgang in Erfurt. Auskunft erteil Eva Lüders, Telefon (04342) 5335.

Ostpreußenreisen 2011. Zwei Reisen führen uns wieder nach Ostpreußen – Die erste Reise vom 19. bis 28. Juni 2011 – Reiseleiter Klaus-Dieter Metschulat, Telefon (02166) 340029. Die zweite Reise (eine Schiffs- und Busreise) vom 30. Juli bis 7. August 2011 – Reiseleitung hat Eva Lüders, Telefon (04242) 5335.

Erste Reise – Die erste Reise (19. bis 28. Juni) dauert zehn Tage und führt uns in das Königsberger Gebiet und auf die Kurische Nehrung nach Nidden. Es erwartet Sie ein umfangreiches Programm voller Sehenswürdigkeiten und Naturlandschaften. Die erlebnisreiche Reise beginnt in Mönchengladbach-Rheydt und führt über Neuss, Bochum, Hannover und Berlin zur Hotelübernachtung nach Schneidemühl. Weitere Zusteigmöglichkeiten sind an den Raststätten entlang der Autobahn möglich. Am 2. Tag geht die Reiseroute über Marienburg, Elbing zum Grenzübergang Braunsberg/Heiligenbeil in das Königsberger Gebiet und weiter bis Tilsit-Ragnit. Wir werden uns dort in dem neuzeitlich restaurierten Hotel Rossia einquartieren oder falls gewünscht, in Ragnit im Hotel Kronus. Am nächsten Tag haben Sie Gelegenheit, ihre Heimatdörfer aufzusuchen. Taxen können vermittelt werden. Alternativ bieten wir einen Tagesausflug an. Vorgesehen ist eine Stadtbesichtigung des Pferdegestüts Georgenburg, Stadtrundfahrt durch Insterburg, dann weiter nach Gumbinnen (Salzburger Kirche), Rückfahrt über Pillkallen (Schloßberg). Am 4. Tag fahren wir über die Luisenbrücke ins Memelland und über Heydekrug nach Memel. Im Anschluss einer Stadtführung setzen wir mit einer Fähre auf die Kurische Nehrung über und fahren zu unserem Hotel nach Nidden. Der zweitägige Aufenthalt hier, inmitten einer überwältigenden Dünenlandschaft ist einer der Höhepunkte der Reise. Wir werden die höchste Wanderdüne Europas kennenlernen, werden zu Fuß durch das wundervolle Nidden gehen und dabei so manches Wunderbare und Einzigartige entdekken. Geplant sind auch eine Schiffsfahrt auf dem Kurischen Haff und ein Ausflug nach Schwarzort zum berühmten „Hexenberg“ mit seinen mächtigen Holzskulpturen aus der litauischen Märchen- und Sagenwelt. Am Abend können wir mit den Einheimischen die stimmungsvolle Johannisnacht feiern. Der nächste Tag steht jedem frei zur Verfügung, sie haben nun die Gelegenheit am Ostseestrand Bernstein zu suchen, durch die Kiefernwälder zu wandern oder mit dem Fahrrad die Umgebung zu erkunden. Am 7. Tag beginnt die Rükkreise, sie führt und zur Übernachtung nach Königsberg. Zunächst aber werden wir die Vogelwarte Rossitten besichtigen und zum beliebten Ostseebad Rauschen und weiter nach Palmnicken (Bernsteintagebau) fahren. Am nächsten Morgen unternehmen wir eine Stadtrundfahrt (mit Dombesichtigung) durch Königsberg. Der 8. Tag bringt uns nach Danzig. Unterwegs in Frauenburg ist, wenn es die Zeit erlaubt, eine Führung durch die Domanlage vorgesehen. Am nächsten Morgen gibt es dann eine Führung durch Danzig. Im Anschluss fahren wir zur Übernachtung nach Stettin. Am 10. Tag geht es wieder heimwärts.

Zweite Reise – Die zweite Reise (30. Juli bis 7. August) beinhaltet: Busfahrt ab Hannover, Schiffsreise ab Rostock nach Gdingen (eine Übernachtung an Bord)m Führung durch die sehenswerte Altstadt von Danzig, drei Übernachtungen in Ragnit, geführte Rundfahrten durch den Kreis Tilsit-Ragnit und Tilsit, zwei Übernachtungen in Rauschen an der Samlandküste, Stadtführungen in Königsberg, Besuch von Palmnicken, Tagesausflug auf die Kurische Nehrung, Besuch der Vogelwarte Rossitten und Schiffsfahrt über das Frische Haff nach Kahlberg, eine Übernachtung in Danzig. Die letzte Übernachtung in einem pommerschen Schlosshotel in der Nähe von Köslin. Auskunft erteilt Eva Lüders, Telefon (04342) 5335.

Seelenmeyer in Lüneburg

Der Bildhauer wurde 1918 in Elbing geboren. Klaus Seelenmeyer verschaffte sich durch die intensive Ausdrucksweise seiner Plastiken, Gemälde und Grafiken Aufmerksamkeit. Nach schwerer Kriegsverwundung erhielt er ab 1941 seine künstlerische Ausbildung an der Königsberger Kunstakademie bei Hans Wissel. Die Flucht führte Sellenmeyer zunächst ins oberbayerische Grainau, ab 1949 war er mit seiner Familie in Lüneburg ansässig. Hier bezog er 1953 Arbeitsräume an der neu errichteten Ostdeutschen Akademie und wirkte dort als Dozent bis 1956. Anschließend war er lange Kunstpädagoge am Gymnasium Johanneum. Später wohnte er im Landkreis Lüneburg. Bis zuletzt verstand sich Seelenmeyer als Ostpreuße, seine Werke signierte er entsprechend.

Vom 22. Januar bis 3. April 2011 ist dem Künstler im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg eine Ausstellung gewidmet. Eröffnung ist am Freitag, 21. Januar um 19 Uhr. Eine Sonderführung mit Kurator Dr. Jörn Barfod findet am 1. Februar um 14.30 Uhr statt. *PAZ*

Seminare der LO

11.-13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

11.-13.April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

15.-17. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont

01.-08. Mai: Werkwoche in Ostpreußen in Allenstein

28.-29. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt

10.-13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.-25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.-16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

28.-30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

05.-06. November: OLV in Bad Pyrmont

07.-11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Turbulente Zeiten

Ausstellung in Münster erinnert an die Volksabstimmung 1920



Abstimmungsergebnis: Westpreußische Kreise verbleiben bei Deutschland. Bild: Archiv

Im Jahr 2010 jährte sich zum 90. Mal die Volksabstimmung vom 20. Juli 1920 in Ost- und Westpreußen. Diesem historischen Ereignis widmet das Westpreußische Landesmuseum in Zusammenarbeit mit dem Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen eine interessante Dokumentarschau. Bis zum 3. April 2011 ist im Drostenhof zu Münster-Wolbeck die turbulente Zeit der Jahre 1919/20 in Ost- und Westpreußen nachzuvollziehen.

Vielfältige und zum Teil auch weniger bekannte Facetten rund um das Plebiszit werden anhand von bebilderten Informationstafeln und Originalexponaten dargestellt. Zu den ausgestellten seltenen Münzen und Medaillen gehört u. a. auch ein kleines silbernes Exemplar des bekannten Medailleurs Karl Goetz (1875 - 1952), das an den Kriegsausbruch und den Versailler Vertrag erinnert. Nicht zu übersehen ist der Entwurf für das 1922 vom Bildhauer Victor Seifert errichtete bronzene Denkmal vor der Marienburg, das der Volksabstimmung in Westpreußen gewidmet ist.

Wer die Ausstellung besichtigt, bekommt auch ausführliche Hintergrundinformationen zum Ersten Weltkrieg, der als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts dargestellt wird. Die damaligen Friedensbeschlüsse veränderten die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Europas derart radikal, dass die Folgen bis heute spürbar sind.

Originale neben seltenen Münzen und Medaillen

Der wichtigste Vertrag der sogenannten „Pariser Vorortverträge“, die den Ersten Weltkrieg völkerrechtlich beendeten, war der Versailler Vertrag, der aus 15 Teilen und 440 Artikeln besteht. Unter anderem wurden im Versailler Vertrag die Grenzen des Deutschen Reiches neu festgelegt. Bekanntlich musste Deutschland zahlreiche Gebiete abtreten.

In einigen Regionen waren Volksabstimmungen über die weitere Zugehörigkeit des Gebietes vorgesehen, darunter auch in Ost- und Westpreußen. Ein Meilenstein in der Geschichte ist der 11. Juli 1920, als in den westpreußischen Kreisen Marienburg, Marienwerder, Rosenberg und Stuhm eine Volksabstimmung durchgeführt wurde. 92 Prozent der Bevölkerung sprachen sich für den Verbleib bei Deutschland aus. Das Ergebnis des zeitgleich durchgeführten Plebiszits im südlichen Ostpreußen betrug sogar 98 Prozent. Die vier genannten westpreußischen Kreise bildeten gemeinsam mit den Kreisen Elbing-Stadt und Land nach der Teilung der Provinz Westpreußen seit dem 1. Juli 1922 den Regierungsbezirk Westpreußen in der Provinz Ostpreußen. *D.G.*

Ziegel aus Lasdehnen

Aufzeichnungen erinnern an einen alten Familienbetrieb

Nachdem am Ortsrand von Langenfelde, Kreis Schlossberg, heute Belkino im Rayon Krasnoznamensk in der Kaliningradskaja Oblas, unter russischer Leitung eine neue moderne Ziegelei entstanden ist, soll ein Blick auf die Ziegelei, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Lasdehnen/Haselberg im Kreis Pillkallen/Schlossberg, heute Krasnoznamensk im gleichnamigen Rayon, bestanden hat, erinnern.

Ausgangspunkt für die Erinnerungen sind handschriftliche Aufzeichnungen von Eva Danielczick, der jüngsten Tochter des damaligen Ziegelei- und Gutsbesitzers Wilhelm Danielczick, Familienunterlagen, Erinnerungen des Enkels Konrad Murr und Hinweise von alten Haselbergern.

Die Ziegelei, ein ursprünglich veralteter Betrieb, erbaut 1900, wurde von Wilhelm Danielczick 1905 erworben, nachdem er sich von Königsberg aus in der damaligen Provinz Ostpreußen nach einem geeigneten Objekt umgesehen hatte. Ausschlaggebend für die Wahl der Ziegelei in Lasdehnen war nicht zuletzt, dass die Ziegelei mit einem Gutsbetrieb von zirka 500 Morgen verbunden war. Die Großeltern wollten ein Industriegut erwerben, um möglichst krisenfest zu sein. „Gebaut wird immer“, war die Devise des Firmeninhabers. Das galt besonders für die verstärkte Bautätigkeit nach den Zerstörungen des Ersten Weltkrieges.

»Gebaut wird immer« – Krisenfestes Unternehmen

Der Lehm wurde vom eigenen Acker abgebaut. Große Teile Land wurden dazu gepachtet. Die Ziegelei wurde von Grund auf modernisiert. Es entstanden große Gebäude. Auf einem neuen Schornstein, so erinnert sich der Haselberger Gerhard Schmidt, habe er einen Trompeter gesehen, der dort sein Instrument erklingen ließ. Ein Aufzug zog die Loren von der Abbaustelle in der Lehmgrube in das erste Stockwerk des Ziegelgebäudes, wo das Rohmaterial in die Maschine geschüttet wurde. Durch den Einsatz der Dampfmaschine wurde es möglich, Ziegelsteine fabrikmäßig herzustellen. Wesentlich war die Erfindung der Strangpresse, bei der ein schneckenartiges Gewinde den Lehm durch ein rechteckiges Mundstück presst, während ein Abscheider, ein gespannter Draht, gleichgroße Längen abtrennt.

800 000 Ziegelsteine jährlich nach dem Ersten Weltkrieg

Die Produktion betrug nach dem Ersten Weltkrieg 1919 nach Angaben des Ostpreußischen Arbeitgeber-Bezirksverbandes für das Baugewerbe zu Königsberg Pr. 800 000 Ziegelsteine und 125 000 Dachsteine jährlich. Die Ziegelei gehörte somit im Kreis Pillkallen zu einer Ziegelei mittlerer Größe. Da viele Bauern die bestellten Ziegel nicht selbst abfahren konnten, verfügte das Industriegebiet zum Abfahren der Ziegel über mehr Gespanne, als für die Landwirtschaft gebraucht wurden. Einem unzufriedenen Kunden, so erzählt eine Anekdote im Familienkreis, habe Wilhelm Danielczick geantwortet: „Meine Ziegel können Sie vom Kirchturm hinunterwerfen. Sie gehen nicht kaputt.“

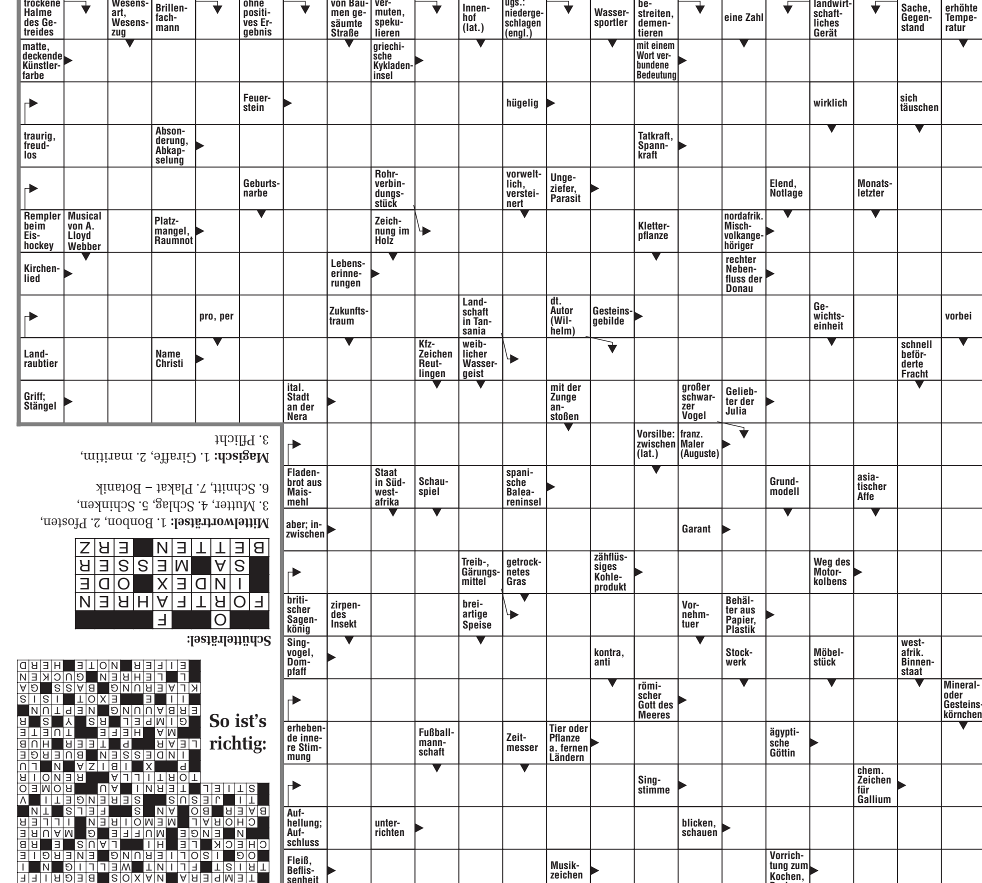
Wie die Bezahlung der Leute vor sich ging, schildert Eva Danielczick. „Auf dem Ziegeleigelände hatten wir ein kleines Bürohaus. Da war ein Schalter, die Leute wurden namentlich aufgerufen. Vater saß am Fenster, der Ziegelmeister neben ihm und vor sich auf dem Tisch war das Geld ausgebreitet, die Markstücke und Pfennige säuberlich gestapelt und dann wurde für jeden sein Verdienst abgezählt.“

Werner Radtke, ein früherer Mitarbeiter, erinnert sich, dass vor ihm bereits sein Großvater, sein Vater und seine Mutter in der Ziegelei gearbeitet haben. Zur Erntezeit ruhte die Ziegelei für einen Tag. Zur Ziegelei gehöre auch eine kleine Zementwarenfabrikation. Später wurde Sohn Werner für die Ziegelei verantwortlich. Der Betrieb wurde im Oktober 1940 stillgelegt, weil Werner Danielczick zum Heeresdienst eingezogen wurde.

Die Ziegelei war bis 1948 unter russischer Regie in Betrieb. Allerdings verzögerte sich die Produktionsaufnahme vom November 1946 bis Juli 1947 wegen der schwierigen Beschaffung von Heizmaterial aus Tilsit. Denn es fehlten Transportmöglichkeiten.

Eine zweite Ziegelei im Rayon Krasnoznamensk war im März 1947 in Trappen/Nemanskoe betriebsbereit. Die zerstörte Ziegelei in Pillkallen, Schlossberg (Dobrowolsk) wurde nicht wieder aufgebaut. Alle Gebäude der Ziegelei Danielczick in Lasdehnen wurden später mit Ausnahmen des kleinen Verwaltungsgebäudes abgetragen. Die Häuser dienten der notleidenden neuen Bevölkerung als Steinbruch zur Gewinnung des dringend benötigten Baumaterials. Die Ziegeleimaschinen seien nach Litauen verkauft worden, wie eine russische Einwohnerin von Krasnoznamensk auf unsere Frage berichtete. Die einstige Ziegelei besteht nur noch in der Erinnerung. Das Ziegeleigelände zeigt heute keinerlei Spuren der einstigen Betriebsamkeit.

Konrad Murr



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

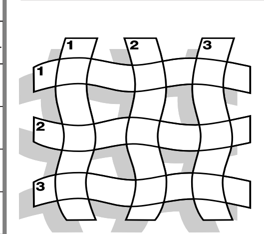
AEFFH NORRT	EIOS		ANORT	EEFM		AEFNX	EORS	DEER	ENRZ
DEINX						DEO			
BEEN TT			EEMR SS						
						ERZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung die Bezeichnung für die Lehre und Wissenschaft von Pflanzen.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	KARAMELL		FARBEN
2	TOR		SCHUSS
3	GROSS		TAG
4	BLITZ		SAHNE
5	BIER		WURST
6	DURCH		MUSTER
7	FILM		WAND

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 langhalsiges Tier
2 das Meer betreffend
3 Anforderung, Obliegenheit

Ausgerechnet Ostpreußen

Eine Bayerin machte ihr Landschulpraktikum im Kreis Gumbinnen – überall wurde sie freundlich aufgenommen

Stammtische können eine gute Einrichtung sein: Alle vier Wochen treffen sich die im Raum Wiesbaden ansässigen ehemaligen Hufen-Schüler von Königsberg zu einem meist vergnüglichen Plaudernachmittag. Da mein Mann auch Hufen-Schüler war, nehmen wir ebenfalls daran teil, und ich bin als Süddeutsche sehr herzlich in diesem Kreis aufgenommen worden.

Ich stamme aus Bayern, bin im Raum Augsburg aufgewachsen und fühlte mich immer den Bergen verbunden. Deshalb wollte ich eigentlich einen schwarzhaarigen Bayern, möglichst Bergsteiger, heiraten; bekommen habe ich einen blonden Ostpreußen, dazu Segler.

In Wiesbaden wird natürlich oft von Ostpreußen, von der Heimat gesprochen. Nun habe ich das Glück, nicht nur stumm dabei sitzen zu müssen, wenn Gegenden oder Landstriche zur Sprache kommen. Für mich sind viele Orte nicht nur Namen, die man auf der Landkarte sucht, sondern ich kenne sie aus eigener Anschauung. Selbstverständlich wurde ich erstaunt gefragt, wieso ich so weite Teile Ostpreußens bereist hätte; es sei doch recht ungewöhnlich, da schließlich lange keine Reisen – zumindest in den nördlichen Teil – möglich waren.

1943, als blutjunge Lehramtsanwärterin hatte ich ein Landschulpraktikum an einer ein- oder zweiklassigen Volksschule zu absolvieren. Von einer Bekannten, die im Arbeitsdienst im Landkreis Gumbinnen war, hatte ich viel Schönes von Ostpreußen gehört. Da ich schon immer sehr reiselustig war, beschloss ich, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden und beschaffte mir den Namen des zuständigen Schulrates in Gumbinnen. Ich bewarb mich bei ihm um eine Praktikantenstelle und bekam postwendend eine Zusage. Ich hatte am 15. Juli in Jägersfreude, Post Hochfließ, Landkreis Gumbinnen, meine Stelle anzutreten. Die ersten Schwierigkeiten ergaben sich beim Fahrkartenkauf in Augsburg. Der Schalterbeamte konnte beim besten Willen keinen Ort Jägersfreude finden. Auch über mögliche Busverbindungen von Gumbinnen aus war nichts in Erfahrung zu bringen. Er machte mir den Vorschlag, nur bis Gumbinnen zu lösen, und da würde man mir sicher weiterhelfen können.

Dort angekommen, verlangte ich naiv eine Fahrkarte nach Jägersfreude. Der Bahnbeamte sah mich über die Brille an und fragte freundlich: „Wie hieß der Ort denn früher?“ Nun war es an mir, verwundert zu schauen, denn die Frage sagte mir nichts. Ich kramte meine Papiere heraus und wies sie ihm vor. Aber auch das half uns nicht weiter. Schließlich bat er einen Kollegen, doch einmal ausfindig zu machen, wie der Ort früher hieß, und während der Wartezeit erzählte er mir von der „Umtaufaktion“, nicht ohne vertraulich hinzuzufügen, außer der Post hielte sich fast niemand daran. Im Innern dachte ich, nanu, was ist denn hier passiert? Ich hörte nur heraus, dass 1938 eine solche Aktion stattgefunden habe, war mir aber nicht sicher, ob ich das richtig verstanden hatte, denn meine Ohren, an schwäbisch-bayrisches Idiom gewöhnt, hatten Mühe genug, diesen in breitestem Ostpreußisch hervorgebrachten Erklärungen zu folgen.

Nach kurzer Zeit kam der Kollege wieder und präsentierte einen Zettel mit der Aufschrift: Sodinehlen, Post Augstupönen, Bahnstation Groß-Baitschen. Mein freundlicher Beamter und ich atmeten auf, nun war also geklärt, dass es diesen mysteriösen Ort wirklich gab. Ich bekam meine Fahrkarte, und auf meine Frage, ob von Groß-Baitschen vielleicht ein Bus fahre, bekam ich die Antwort: „Nei, Fräuleinche, da müssen Se dann schon laufen, aber es sind nur sieben Kilometerchens!“ Ich betrachtete mein Gepäck, dachte an die „sieben Kilometerchens“ und entschloss mich dann, dem Schulleiter ein Telegramm zu schicken, meine Ankunft anzukündigen. Darauf fuhr ich getrost nach Groß-Baitschen, in der Hoffnung, es würde sich schon ein Ausweg zeigen. Ich war der einzige Fahrgast, der ausstieg, und von einem „Empfangskomitee“ war nichts zu sehen. Kurzentschlossen deponierte ich mein Gepäck am Bahnhof, ließ mir die Richtung zeigen und tippelte los.

»Sieben Kilometerchens müssen Se dann schon laufen«



Eine typische Dorfschulklasse damals: Lehramtsanwärterin beim Landschulpraktikum

Bild: BpK

Nach etwa zwei Kilometern kam mir ein zweirädriger Wagen mit einem Schimmel davor entgegen, und es stellte sich heraus, dass es der Schulleiter war, der mich abholen wollte. Und dann kam zum ersten Mal die Frage, die ich vier Monate lang allen Leuten beantworten musste: „Warum, um alles in der Welt, wollen Sie aus Bayern gerade hier Ihr Praktikum machen?“

Ich wurde sehr freundlich aufgenommen, mit Kost und Logis, denn ein Gasthaus mit Fremdenzimmern gab es nicht. Im Haus wohnte auch eine nur wenig ältere Kollegin, die aus Tilsit stammte und mit der ich mich bald recht gut verstand. Ich hospitierte einige Tage in den oberen vier Klassen und sollte dann gemäß dem Ausbildungsplan selbstständig, aber unter Aufsicht des Schulleiters die Klassen führen. Das tat ich dann auch, obwohl ich in der ersten Zeit Schwierigkeiten hatte, die Kinder zu verstehen, aber das legte sich bald, ich hörte ja nichts anderes.

Der Schulleiter war ein sehr einsichtsvoller Mann, der meinte, unterrichten könne ich noch mein Leben lang und überall, aber ob ich so bald wieder nach Ostpreußen käme, sei doch sehr fraglich. Er schlug vor, ich solle zuerst in meiner Freizeit ein wenig die nähere Umgebung erkunden. Dafür stellte er mir sein Fahrrad zur Verfügung, und so gondelte ich fast jeden Nachmittag unter der ortskundigen Führung der jungen Kollegin in immer weiteren Bögen im Land umher.

Dann kamen die Kartoffelferien und wir arbeiteten einen Plan aus, nach dem ich systematisch Ostpreußen erforschen sollte. So führten mich meine ausgedehnten Fahrten mit Bahn, Bus und Fahrrad an den Mauersee, den Spirdingsee, nach Lötzen und Angerburg. Ich machte eine Bootsfahrt auf dem Duz-Kanal, über die „schiefe Ebene“, besichtigte Schlösser und ließ diese unglaublich schöne und friedliche Landschaft auf mich wirken.

Nach den Ferien meinte mein „Gönner“, es lohne sich kaum noch, groß in den Unterricht einzusteigen. Er schlug vor, ich solle mir für den Rest der Zeit Königsberg, die Kurische Nehrung und das nördliche Ostpreußen anschauen. Ich bekam meine Bescheinigung für die volle Zeit des Praktikums und fuhr, mit vielen Empfehlungen versehen, los. Noch heute kann ich dem Mann für diese großherzige Einstellung nicht dankbar genug sein.

Überall wurde ich – als doch immerhin Fremde – sehr herzlich aufgenommen. Auf der Nehrung, in Pillkoppen, war ich untergebracht im Gasthaus „Zur Wanderdüne“. Der Besitzerin, Frau Culbis, musste ich im Atlas zeigen, woher ich kam. Sie sorgte rührend für mich, fuhr mich mit Pferd und Wagen nach Nidden und von dort ins Elchrevier, um mir diese herrlichen Tiere zu zeigen. In Pillkoppen lernte ich ein reizendes Ehepaar aus Danzig kennen. Mit einer Selbstverständlichkeit, die mir in dieser Form fremd war, wurde ich eingeladen, auf meinem Nachhauseweg bei ihm Station zu machen. Sie haben keine Mühe gescheut, mir Danzig zu zeigen und drängten noch, unbedingt zur Marienburg zu fahren, was ich zum Abschluss auch tat und als Krönung der ganzen Monate empfand.

Damals war es jugendliche Reiselust, die mich veranlasste, all diese Fahrten zu machen: Heute im Rückblick erscheint es mir als Fügung, dieses wunderschöne Land noch kennengelernt zu haben, denn ich bin nie wieder hingekommen. Ich habe auch nirgends auf vielen anderen großen Reisen so viel herzliche Gastfreundschaft erlebt und so viel Hilfsbereitschaft einer Fremden gegenüber. Was mag wohl aus all diesen Menschen geworden sein?

Inge Rodin

Gefährliches Wechselspiel

Eine Ausstellung in Berlin widmet sich dem Phänomen »Gerücht« und seinen verschiedenen Facetten

Ob im Treppenhaus, auf dem Schulhof, in der Kantine, beim Friseur oder an der Börse – wo Menschen zusammenkommen, tauchen früher oder später Gerüchte auf. Ein Grund für das Berliner Museum für Kommunikation, diesem Thema eine Ausstellung zu widmen.

Zu den wohl schönsten Volksstücken, die das Hamburger Ohnsorg-Theater jemals aufgeführt hat, gehört der Schwank „Tratsch im Treppenhaus“ mit Heidi Kabel und dem aus Stralsund stammenden Henry Vahl. Die Geschichte um Meta Boldt, die sich mit ihren zusammengereimten Halbwahrheiten bei allen Hausbewohnern in die Nesseln setzt und ihr loses Mundwerk nicht halten kann, wird immer wieder vom NDR Fernsehen ausgestrahlt.

Gerüchte genießen zweifelhaften Ruf

Das Gerücht ist Hörensagen und Nacherzählen, ein Wechselspiel von Weglassen und Hinzuerfinden. Gerüchte genießen einen zweifelhaften Ruf. Manche helfen tatkräftig bei ihrer Verbreitung mit, mal unbewusst, mal voller Lust. Die Ausstellung macht die verschiedenen Facetten des ebenso flüchtigen wie faszinierenden Phänomens „Gerücht“ erlebbar – von Vorurteilen über Verschwörungstheorien bis zu Legenden. Politik und Wirtschaft als Orte der Entstehung und Verbreitung von Gerüchten stehen dabei neben Boulevard, Klatsch und Tratsch. Die Besucher werden mit Fragen wie „Essen alle Chinesen Hunde?“ konfrontiert und begegnen Legenden wie der „Spinne in der Yuccapalme“, dem verschwundenen „Bernsteinzimmer“ oder der „achten“ kanarischen Insel San Borondón.

„Empfangen werden die Gäste von der Gerüchtegöttin ‚Fama‘. Im ‚Flüsterwald‘ raschelt und raunt es nur so von erhellenden wie überraschenden Geschichten rund um das Gerücht“, wecken die Ausstellungsmacher die Neugierde auf die Schau in Berlin. „Die Besucherinnen und Besucher können sich mit den neugierigen ‚Gerüchtagenten‘ austauschen oder am ‚Gerüchtegenerator‘ selber Gerüchte produzieren. Schließlich absolvieren sie einen Schnellkurs zum ‚Rumor Fighter‘, zum Gerüchte-Bekämpfer – und sind künftig für den Umgang mit Gerüchten bestens gewappnet.“ Die Ausstellung ist in 13 Themenbereiche gegliedert. – Die Menschen tratschen gerne und lustvoll – über Familie, Freunde, über Liebschaften, Geldsorgen, Karrieresprünge und Partyabstürze. Doch das gegenseitige Austauschen von Gerüchten macht nicht nur Spaß, es hat auch eine gesellschaftliche Funktion. Der Erzähler als vermeintlicher Aufklärer teilt mehr oder weniger wertvolle Neuigkeiten und Wissen mit. Auf diese Weise werden gemeinsame Werte gefestigt und die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe bestätigt. Vorurteile gegenüber Fremden entspringen der unterschwelligen Angst und dem Misstrauen gegenüber dem Unbekannten. Aus dem reichen Fundus an Halbwissen über fremde Kulturen und Sitten entstehen Stereotype. Bleiben sie lang genug in Umlauf, verdichten sich die Gerüchte zu Vorurteilen. Früher wurden für Krankheiten, Missernten und anderes Leid oft sozial schwache Mitglieder der Gemeinschaft verantwortlich gemacht. Als Schuldige eigneten sich besonders Mitmenschen, über die bereits Gerüchte und Vorurteile kursierten. Am Ende des Teufelskreises standen oft Verbannung oder Todesurteil.



„Hast du schon gehört, die …“: Tratsch am Telefon Bild: Archiv

Die Wahrheit stirbt im Krieg zuerst

Es heißt, im Krieg stürbe als erstes die Wahrheit. Die Behörden und das Militär informieren selektiv über die Ereignisse. Offizielle Meldungen stehen schnell unter dem Verdacht, Propaganda zu sein und es schlägt ihnen oft Misstrauen entgegen. In der Bevölkerung herrschen Ungewissheit und Angst – ein ideales Klima für Gerüchte. „Urban legends“ sind moderne Sagen – Geschichten, die verrückt klingen, aber trotzdem wahr sein könnten. Sie funktionieren wie Gerüchte, werden beim Weitererzählen ausgeschmückt und manchmal den regionalen oder lokalen Gegebenheiten angepasst. Oft durch das Internet verbreitet, wird die „urban legend“ immer mehr zum Gerücht des 21. Jahrhunderts. Überhaupt ist das Internet ein perfektes Medium für Gerüchte: Einerseits vergisst es nichts, andererseits ermöglicht es dem Verbreiter auch noch Anonymität.

Klatschjournalismus ist eine Mischung aus Fakten und Spekulation. Die brodelnde Gerüchteküche ist Unterhaltung – und lukratives Geschäft. Wer schon einmal Opfer eines Gerüchts war, weiß: Es ist schwierig, sich wirkungsvoll dagegen zu wehren. Häufig erfährt das Opfer erst dann vom Gerücht, wenn die Folgen bereits spürbar sind. Mit Gerüchten lässt sich auch gut Politik machen: Behauptungen beeinflussen die öffentliche Meinung mindestens so stark wie Fakten. Verschwörungstheorien entstehen da, wo unerklärliche, unfassbare Ereignisse und komplexe Vorgänge die Menschen beschäftigen. Anhänger solcher Theorien vermuten hinter den Vorkommnissen größere Zusammenhänge und dunkle Absichten. Gerüchte sind wesentlicher Bestandteil jeder Verschwörungstheorie. Gerücht und Macht stehen in einem Wechselspiel. Einerseits benutzen Akteure aus Politik und Wirtschaft Gerüchte zur Sicherung und zum Ausbau ihrer Position. Andererseits ist Macht auch anfällig für Gerüchte. Mit ihnen kann Kritik geübt, Vertuschtes publik gemacht, aber auch Zensur und Redeverbot umgangen werden. Das Gerücht im Sinne einer unverbürgten, nicht bewiesenen Nachricht liegt allen Religionen im Kern zugrunde. Ihre Wahrheiten fußen nicht auf Beweisen sondern auf Glauben. Sagen, so wird behauptet, haben immer einen wahren Kern. Gerüchte über Personen, Orte oder Objekte mit lokaler oder nationaler Bekanntheit, über die gesichertes Wissen fehlt, bleiben oft über Jahrzehnte im kollektiven Gedächtnis haften. Durch vermeintlich „neue“ Erkenntnisse werden sie immer wieder aufgefrischt oder um zusätzliche Aspekte angereichert und weitererzählt. So wandeln sie sich zu modernen Mythen und Legenden und bieten selbst Anlass für neue Gerüchte. Nicht nur der Geschäftsverlauf, auch Spekulationen über den Zustand und die Zukunft eines Unternehmens beeinflussen den Wert der Aktien. Gerüchte werden deshalb als das „Salz der Finanzmärkte“ bezeichnet. So lassen gut lancierte Übernahmemeldungen oder gezielt gestreute Gewinnwarnungen die Händler betreffende Papiere kaufen oder verkaufen. *MfK/os*

Das Museum für Kommunikation in Berlin, Leipziger Straße 16, ist dienstags von 9 bis 20 Uhr, mittwochs bis freitags von 9 bis 17 Uhr, am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet, bis 27. Februar.

Für Sie gelesen

Fotos vom Leben auf dem Land

Wenn heute Großstadtkinder Kühe malen, dann sind sie oft lila wie in der Fernsehwerbung. Kaum eines weiß noch, woher die Milch, das Korn kommt. Wie war das damals, als ein Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte? Das fragten sich die Pommern Dirk Schleinert und Heiko Wartenberg, der eine Historiker, der andere Archivar und Museologe im Pommerschen Landesmuseum Greifswald. Von dort stammt auch die repräsentative Auswahl der in einem Bildband versammelten Fotografien über das Leben im alten Pommern. Sie werden durch weitere Fotos, auch aus Privatbesitz, ergänzt und bieten einen lebendigen Ein- und Rückblick auf die Lebens- und Arbeitswelt zwischen 1900 und 1945. Die preußische Provinz Pommern war bis 1945 ein klassisches Agrarland. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten und arbeiteten rund 60 Prozent der Bevölkerung auf dem Land. Wohnen und arbeiten im Dorf oder auf dem Gut prägte die Mentalität. Das alltägliche Leben unterlag dem jahreszeitlichen Rhythmus, wie ihn die Landwirtschaft vorgab. Nicht nur die Arbeit mit ihren saisonalen Spitzen in der Saat- und Erntezeit, auch das Fest- und Brauchtum der Bevölkerung orientierte sich danach. Ein Bildband, der nicht nur bei „alten“ Pommern Erinnerungen wecken dürfte. *os*



***Dirk Schleinert, Heiko Wartenberg: „Das alte Pommern – Leben und Arbeiten auf dem platten Land“**, Hinstorff Verlag, Rostock 2010, 120 Seiten, 80 schwarzweiße Abbildungen, gebunden mit Schutzumschlag, 19,90 Euro*

In Berlin gelang ihm der Durchbruch

Paul Hörbiger verkörperte sowohl anspruchsvolle Rollen am Theater wie auch unterhaltsame im Film

Besonders durch seine Wien-Filme an der Seite von Hans Moser ist der Volksschauspieler Paul Hörbiger auch mehr als 25 Jahre nach seinem Tod dem breiten Publikum bekannt. Obwohl er als Darsteller leichter Unterhaltungsfilme gilt, wurde Hörbiger von dem renommierten Theaterregisseur Max Reinhardt entdeckt und spielte jahrelang anspruchsvolle Theaterrollen am Wiener Burgtheater.

Der Name Hörbiger steht für eine ganze Dynastie von erfolgreichen Schauspielern. Begründet haben diese die Brüder Paul (1894–1981) und Attila Hörbiger (1896–1987). Obwohl auch der um zwei Jahre jüngere Attila in über 80 Filmen mitwirkte, hat sich in der allgemeinen Wahrnehmung durchgesetzt, dass Paul eher der „leichten“ Film-Muse verfallen war und Attila eher die „ernsthaften“ Theater-Rollen spielte. Wenn man genauer hinsieht, merkt man schnell, dass sich beide in beiden Metiers wohl fühlten.

Typischer Wiener aus Budapest

Obwohl in seinen Filmen zum Prototyp des Wieners avanciert, wurde Paul Hörbiger am 29. April 1894 im Österreich-Ungarischen Budapest geboren. Sein Vater war der Ingenieur und Erfinder Hanns Hörbiger, dessen noch existente Firma heute als Hoerbiger Holding Weltmarktführer für Kompressoren-Komponenten ist. Die Familie zog bereits 1902 nach Wien. Nach der Matura – wie das Abitur in Österreich heißt – meldete sich der junge Paul als Freiwilliger zum Kriegsdienst und wurde 1918 zum Oberleutnant befördert. Nach ersten Theaterengagements in Reichenberg und Prag gelang ihm 1926 unter der Regie von Theaterlegende Max Reinhardt am Deutschen Theater in Berlin der Durchbruch. Dort spielte er bis 1931 parallel zu seiner Filmkarriere anspruchsvolle Rollen.

Seinen ersten von mehr als 250 Filmauftritten hatte Paul Hörbiger 1928 in „Sechs Mädchen suchen Nachtquartier“. Im selben Jahr spielte er bereits in Fritz Langs Klassiker „Spione“ mit. In diesen Stummfilmjahren stellte Hörbiger meist witzige oder gar bösartige Typen dar.

Mit dem Tonfilm, der für viele Stars das Ende ihrer Karriere bedeutete, lief die von Paul Hörbiger erst zu Hochtouren auf. In der Komödie „Der unsterbliche Lump“ (1930) stand er gemeinsam mit seinem Bruder Attila vor der Kamera. In den 1930ern wurde Paul Hörbiger zu einem der bekanntesten und beliebtesten deutschsprachigen Filmschauspieler. Einerseits stellte er überaus lebenslustige und herzensgute Typen dar, die aus der Unterschicht stammten. Andererseits verkörperte er österreichische Persönlichkeiten der Geschichte wie Kaiser Franz Joseph II., Joseph Haydn, Johann Strauß Vater und Sohn, Franz Schubert, Franz Grillparzer und Josef Wenzel Graf Radetzky von Radetz.



Paul Hörbiger Bild: Archiv

Durch seine menschliche Art erreichte er einen hohen Grad an Identifikation bei seinem Publikum. Ähnliche Rollen, nur grantiger, spielte auch Hans Moser. Mit ihm spielte Hörbiger erstmals 1931 in „Der verjüngte Adolar“ zusammen. Die beiden sollten über 30 Jahre lang gemeinsam in Filmen auftreten. Auch privat verband sie eine enge Freundschaft. Hörbiger wirkte in einer großen Anzahl sogenannter „Österreich-Filme“ mit, die meist in Wien oder in den Alpen angesiedelt waren. Dadurch wurde Hörbiger neben Moser im Film zu dem Österreicher schlechthin. Doch auch das Theater ließ ihn nicht los. Ab 1940 gehörte er zum Ensemble des renommierten Wiener Burgtheaters.

1935 gründete er gemeinsam mit Regisseur E. W. Emo (Emerich Wojtek) und Karl Künzel die Produktionsfirma Algefa-Film (Allgemeine Film-Aufnahme und Vertriebs GmbH) in Berlin, die bis 1955 leichte Unterhaltungsfilme realisierte. Im Gegensatz zu seinem Bruder Attila drehte Paul keine Propagandafilme im Dritten Reich. Auch setzte er sich für jüdische Künstler-Kollegen in Wien ein und half diesen, in die Schweiz zu fliehen. Kurz vor Kriegsende wäre ihm sein Engagement fast zum Verhängnis geworden. Er wurde von den Nationalsozialisten über zwei Monate wegen Hochverrats eingesperrt und zum Tode verurteilt. Voreilig meldete die BBC bereits das Ableben des international bekannten Schauspielers.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte Paul Hörbiger bereits 1947 mit der Titelrolle in „Hofrat Geiger“ an seine Erfolge anknüpfen. Er verkörperte eine kleine Rolle in dem international erfolgreichen britischen Filmklassiker „Der dritte Mann“, der im zerbombten Wien spielt. Bald war er wieder auf die Rolle des gemütlichen Wieners, der beim Heurigen singt, festgelegt. Privat beschäftigte ihn in den 1950ern in erster Linie der mysteriöse Tod seines Bruders Alfred Hörbiger.

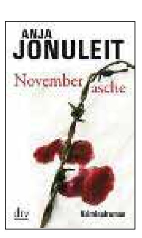
Wurde Bruder Alfred 1945 vergiftet?

Der ältere Bruder von Attila und Paul war Maler. Er übernahm die Firma des Vaters, die er mit großem Erfolg führte. In den Wirren der unmittelbaren Nachkriegszeit starb er im Juli 1945 unter nie geklärten Umständen im Alter von 54 Jahren in der Innsbrucker Universitätsklinik.

Paul Hörbiger erstattete 1951 Anzeige wegen Mordverdachts durch Vergiftung gegen Unbekannt. In den folgenden Jahren führte er mehr als ein Dutzend Prozesse, in deren Verlauf es zu Exhumierungen und Obduktionen des Leichnams kam. Im Zuge dieser Vorgänge zerrüttete sich sein Verhältnis zu seinem Bruder Attila völlig. Erst 1963 wurden sämtliche Verfahren aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Ab 1965 hatte Hörbiger immer weniger Lust, die immer gleichen Rollen zu spielen. Zudem war Hans Moser im Jahr zuvor gestorben und so ging Hörbiger zurück ans Wiener Burgtheater. In Wien konnte er bis kurz vor seinem Tod erneut anspruchsvolle Rollen spielen. Dennoch verkörperte er bis in die 1970er Jahre erfolgreich Nebenrollen in Fernsehfilmen.

In seinen letzten Lebensjahren versöhnte er sich mit Attila. Zwei Jahre vor seinem Tod spielte Paul Hörbiger 1979 seine letzte Rolle am Burgtheater in „Komödie der Eitelkeit“ von Elias Canetti. Im selben Jahr veröffentlichte er seine Autobiographie „Ich hab für euch gespielt“, bevor er am 5. März 1981 in seinem geliebten Wien starb. *Ulrich Blanché*



Lauwarm statt heiß

Krimi um einen Schülermord

2007 veröffentlichte die Übersetzerin Anja Jonuleit ihren ersten Roman mit dem Titel „Das Wasser so kalt“. Der Kriminalroman überzeugte die Leserschaft durch glaubhafte Charaktere und eine spannende Handlung. Nun, drei Jahre später, gerät Jonuleits Protagonistin, die Kunstmalerin Marie Glückllich, in dem Krimi „Novemberasche“ erneut in die Mordermittlungen des Kripobeamten Andreas Sommerkorn, dem Bruder ihrer besten Freundin Paula.

Der Musterschüler Leander Martin wurde ermordet auf einem Friedhof am Bodensee aufgefunden. Allem Anschein nach wurde Leanders Tod geplant und auffällig in Szene gesetzt. Doch welchen Zweck verfolgte(n) der oder die Mörder?

Während Maries heimlicher Schwarm Sommerkorn sich in die Ermittlungen stürzt, hat Marie zunächst andere Probleme. Erik, Paulas Mann und somit Sommerkorns Schwager, verunglückt tödlich bei einem Fallschirmsprung. Dass Erik finanziell mit seiner Firma am Ende war und sogar das große Haus bereits der Bank überschrieben ist, bedeutet für Paula und ihre zwei Töchter einen zusätzlichen Schock. Ein Selbstmord als Ausweg aus den Problemen scheint für viele Bekannte die Erklärung für den „Unfall“ zu sein. Und dann lüftet Sommerkorn Eriks nächstes Geheimnis.

„Es dämmerte bereits, als Marie den Wagen auf dem Besucherparkplatz der Klinik Weißenau abstellte. Einen Moment blieb sie wie in Trance hinter dem Steuer sitzen und sah in den grauen Wintertag hinaus. Wie ist das alles möglich, fragte sie sich und spürte, wie Zorn in ihr aufstieg. Es ist noch keine vier Wochen her, da lebte Paula in der wohlgeordneten Struktur ihres Hausfrauendaseins, in beträchtlichem Wohlstand mit einem Mann, von dem sie fest glaubte, dass er ihr treu ergeben wäre. Und nun ist alles anders, dachte Marie. Nun besuche ich meine Freundin in Weißenau, um sie zu fragen, was mit der Asche ihres Mannes geschehen soll.“

Während der Mordfall an Leander nach außen schlüssiger und logischer erscheint, bleibt Sommerkorn skeptisch. Er findet heraus, dass der vorbildliche Schüler sich anscheinend mit einer Art Jugendbande aus der rechten Szene eingelassen hatte.

Und brachte Paulas Mann sich selber um?

Parallel zu Sommerkorns Ermittlungen versorgt Jonuleit den Leser mit Ausschnitten aus dem Tagebuch Leanders, welche Stück für Stück zur Lösung des Rätsels führen. Jonuleit gelingt es, auf diese Weise die Spannung bis zum Ende des Romans aufrechtzuerhalten. Auch lässt sie den Leser lange im Dunkeln, inwiefern der Tod von Paulas Mann mit dieser Sache verflochten ist.

Anja Jonuleits neuer Roman „Novemberasche“ knüpft sehr gut an seinen Vorgänger an. Wer jedoch den ersten Teil nicht kennt, der wird an der einen oder anderen Stelle ein Stirnrunzeln kaum unterdrücken können, wenn sich Marie an seltsame Szenen einer Entführung erinnert, welche der Leser natürlich der Handlung dieses Krimis nicht zuordnen kann.

„Novemberasche“ ist ein durchgehend spannender, solider Krimi, jedoch mehr lauwarm als wirklich heiß, was übrigens auch auf die Leidenschaftlichkeit der Verliebtheit Maries in Sommerkorn zutrifft. *Vanessa Ney*

***Anja Jonuleit: „Novemberasche“**, dtv München 2010, broschiert, 299 Seiten, 8,95 Euro*

Sarrazin-Debatte extrem

Dokumentation der Medienberichterstattung zu »Deutschland schafft sich ab«

Wohl die meisten deutschen Politiker haben sich im letzten Jahr gewünscht, den ehemaligen Berliner Finanzsenator und Bundesbanker Thilo Sarrazin zum Schweigen bringen zu können. Aber nicht nur Sarrazin schweigt nicht zu den Themen Integration, Islam, Sozialstaat und Bildung, auch die Debatte über seine Aussagen kocht in regelmäßigen Abständen wieder hoch. Die 2008 vom Verband Deutscher Zeitschriftenverleger gegründete Deutschlandstiftung Integration, die sich auf die Fahnen geschrieben hat „Toleranz und Austausch zwischen Menschen mit unterschiedlichem nationalen, kulturellen und sozialen Hintergrund“ zu fördern, hat die Berichterstattung um Sarrazins Äußerungen sogar dokumentiert. In Sarrazin – Eine deutsche Debatte“ kommen die unterschiedlichsten Autoren zu Wort, die sich beispielsweise in der „FAZ“, der „Welt“, „Süddeutschen“, „taz“, „Hürriyet“, im „Focus“, „Spiegel“, „Cicero“ oder „Handelsblatt“ zur Sarrazin-Debatte geäußert haben. Zurückhaltende Befürworter wie emotional engagierte Gegner kommen gleichermaßen zu Wort. Doch manche Texte nerven einfach nur, weil in ihnen nur auf Sarrazin eingedroschen wird, ohne dass der Autor offenbar dessen Buch gelesen hat. Viele Journalisten verbeißen sich in ein oder zwei Thesen und verlieren den Überblick über Sarrazins Gesamtkritik.

Sätze wie „Thilo Sarrazins Buch ist – soweit ich es kenne – ein aggressives Pamphlet, eine Hasstirade“ verdeutlichen, auf welchem Niveau die Sarrazin-Debatte zum Teil ablief. Da ist die Analyse des in Sachen Sarrazin gespaltenen „FAZ“-Herausgebers Frank Schirrmacher schon tiefgründiger: „Zunächst: Dieses Buch hat nicht Thilo Sarrazin verfasst. Es wurde von einer Politik geschrieben, die seit Generationen nicht mehr in Generationen, sondern in Monaten denkt. Sarrazin ist lediglich der Ghostwriter der Gespenster, die uns jetzt heimsuchen.“ Oder Necla Kelek, die anhand eigener Erfahrungen schildert, warum der Islam keine Religion sei wie andere und es daher seinen Anhängern auch schwieriger mache, sich zu integrieren. „Ich würde gern eine inhaltiche und keine moralische Debatte über Sarrazins Thesen führen. Keiner seiner Kritiker hat bisher auf die Vorschläge reagiert, geschweige denn seine Thesen widerlegt“, so Kelek Ende August 2010 in der „FAZ“. Und in der „Bild“ schrieb Ernst Elitz: „Der dümmste Vorwurf gegen ihn lautet: Er sagt nichts Neues, alles schon bekannt. So bekennt Politik ihr Versagen. Das ist der wahre Skandal! Alles bekannt, aber nichts oder viel zu wenig getan.“

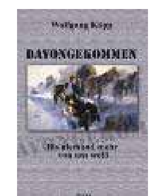
Gute Argumente und wilde Polemik

Bekannte Autoren wie Henryk M. Broder oder Ralph Giordano schlagen sich auf die Seite von Sarrazin und amüsieren sich schon fast über die sich so aufgeregt gebende Republik. „Thilo Sarrazins Buch ist ein Stoß mitten ins Herz der bundesdeutschen Political Correctness, ein Frontalangriff auf Deutschlands Multikulturalisten ...“, so Giordano.

Der deutsch-ägyptische Politikwissenschaftler, Historiker und Autor Hamed Abdel-Samad bezeichnete im „Focus“ Sarrazin nur als „Katalysator für die meisten Probleme, die die asymetrische Republik Deutschland hat: die verkrampfte Streitkultur, die Trägheit der Politik, die veralteten Konzepte von Identität und Zugehörigkeit, die Angst- und Empörungsindustrie. Um diese Probleme zu lösen, muss man beim ersten anfangen. Denn in Deutschland wird keine konsequente Debatte über den Islam, die Migration und die Organisation des Sozialstaates geführt.“ Und bei „Spiegel online“ zeigte Matthias Matussek Verständnis für die Deutschen, die es satt haben, für ihre teuren und vielfältigen Integrationsangebote von überwiegend muslimischen Zuwanderern auch noch beschimpft und ausgelacht zu werden.

Die Lektüre des Buches verdeutlicht, dass während Sarrazins Gegner vor allem moralisierten und polemisierten, die Befürworter argumentierten und sogar weiter in die Tiefe gingen. „Selbst wenn Sarrazin komplett falsch läge: Es wäre undemokratisch, ihn dafür politisch abzustrafen. Müssten Irrtümer staatlich verfolgt werden, dann dürfte heute niemand mehr, der sich in Deutschland für den Beitritt der Griechen zur Euro-Zone aussprach, ein öffentliches Amt bekleiden“, so die „FAZ“. *Rebecca Bellano*

***Deutschlandstiftung Integration (Hrsg.): „Sarrazin – Eine deutsche Debatte“**, Piper, München 2010, kartoniert, 237 Seiten, 10 Euro*



Heimatliebe, nicht Revanchismus

Erinnerung an Flucht und Vertreibung aus Posen-Westpreußen

„Davongekommen“ heißt der Titel einer Autobiographie, welche der in Mecklenburg bekannte Autor Wolfgang Köpp verfasst hat. Mit seinen Erinnerungen an Kindheit und Jugend im pommerschen Harmelsdorf bei Deutsch Krone in der Grenzmark geht er ganz anders um als beispielsweise Günter Grass. Erinnern ist für ihn kein Auswählen. Man müsse bereit sein, Gutes wie Böses auf den Tisch zu legen. Auch das Erinnern an Kindheit und Jugend sei nicht nur wunderbar, sondern oft schwer und schmerzhaft.

Die in sich abgeschlossenen Episoden bilden ein Panorama von den unbeschwerten, erlebnisreichen Kindertagen in Hinterpommern bis in die unruhige Berliner Studienzeit. Wer nicht weiß, was „Kreude“ ist oder ein „Peikschlitten“, hier findet er Antworten. Auch von den ungeliebten langen Strümpfen ist die Rede, die am Leibchen festgemacht wurden, von den Tieren auf dem Bauernhof, von der „Pfefferkuchenstunde“ mit den westpreußischen Märchen, die so anders als die Grimmschen Märchen waren.

Als am 27. Januar 1945 die Flucht begann, lenkte der damals zwölfjährige Autor den großen Gutsleiterwagen. Hart knirschte der Schnee in der endlosen Wagenkolonne des Trecks in Richtung Westen. Viele haben das Ziel nicht erreicht. Seiner Mutter, welche allen fünf Kindern mit unglaublichem Einsatz auf der Flucht und der Nachkriegszeit zur Seite stand, hat Köpp ein einfühlsames Denkmal gesetzt.

Eines ist dem Autor besonders wichtig: „Heimatliebe hat nichts mit Revanchismus zu tun. Heimat sitzt in unseren Herzen, rechte Heimat ist unverlierbar und geht immer mit uns mit.“ Wahrheit sei immer Vorstufe der Versöhnung.

Es lohnt sich, dieses Zeugnis alltäglichen Lebens zu lesen, nicht zuletzt, weil schon allzu bald ein Zeitpunkt erreicht sein wird, an dem niemand mehr von uns weiß. *Hans-Joachim Nehring*

***Wolfgang Köpp: „Davongekommen – Bis niemand mehr von uns weiß“**, Nordwest Media, Grevesmühlen 2010, broschiert, 248 Seiten, 14,90 Euro*



Die Polen und ihr Nationalismus

Zwei Autoren analysieren Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen

Dem polnischen Nationalismus in den Jahren nach 1919 nachzuspüren, ist für Historiker kein ganz leichtes Unternehmen. Schon der Begriff deutet eine Einheitlichkeit an, die den vielen aufgeregten Gruppen fehlte, die damals Einfluss auf die polnische Politik zu nehmen versuchten. Was Polen nach der Wiedererrichtung des Staates genau sein sollte, wie es sich selbst verstehen sollte und wohin geographisch gesehen die politischen Ambitionen zu richten waren, darüber wurde unter polnischen Nationalisten heftig gestritten. Zwei interessante Veröffentlichungen beleuchten diese Szene auch deshalb auf unterschiedliche Weise.

Stephanie Zloch hat eine Dissertation zum Thema geschrieben, die den schillernden Stier des polnischen Nationalismus gewissermaßen bei den Hörnern packt. Um den Nationalismus zu beschreiben, versucht sie ein Gesamtbild der damaligen Auseinandersetzungen zu zeichnen, bleibt aber innerhalb der Grenzen der polnischen Republik. Das ist insofern nicht selbstverständlich, als damit die teilweise weit darüber hinausgreifenden Ambitionen nationalistischer Gruppen und des polnischen Establishments ausgeklammert werden, was eigentlich Polen sei. Dennoch vergessen Historiker allzu häufig, dass die Vergangenheit irgendwann einmal in der Zukunft lag. Zloch beschreibt die Existenz der längst untergegangenen polnischen Republik in erfrischender Weise aus dem Blickwinkel der historischen Offenheit, als den Zeitgenossen die Zweite Republik noch als Modell mit Optionen erscheinen konnte. Dazu mussten nationale wie regionale Feiertage geschaffen werden, Flaggen, Lieder und Symbole. Es wurde der „Legionärstag“ kreiert, der 6. August, an dem im Jahr 1914 die polnische Legion Josef Pilsudskis die russischen Grenzen überschritten hatte, und der „Tag des polnischen Soldaten“ am 15. August, der Wende im Krieg gegen die UdSSR im Jahr 1920. Beides gab Anlass zum Optimismus für den nächsten Krieg und in diesem Sinn wurden beide Tage auch im Jahr 1939 begangen.

Um diesen Dingen nachzuspüren, hat Zloch Mengen an Archivmaterial gesichtet, darunter zeitgenössische Broschüren und Zeitungsliteratur, Akten von Ministerien und der Staatspolizei, Woiwodschaftsämtern, Parteien und Schulen. Man erfährt dennoch beispielsweise wenig über die innerstaatlichen deutsch-polnischen Beziehungen, aber eben viel über den polnischen Nationalismus innerhalb der Vorkriegsgesellschaft und seine teilweise längst vergessenen Details.

1939: Ausgleich für unmöglich erklärt

Die Außenpolitik war nicht Zlochs Thema und da fügt es sich gut, wenn ein weiteres neues Buch genau diesen Bereich aufs Korn nimmt. Autor Tomasz Lubienski ist der Neffe des gleichnamigen Staatssekretärs im Außenministerium von Minister Josef Beck, der die polnische Außenpolitik zwischen 1932 und 1939 leitete. In „1939 – noch war Polen nicht verloren“ wägt er die damaligen Möglichkeiten der polnischen Politik ab. Auch Lubienski weiß, dass Geschichte ein offener Prozess ist, und er stellt nüchtern die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, sich mit Hitler zu einigen. Denn was verlangte Hitler schon, so der Autor. Danzig und die Straße durch den Korridor seien keine übermäßigen Forderungen gewesen. Allerdings deutet er den von Deutschland ebenfalls verlangten polnischen Beitritt zum Antikominternpakt als Offensivvertrag gegen Russland. Schließlich gibt er doch allen Recht, die einen deutsch-polnischen Ausgleich 1939 für unmöglich erklärten.

Lubienski ist aber nicht nur der Neffe eines damaligen Amtsträgers, sondern kann auch auf dessen bisher noch nie berücksichtigte Aufzeichnungen zurückgreifen, die die Familie erst 2009 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. So liefert er im weiteren einige bemerkenswerte Einsichten in die Entscheidungsfindung der damaligen polnischen Außenpolitik, die Staatssekretär Michal Lubienski damals mit deutlicher Distanz und erkennbarem Erstaunen aufgezeichnet hat. Da sind Außenminister Josef Becks denkwürdige Grundsätze, wie etwa der: „In der Politik zählt nur der, der Schwierigkeiten macht“ und seine für einen Militär unverständliche militärische Ahnungslosigkeit. Vor seinem Wechsel in die Diplomatie und Politik war Beck Oberst im Generalstab. Auch sinnierte Staatssekretär Lubienski über den Zustand einer polnischen Großmachtpolitik, die „nicht auf Konzepte wie die Abtrennung der Ukraine und des Kaukasus (sic) von Russland verzichtete und weiterhin das Ziel formulierte, sich Danzig, wenn nicht sogar Ostpreußen einzuverleiben“. Schließlich machte sich bei Lubienski offenkundig Ratlosigkeit breit, als am 4. September 1939 ein Abteilungsleiter des polnischen Außenministeriums in seinem Büro auftauchte und ihn daran erinnerte, nach dem Endsieg auf den polnischen Kolonialforderungen zu bestehen. Zwar war dies eine öfter erhobene – und heute ebenfalls praktisch vergessene – polnische Forderung, aber sie konnte 1939 schlecht an den Kriegsgegner Deutschland gestellt werden, der nun einmal über keine Kolonien verfügte.

In der Familie Lubienski hält und hielt man von diesen Absurditäten offenbar wenig. So gerät Tomasz Lubienskis Essay über die polnische Außenpolitik passagenweise zur Abrechnung mit einer prinzipien- und ahnungslosen politischen Führung, die die Nation in den Untergang geführt habe. Schließlich gelang es Beck und seinen Gefolgsleuten 1938 im Windschatten der deutschen Politik, den Litauern ihre bereits lange von Polen besetzte Hauptstadt Wilna auch völkerrechtlich abzupressen, nach der Münchener Konferenz ein schönes Stück Tschechoslowakei zu erwerben, ein paar Quadratkilometer der neugegründeten Slowakei und die ebenfalls lang geforderte gemeinsame Grenze mit Ungarn zu erreichen. Dass im Vorfeld die „Öffentlichkeit darauf unglaublich stolz und zufrieden“ reagierte, gerade auf die in alle Richtungen und letztlich auch gegen Deutschland betriebenen territorialen Forderungen, gehört mit zum Bild des polnischen Nationalismus, das beide Veröffentlichungen erfreulich erweitert haben. *Dr. Stefan Scheil*

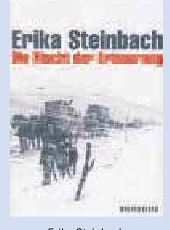
***Stephanie Zloch: „Polnischer Nationalismus – Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen“**, Böhlau, Wien 2010, gebunden, 631 Seiten, 64,90 Euro; **Tomasz Lubienski: „1939 – Noch war Polen nicht verloren“**, edition foto Tapeta, Berlin 2010, 149 Seiten, 12,80 Euro*

Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013




€ 149,95



Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00



Rudolf Lambrecht/ Michael Mueller
Die Elefantenmacher
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7063, € 22,00



Konrad Löw
Deutsche Schuld 1933 – 1945?
Die ignorierten Antwortender Zeitzeugen
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 7064, € 39,90



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Große Deutsche Märsche



Nur wenige Exemplare vorhanden!

CD



Die beliebtesten deutschen Märsche erinnern an die große Tradition preußischer, bayeri er Militärmusik: Alte Kameraden, Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Preußens Gloria, Des Großen Kurfürsten Reitermarsch, Badenweiler Marsch, Radetzky-Marsch u.v.a. Es spielen das Luftwaffenmusikkorps 3, das Marine-Musikkorps Ostsee und das Polizeiorchester Potsdam.

Laufzeit: 42 Minuten
Best.-Nr.: 7053

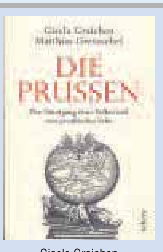


€ 12,95



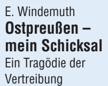
Letzte Chance!

Der redliche Ostpreuße 2011
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7049, € 9,95



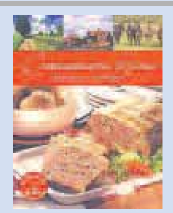
Gisela Graichen
Die Prussen
Der Untergang eines Volkes und sein preußisches Erbe
Geb., 239 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7047, € 19,95

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung



In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehn- ja hunderttausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.

Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99

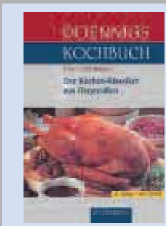


Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95

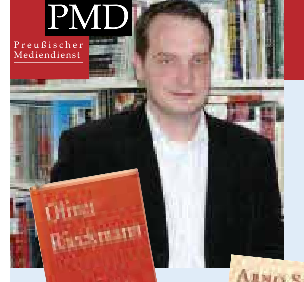


statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



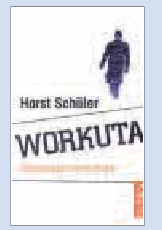
Nur wenige Exemplare vorhanden!



Arno Surminski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf Ostpreußisch und Hochdeutsch
Aufbewahren für alle Zeiten: In humorvollen, anrührenden oder nachdenklichen, vor allem aber sehr menschlichen Erzählungen setzt Arno Surminski seiner Heimat ein Denkmal – zweisprachig in ostpreußischem Platt und auf Hochdeutsch. Im Dialekt seiner Kindheit erzählt Surminski davon, wie es früher so war in dem alten Land zwischen Memel und Masuren: Da soll die neue Lehrerin, ein »Berlinsches Freeileein«, den Kindern Hochdeutsch beibringen, muß aber selber erst einmal Ostpreußisch lernen. Wir erfahren, wie die »Feschwiever schabberten«, der »Diewel« am Sonntagmorgen »enne Kerk« ging und ein feiner Herr, der den »Berkhoahn joage« wollte, einen erlegte, der wundersamerweise in einem Rucksack steckte. In den Geschichten von den beiden Kriegen wird berichtet, wie es »underm Russ« war und die Menschen im Winter »emmer Rechtung Dietschland« zogen …

Geb. 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990

statt € 16,95 nur noch € 12,95



Hans-Olaf Henkel
Rettet unser Geld!
Deutschland wird ausverkauft - Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet.
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7065, € 19,90



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Alexander Demandt
Es hätte auch anders kommen können
Wendepunkte deutscher Geschichte, Geb., 286 Seiten
Best.-Nr.: 7062, € 19,95

CD

„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“

Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne
- Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

Elchschaufel-Polo-Hemd



Hochwertiges Polohemd
aus deutscher Herstellung, 100% Baumwolle, Knopfleiste mit 3 Knöpfen, Ärmelabschluss mit Bündchen, Farbe: dunkelblau
Größe M, Best.-Nr.: 6996
Größe L, Best.-Nr.: 6970
Größe XL, Best.-Nr.: 6971

je € 22,95




Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95




NEU

Hagen Mörig
Ein Wiedersehen mit Trakehnen- Erlebnisse eines freiwilligen Helfers
Kart., 357 Seiten
Best.-Nr.: 6421, € 24,80

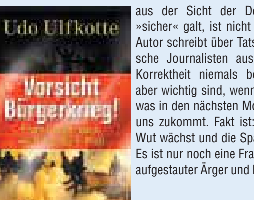
Ostpreußen-Fleecejacke
Warme Fleecejacke mit gestickter Elchschaufel auf der linken Brust. Die Elchschaufel ist in Wappenform gestickt und hat die Maße: Breite 4,5 cm Höhe: 5 cm
Die Jacke ist wind- und wasserdicht und mit einer atmungsaktiven Membran versehen, modisch geschnitten und läßt sehr angenehm tragen. Sie für Damen und Herren gleichermaßen geeignet und verfügt über zwei Außen- und zwei Innentaschen.



Größe XXL, Best.-Nr.: 7040
Größe XL, Best.-Nr.: 7007
Größe L, Best.-Nr.: 7008
Größe M, Best.-Nr.: 7009

je € 54,95

Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Explosive Brandherde: Der Atlas der Wut



In diesem Buch lesen Sie, in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Finanzcrash und Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, zunehmende Kriminalität, Islamisierung, ständig steigende Steuern und Abgaben, der Zusammenbruch von Gesundheits- und Bildungssystem und die vielen anderen verdrängten Probleme werden sich entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker - das explosive Potenzial ist gewaltig. Fast alles, was aus der Sicht der Deutschen bislang als »sicher« galt, ist nicht mehr vorhanden. Der Autor schreibt über Tatsachen, über die deutsche Journalisten aus Gründen politischer Korrektheit niemals berichten würden, die aber wichtig sind, wenn Sie verstehen wollen was in den nächsten Monaten und Jahren auf uns zukommt. Fakt ist: Es gärt im Volk, die Wut wächst und die Spannungen nehmen zu. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich aufgestauter Ärger und Hass entladen werden.

Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809

€ 24,95

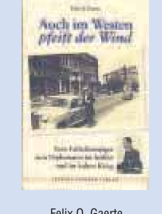


Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95



statt € 6,40 nur € 2,95

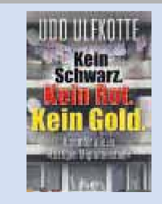
Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



Felix O. Gaerte
Auch im Westen pfeift der Wind
Geb., 351 Seiten
Best.-Nr.: 4018
statt € 29,90 nur noch € 14,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924, statt € 24,90 nur noch € 14,95



Udo Ulfkotte
Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold.
Armut ist für alle da – die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung
Gebunden, 372 Seiten
Best.-Nr.: 7003, € 19,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund




Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



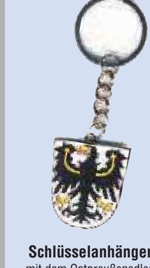

Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Schlüsselanhänger Belling'sche Husaren




Inschrift: VINCERE, AUT MORI, emaillierte Vorderseite
Best.-Nr.: 6959, € 5,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 02/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Rumänien soll draußen bleiben

Bukarest – Der rumänische Präsident Traian Basescu sieht sein Land von Deutschland und Frankreich diskriminiert. Paris und Berlin drängen darauf, Rumänien noch nicht wie vereinbart im März in den grenzkontrollfreien Schengen-Raum aufzunehmen, da es im Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen noch zu wenig Fortschritte gemacht habe. Die EU-Kommission, obwohl im Prüfungsausschuss sitzend, sieht sich nur als Beobachter und gibt keine Stellungnahme ab. *Bel*

Stimmung gegen den Papst

Islamabad – Die Kritik Papst Benedikts XVI. am pakistanischen Blasphemiegesetz wird von Islamisten in Pakistan zu einer „Papst-Verschwörung“ stilisiert. Sahibzada Fazal Karim, Vorsitzender der Vereinten Sunnitischen Front, behauptet, der Vatikan wolle die Weltreligionen gegeneinander ausspielen. Allerdings ist das Blasphemie-Gesetz, das „Gotteslästerung“ unter Strafe stellt, auch in Pakistan umstritten. *Bel*

ZUR PERSON

Kleiner Agrar-Revolutionär?

Nicht nur Ilse Aigner, Bundesministerin für Landwirtschaft, sondern auch ihr französischer Amtskollege Bruno Le Maire finden **Dacian Ciolos** lästig. Zwar will der für Landwirtschaft zuständige EU-Kommissar seine Reformpläne im Detail erst im Sommer mitteilen, aber das, was er bisher angekündigt hat, reicht, um zahlreiche Lobbyisten aus der Landwirtschaft aufgeregt bei Aigner und Le Maire protestieren zu lassen.

42 Prozent des EU-Haushalts fließen in den Agrarsektor und das, obwohl vor allem im Westen der EU nur noch ein kleiner Teil der Menschen sein Geld in der Landwirtschaft verdient. Und deshalb versteht der gebürtige Rumäne Ciolos nicht, warum ein deutscher oder französischer Landwirt 300 Euro pro Hektar bekommt, während sein Kollege in Osteuropa, wo die Landwirtschaft noch eine größere Bedeutung hat, nur knapp 100 Euro erhält. Fatalerweise will Ciolos seinen osteuropäischen Landsleuten nicht einfach mehr Geld geben, sondern den Landwirten in Deutschland und Frankreich vor allem Geld wegnehmen. Eine Erhöhung des Budgets sei seiner Meinung nicht drin, so der 41-jährige Agraringenieur und parteilose Politiker, der an der Universität in Klausenburg sein Diplom als Gartenbauingenieur machte und später in Frankreich promovierte.



Vor allem Agrargenossenschaften aus den neuen Bundesländern laufen in Berlin bei Ilse Aigner Sturm. Sie fürchten massive Subventionskürzungen, sollte sich Ciolos durchsetzen und die EU-Subventionen für den Haushalt 2013 bis 2017 neu umverteilen. „Die Gemeinsame Agrarpolitik geht nicht nur die Landwirte, sondern – als Verbraucher und Steuerzahler – alle Europäer an ... Die europäische Landwirtschaft muss nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch wettbewerbsfähig sein“, so Ciolos. *Bel*

Einer geht noch rein …

Zeichnung: Mohr

Parfum und sonstiger Gestank

Warum Kommunismus nichts mit Kommunismus zu tun hat, wieso Gysi so rücksichtsvoll ist, und wie die FDP-Anhänger verhungern / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wie riecht Dioxin? Nervös umschnuppern wir unser Frühstücksei. Und? Alles wie immer. Oder ist der Odem des Todes gar das, was wir bislang für Ei-Geruch gehalten haben? Kaum. Dann müsste es überall nach Eiern riechen. Wir selbst eingeschlossen. Denn die Fachwelt kippt uns die frohe Botschaft vor die zitternden Füße: Dioxine (es gibt unzählige Arten, glücklicherweise sind nur einige giftig) sind überall, auch in unseren Körpern, wo sie sich erst in Jahren und Jahrzehnten abbauen.

Alles halb so wild? Das nun auch wieder nicht. Schon der Gedanke, dass minderwertige Industriefette, die bei der Herstellung von Biodiesel abfallen, über die Nahrungskette in unserem Magen landen, ist zum Brechen. Es stinkt eben doch, wenn auch nicht im physischen Sinne.

Es gibt Gerüche, die man nicht mit der Nase aufnimmt sondern mit dem Verstand. Manche davon sind so penetrant, dass sie uns treffen wie ein Hieb mit der Plattschaufel. Was Gesine Lötzsch im einstigen FDJ-Zentralorgan „Junge Welt“ in die Welt entließ, das lässt uns den Kopf dröhnen.

Am übelsten wurden diejenigen Zeitgenossen vom kommunistischen Geistermarsch der Parteichefin düpiert, die seit Jahren daran arbeiten, die Linkspartei vom Stasi-Geruch zu befreien. Unentwegt fächelten sie uns ein billiges Parfum Marke „Glaubhafte Erneuerung“ zu, damit wir den Eigengeruch der SED nicht mehr so scharf wahrnahmen. Nun hat der Schwall der Cheflinken all das süße Duftwasser fortgeblasen und wir stehen würgend im Modergestank der alten Gespenster.

Das kommt jetzt sehr ungelegen. Sieben Wahlen stehen bevor, da wollte man sich ganz und gar kommod zeigen, auf stadtfein machen. Am meisten grämt sich der Parfumeur, der seine Kreation „Glaubhafte Erneuerung“ schon Ende 1989 auf den Markt brachte. Maître Gysi möchte vor Verzweiflung seine Flacons gegen die Wand schleudern. Wie ein überforderter Koch scheitert er an dem Versuch, mit seinen zwei Händen 20 brodelnde Kessel unter Kontrolle zu halten. Immer wieder fliegt irgendwo der Deckel weg. Da redete eine Genossin von der Notwendigkeit, die Stasi wiederzuerrichten, jemand anderes faselte von den guten Seiten der Mauer, und nun gleich eine komplette Epistel über „Wege zum Kommunismus“. Ausgerechnet von der Lötzsch, die erst letztes Jahr für Ärger gesorgt hatte. Als Joachim Gauck von der SPD zum Präsidentschaftskandidat gekürt wurde, blaffte die Linke-Chefin los, ohne eine Sekunde zu zögern: Die SPD hätte sich wohl extra jemanden gesucht, den die Linke auf keinen Fall wählen könne.

Alle nachgereichten „Erklärungen“, warum Gauck denn so unwählbar sei, verpufften in der allgemeinen Erkenntnis: Die wollen den nicht, weil er als oberster Stasi-Aufklärer Licht ins Dunkel ihrer Verbrechen gebracht hat.

> **Schon wieder Lötzsch: Die hatte sich doch schon bei Gauck so gnadenlos verplappert**

Damals wie heute musste Gysi ran: Nein, nein, damit habe das selbstverständlich gar nichts zu tun. So wie auch heute nur böswillige Hetzer von Lötzschs offener Sehnsucht nach dem Kommunismus auf Sehnsucht nach dem Kommunismus schließen können.

Gysi hinterbringt uns diese aufklärenden Worte direkt von der Luxemburg-Liebknecht-Huldigung in Berlin. Millionen Menschen sind im 20. Jahrhundert einen gewaltsamen Tod gestorben. Dass sich die Linkspartei unter all jenen ausgerechnet die beiden KP-Gründer zu Ikonen wählt, legen ihr ebenfalls nur Schelme als Affinität zum Kommunismus aus.

Besonders wichtig ist den Linken, dass sie Demokraten sind. Angesichts der „Deutschen Demokratischen Republik“, in der bekanntlich der „demokratische Zentralismus“ herrschte, fragen die reaktionären Quälgeister listig, was die SED-Erben denn unter „demokratisch“ verstünden. Gesine Lötzsch wehrt solche Beißattacken mit einem glasklaren Konter ab: Schmähungen wie „Geh doch nach Nordkorea“ seien eine Unverschämtheit, denn: Von Leuten, die „völkerrechtswidrige Kriege“ (sie meinte wohl den Afghanistan-Krieg) führten, lasse sie sich nicht erklären, was Demokratie sei. Das also ist das Unterscheidungsmerkmal: Wer „völkerrechtswidrige Kriege“ führt wie die Bundesregierung, der hat zur Demokratie die Klappe zu halten. Was aber schreckt sie dann an Nordkorea? Das Land führt im Moment überhaupt keinen Krieg. Wenn das darüber entscheidet, ob man beim Thema Demokratie kompetent ist, sollte sie sich bei den asiatischen Genossen doch recht wohl fühlen.

Auf die der Linkspartei freundlich gesinnten Medien kommt jetzt viel Arbeit zu. Wegen der herannahenden Wahlen ist keine Zeit zu verlieren, um den Ausrutscher auf der eigenen Überzeugung vergessen zu machen. Daran wird bereits emsig gewerkelt. An den „unglücklichen“ Äußerungen kann man nichts mehr ändern. Daher muss nun der Blickwinkel des Publikums verschoben werden. Die Strategie verläuft zweigleisig: Erstens kommt es darauf an, den Ruf der Linkspartei zu retten. Deshalb wird unablässig auf die „innerparteilichen Kritiker“ verwiesen. Auf diese Weise soll jedermann vermittelt werden, dass Gesine Lötzsch nur ein vereinzeltes Schmuddelkind unter lauter Saubermännern ist (deshalb ist sie ja auch nur Parteivorsitzende). Auf der zweiten Schiene geht es darum, den Protest der anderen Parteien möglichst hyänenhaft aussehen zu lassen: Lötzsch habe eine Steilvorlage geliefert, lautet die Parole, welche die anderen nun schamlos ausnutzten, um gegen die Linkspartei zu „donnern“.

Diese Strategie ist reichlich erprobt und bislang immer erfolgreich gewesen. Nach einiger Zeit sehen alle wieder gleich aus, den strengen Geruch nimmt keiner mehr wahr.

Wenn das erreicht ist, kann man seine Stimme erheben und fordern, dass wir „nun endlich zu den Sachthemen zurückkehren“. Damit wäre die Sache für die Linkspartei überstanden, sie wäre zurückgekehrt in den Kreis der „normalen Parteien“. Ein NPD-Funktionär würde ja auch viel lieber über Arbeitsmarktpolitik reden als über die Verbrechen der Nationalsozialisten oder entlarvende Entgleisungen inkontinenter Parteigenossen. Nur lässt man ihn nicht. Die Nicht-mehr-, Noch-nicht-wieder- oder Doch-noch-Kommunisten schon.

Nun sage aber keiner, dass die Genossen nicht lernfähig seien. Und ob sie das sind! Wer genau hinhört, kann es bestätigen. Was sagte Gregor Gysi noch gleich: Wer den Begriff Kommunismus verwende, nehme keine Rücksicht darauf, dass viele Menschen gerade in Westdeutschland damit Stalin oder Pol Pot verbänden. Daher gehöre das Wort Kommunismus nur in die „theoretische und politische Auseinandersetzung“, aber nicht in die Programme der Partei. Gysi hat also gelernt, dass man in den alten Bundesländern lieber nicht Kommunismus sagt, wenn man Kommunismus will. Alle Achtung.

In der FDP dürfte man regelrecht neidisch sein auf die linken Ultras. Wie? Sie meinen, ich spinne? Das auch, aber es ist doch so: Die Linke leidet letztlich an einem quälenden Überschuss an Meinung. Der ideologische Plunder steht ihr bis zum Hals. In der FDP hingegen kratzt man schon die Ecken aus, um an ein wenig „liberales Profil“ zu gelangen.

Liberale Themen lägen auf der Straße: Währungsunsicherheit, Verschwendung ... was nicht alles. Es hapert offenbar an der Technik. Früher entstanden Parteiprogramme wie Zeitungsartikel: Erst wird der Text ausgearbeitet, dann kommt die Überschrift dazu, sprich: erst die Inhalte, dann die Parolen. Guido Westerwelle hat das Verfahren revolutioniert: Er baut fette Überschriften in Reihe, doch wer nach dem Text dahinter fragt, der bekommt stattdessen die nächste Überschrift. Diese dünne Suppe lässt selbst die treuesten FDP-Anhänger hungernd zurück. Die „engen Parteifreunde“ wissen um das Trompetenhafte ihres Chefs. Zu feige zum Putsch? Kaum. Aber die Niederlagen bei den kommenden Wahlen, die wollen sie ihm doch auf keinen Fall nehmen. Freunde eben.

MEINUNGEN

Der Wirtschaftshistoriker ***Werner Plumpe*** *warnt die Deutschen davor, sich mit einer* ***„Euro oder Untergang“-Rhetorik*** *finanziell über Tisch ziehen zu lassen. Dazu erinnert er in der „FAZ“ an ein Zitat von* ***Otto von Bismarck****, der seinem Monarchen dereinst erklärte:*

„Ich habe das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten.“

Linkspartei-Vorsitzende ***Gesine Lötzsch*** *beruft sich in ihrem Skandalaufsatz* ***„Wege zum Kommunismus“*** *auf* ***Rosa Luxemburg.*** *Dabei hebt sie eine Aussage der KPD-Gründerin hervor, die möglicherweise einiges über die* ***Strategie der Linken*** *aussagt. In der Erklärung „Was will der Spartakusbund“ skizzierte Luxemburg zur Jahreswende 1918/19 die Art, wie die* ***Kommunisten die Macht erlangen*** *wollen:*

„So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen.“

PR-Babies

Sir Elton und sein Prinzgemahl
sind stolze
Väter endlich –
wie's klappte, klingt zwar surreal,
doch bald wird's
selbstverständlich:

Man ordert ein
Designer-Ei,
statt blind was zu riskieren,
danach trägt kurz man
selbst was bei
und lässt es einmontieren.

Bei Rent-an-uterus
wird dann
das Finish vorgenommen,
und liefern tut's der
Weihnachtsmann –
samt Amme, einer frommen.

Die Tele-Zeugung wird zudem
den Plattenabsatz heben,
die Spesen decken und bequem
noch Reingewinn ergeben!

Auch Carla, heißt es, soll zurzeit
an neuen Liedchen werken,
weshalb bei der Gelegenheit
Gerüchte sich verstärken:

Sie plant ein Kind – ein eignes zwar,
doch wie wir weiters hören,
wenn's geht, von ihrem Nic sogar,
und diesen wird's nicht stören.

Denn nächstes Frühjahr
ungefähr
sind Präsidentschaftswahlen,
und Meinungs-Gurus tun
sich schwer
mit Sarkos schlechten Zahlen.

Da könnt' man einen runden
Bauch
im Wahlkampf gut verwenden
und zwischendurch in Echtzeit
auch
ein Ultraschallbild senden.

Im Endspurt gibt's das Stillen
noch –
und selbst wenn nichts zu sehen,
es würde sich die Stimmung
doch
zu Nickis Gunsten drehen!

Wenn also wir den Sachverhalt
ganz sachlich überlegen,
erweisen Kinder dergestalt
sich manches Mal als Segen ...

Pannonicus